

Wöchentlich 20 Pf., monatlich 2,00 Mk.
im voraus zahlbar. Postbezug 4,25 Mk.
einschl. Bestellgeld, Postanbahnkosten
1,- Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertage
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Feilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Fern-
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Technik“, „Wid in die
Bürgerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung
50 Pfennig, Restsumme 5,- Reichs-
mark, „Kleine Anzeigen“ das letzte-
stehe Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei
letzte druckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig, Stellenanzeigen das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für
Kommunen Seite 40 Pfennig, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 2, wochentags von 9/7 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Besprechungs-Telefon 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 87 535 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

261 gegen 134.

Die Mehrheit für das Kabinett Hermann Müller.

Der Reichstag hat gestern nachmittag mit 261 gegen 134 Stimmen bei 28 Enthaltungen folgenden Antrag angenommen „Der Reichstag billigt die Regierungserklärung und geht über alle anderen eingebrachten Anträge zur Tagesordnung über.“

Die Mehrheit, die gestern der neuen Regierung die parlamentarischen Weihen erteilte, war stattlich, die Opposition blieb hoffnungslos Minderheit. Wenige Stimmen fehlten zur Zweidrittelmehrheit, mit der man auch verfassungsändernde Besetze beschließen kann. Die Mehrheit ist in hohem Grade arbeitsfähig, solange sie zusammenhält.

Die Regierung kann mit dem gestrigen Tage zufrieden sein, nicht nur, weil sie, wie zu erwarten war, bei der Abstimmung glatt gesiegt hat, sondern besonders auch, weil sie in der Debatte durch den Reichskanzler Hermann Müller und den Reichsfinanzminister Hilferding ausgezeichnet vertreten war. Endlich ein Kabinett, das man ohne Hohn als ein Kabinett der Persönlichkeiten bezeichnen kann!

Die Mehrheit ist von den Sozialdemokraten, den Demokraten, dem Zentrum, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei gestellt worden. Deutschnationale, Kommunisten und Nationalsozialisten bildeten die Minderheit. Man sieht, Mehrheit und Minderheit sind merkwürdig gemischt. Ob es wirklich üblicher ist, mit Monarchisten und Antifemiten zusammen Opposition zu spielen, als mit den Mittelparteien gemeinsam den Versuch positiver Arbeit zu wagen? Wir wollen sehen, wie wir mit der Gesellschaft, in die wir durch den Willen der Wähler geraten sind, zurechtkommen, auf keinen Fall beneiden wir die Kommunisten um die ihre.

Der ernststen Entscheidung ging eine kleine Komödie voraus. Die Nationalsozialisten hatten einen „Vertrauensantrag“ für die Regierung gestellt, und das Haus mußte erst in namentlicher Abstimmung beschließen, daß dem ernstgemeinten Antrag der Mehrheit von der nationalsozialistischen Fraktion der Vorrang gebühre. Dieses Theater wäre nicht möglich gewesen, wenn die Geschäftsordnung gegen die Entwürdigung des Parlaments durch derartige Manöver genügende Handhabe böte, es wäre aber auch dann nicht möglich gewesen, wenn im Reichstag nicht eine so abergläubische Angst vor ausgesprochenen Vertrauensvoten herrschen würde.

Daß Koalitionsregierungen, ja Regierungen überhaupt nur ein beschränktes und zeitlich begrenztes Vertrauen genießen können, versteht sich von selbst. Die Annahme eines Vertrauensantrags bedeutet sachlich nichts anderes als die Erteilung einer Vollmacht auf Zeit. Trotzdem fürchten alle Parteien, sie könnten sich durch den Gebrauch des Wortes „Vertrauen“ gegenüber einer demagogischen Opposition eine Blöße geben. So hat sich der Brauch eingebürgert, die Vertrauensvoten durch Billigungsvoten zu ersetzen, als ob Billigung weniger wäre als Vertrauen! In Wirklichkeit wird es keine Partei geben, die jeden Satz und jede Nuance der sehr umfangreichen Regierungserklärung vorbehaltlos „billigt“. In der sachlichen Wirkung kommt die ausgesprochene „Billigung“ dem erklärten Vertrauen vollkommen gleich.

Die Debatte hat anhr den beiden Ministerreden nichts Bemerkenswertes — höchstens abgesehen davon, daß gestern zum erstenmal im neuen Reichstag die Ausweisung eines Abgeordneten aus dem Saale erfolgte. Der negative Held dieser Affäre war der Nationalsozialist Strasser, ein Bedauernswert, der nicht anders als durch Unfähigkeit die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken vermag. Bedauernswert als er ist freilich das Parlament, das eine solche Gesellschaft ertragen muß.

In der Stellung von Trikanträgen wollen sich freilich die Kommunisten nicht von den Nationalsozialisten übertrumpfen lassen. Also brachten sie einen Antrag ein, der Reichstag solle aus dem Etat die 9 Millionen für den Bau des Panzerschiffs A streichen und den Betrag der Kinderpeisung zuwenden. Die Kommunisten glaubten, mit diesem Antrag den Sozialdemokraten eine Falle stellen zu können, die im Wahlkampf sehr richtig die Annahme des Panzerschiffes und die Streichung von 5 Millionen für Kinderpeisung durch die Bürgerblockmehrheit kritisiert hatten. Der Antrag der Kommunisten wurde, wie jeder Antrag,

der eine Aenderung des Etats bezweckt, dem Haushaltsausschuß zugewiesen. Dafür stimmten auch die Sozialdemokraten, und ihre Entscheidung war ebenso sachlich die von selbst gegebene wie faktisch die einzig zweckmäßige.

Wie liegen denn die Dinge? Die erste Baurate für das neue Kriegsschiff ist vom Reichstag bewilligt. Der Reichsrat hat, um nicht das Zustandekommen des ganzen Etats zu gefährden, seinen Einspruch zurückgezogen. Die Bürgerblockregierung hat den starken, besonders von der Sozialdemokratie vertretenen Bedenken gegen die Neubewilligung nur insoweit Rechnung getragen, als sie beschloß, bis zum 1. September in eine neue Prüfung der Frage einzutreten, ob nicht aus finanziellen Gründen der Bau vertagt oder auf andere Weise eine gleichwertige Ersparnis am Reichsmehretat erzielt werden soll. Dieser Beschluß hat die neue Regierung als Erbschaft übernommen.

Wäre nun gestern im Reichstag über den kommunistischen Antrag abgestimmt worden, was wäre die Folge gewesen? Die Sozialdemokraten hätten sich ohne weiteres das Ver-

gnügen leisten können, für den Antrag zu stimmen, denn sie sind in dieser Frage vollkommen frei. Aber Kommunisten und Sozialdemokraten wären in der Minderheit geblieben, und das Ergebnis wäre eine Bestätigung des im alten Reichstag gefaßten Beschlusses durch den neuen Reichstag gewesen.

Die Kommunisten sind ja auch schlau genug, um die Wirkung ihres Antrags voraussehen zu können. Sie haben ihn trotzdem eingebracht und damit bewiesen, daß sie den Bau des Panzerschiffs wollen und daß er ihnen gar nicht schnell genug beginnen kann. Sie wollen ihn freilich nicht aus sachlichen Gründen, sie wollen ihn nur, weil sie glauben, ihn als Agitationswaffe gegen die Sozialdemokratie benützen zu können.

Da die sozialdemokratische Fraktion aus sachlichen Gründen in der Panzerschifffrage noch genau derselben Meinung ist wie im alten Reichstag, hatte sie es nicht so eilig wie die Kommunisten und verwies den Antrag dort hin, wohin er gehört — in den Haushaltsausschuß.

Hilferding und die Stabilisierung.

Abrechnung mit der Helfferich-Legende.

Reichsfinanzminister Genosse Hilferding antwortete gestern im Reichstage auf Angriffe des deutschnationalen Abgeordneten Oberfahren mit einer eindrucksvollen Rede, die die deutschnationale Geschichtslegende über die Vorgeschichte der Stabilisierung gründlich zerstörte. Er führte aus:

Die Ausführungen meines Vordredners über den Dawes-Plan, für den er, wenn ich nicht sehr irre, selbst gestimmt hat, richten sich gegen die vorige Regierung. Sie hatte 1 1/2 Jahre Zeit, eine große Politik in bezug auf den Dawes-Plan auszuführen. Sie hat aber nicht das Geringste getan. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Ausführungen über die Vermögenssteuer beziehen sich gleichfalls auf einen Gesetzentwurf der vorigen Regierung und ich fand es überhaupt sehr merkwürdig, daß der Herr Vordredner in dieser Weise den Dank an die vorige Regierung abgestattet hat, den Herr Graf Westarp von uns verlangt.

Cunos Sturz.

Kun zu meinem Verhalten während der Inflation. Ich erinnere an den Sturz des Ministeriums Cuno. Warum ist dieses Ministerium gestürzt worden? Nicht weil Sie (zu den Deutschnationalen), die Sie damals die zuverlässige Stütze dieser Regierung gewesen sind, dazu die Initiative genommen haben, sondern weil damals vor den Toren dieses Hauses bereits die Massen aufmarschiert waren (Unruhe und Jurufe bei den Komm.) und niemand wußte, wie es am nächsten Tage in Deutschland noch möglich sein sollte, eine Regierung aufrecht zu erhalten. (Stürmische Jurufe und andauernde Unruhe bei den Komm.) Da war es die rettende Tat der Sozialdemokratie, damals die Republik und die Demokratie zu sichern (lebhafteste Zustimmung bei den Soz. und Dem.) und ich sage: es war in diesem Moment die größte Tat der Sozialdemokratie nach der Niederwerfung des Kapp-Putschs. (Anhaltende Unruhe und erregte Jurufe bei den Komm.) Die Währung ist doch in den letzten Monaten der Regierung Cuno unaufhaltbar gesunken. Es war doch so, daß die Ruhrkredite Hunderte von Millionen monatlich erforderten. Es war doch so, daß durch die Besetzung

des Ruhrgebietes, durch den Abwehrkampf an der Ruhr die ganze deutsche Wirtschaft in Gefahr geriet, zum Stillstand zu kommen. Glauben Sie denn, daß es damals irgendwie möglich gewesen wäre, von heute auf morgen die Währung zu retten?

Die Stabilisierung.

Damals standen sich sehr verschiedene Projekte entgegen. Ich habe aus politischen Gründen, um die Unterstützung der Landwirtschaft, um die Unterstützung auch der Deutschnationalen Partei hier im Hause bei diesem Rettungswert möglichst zu erlangen, mich im wesentlichen auf ein technisches Kompromiß mit dem Projekt Helfferich eingelassen. Ich habe aber das Projekt Helfferichs grundlegend geändert. Ich habe zunächst den gefährlichsten Gedanken, die Souveränität des Reiches zugunsten der industriellen und landwirtschaftlichen Organisationen über das Geldwesen, beseitigt und habe die Souveränität des Reiches über das Geldwesen geteilt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. und bei der D. Vp.) Ich habe weiter den zweiten gefährlichen Gedanken des Helfferichschen Projekts, die Anknüpfung des Geldwertes an den Roggenwert, beseitigt. Der Herr Reichskanzler Luther, mein unmittelbarer Nachfolger, sagt in seinem bekannten Buche: „Die weitere Entwicklung (fortgesetzte Jurufe bei den Komm.) mit dem außerordentlichen Schwanken der Roggenpreise dürfte gezeigt haben, daß die Anknüpfung an den Roggenwert höchst ungünstig gewesen wäre.“ (Hört! hört! und Sehr richtig! bei den Soz. und der D. Vp.) Ich möchte es noch schärfer ausdrücken:

Die Anknüpfung an den Roggenwert wäre ein nationales Unglück gewesen

und daran ändern alle lyrischen Phrasen und Verpfeifen nichts. In dem Helfferich-Projekt war vorgesehen, daß das Reich von der neu zu schaffenden Rentenbank einen Kredit von zwei Milliarden bekommen sollte. Das hätte nach meiner Auffassung die Gefahr einer neuen Inflation bedeuten können. Ich habe diesen Kredit trotz der außerordentlich prekären Lage der Reichsfinanzen heruntergedrückt auf 1,2 Milliarden und die Zukunft hat gezeigt, daß das die richtige Zahl gewesen ist.

Aber das Entscheidende ist, daß keine Währung zu halten ist ohne Herstellung des Gleichgewichts im Budget. Diese Herstellung des Gleichgewichts im Budget war während meiner Ministerchaft im Finanzministerium gelungen

und ich habe heute noch eine sehr dankbare Erinnerung und eine Bewunderung für die Tüchtigkeit und Energie, mit der damals die leitenden Herren mit mir zusammengearbeitet haben, darunter auch der spätere deutschnationale Minister Herr von Schlieben

Die Droffelung der Kredite.

Der vierte und schwerwiegendste Vorwurf war in der damaligen Situation psychologisch sehr begrifflich. Es ist der Vorwurf, daß

Neuentdeckte Lassalle-Briefe.

Wir veröffentlichen in unserer heutigen Ausgabe bisher unbekannt gewesene Briefe Ferdinand Lassalles an den preußischen Ministerpräsidenten von Bismarck.

man nicht rascher gearbeitet habe. Wie war denn die Situation? Wir hatten zwar unsere Bereitwilligkeit erklärt, den passiven Widerstand abzubrechen, aber die Kredite gingen weiter. Sie sind laminarhaft angewachsen und betragen in den allerletzten Monaten Hunderte von Goldmillionen und das bei dem immer weitergehenden Stillstand nicht nur der Rheinwirtschaft, sondern der gesamten Wirtschaft. Wenn man stabilisieren wollte, wenn man das Gleichgewicht im Budget herstellen wollte, so müßten diese Kredite zunächst abgestopft werden. Das aber war bei der Lage der Dinge nicht von heute auf morgen zu machen. Ich habe schließlich trotz aller Widerstände doch durchgesetzt, daß diese Kredite zunächst vermindert und mit dem 15. Oktober vollständig eingestellt wurden. Das war schließlich die wichtigste Maßnahme, um die Stabilisierung überhaupt vornehmen zu können. Bevor aber diese Maßnahme durchgeführt werden konnte, ist das Kabinett gestürzt worden. Die Stabilisierung wurde dann von meinem Nachfolger durchgeführt. Aber der erste Entwurf trägt meine Unterschrift und im Reichstag habe ich den ersten Entwurf noch selbst begründet. Die später getroffenen Änderungen sind meiner Meinung nach sekundärer Natur gewesen. Das ist der wirtschaftliche Sachverhalt.

Jetzt, wo die Wahlen nahe sind und wo Sie (nach rechts gerichtet) kein opportunistisches Material mehr brauchen, möchte ich Sie bitten, endlich mit der alten Legende aufzuhören, nicht in meinem Interesse — aber lesen Sie, bitte, die französische nationalistische Presse. Das einzige Argument, das sie gegen diese Regierung hat, ist, daß eine Regierung, an der Sozialisten beteiligt sind, keine Sicherheit gibt für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und der Stabilität. Das Stichwort stammt nicht aus Paris, es stammt von der deutschen Rechtspresse. (Lebhafteste Zustimmung bei den Soz. — Widerspruch rechts.) Wie damals, so sehe ich auch heute meine wichtigste Pflicht darin, unter allen Umständen das Gleichgewicht des Budgets aufrechtzuerhalten, unter allen Umständen die Währung, die meiner Meinung nach im geringsten gefährdet, vielmehr sicher und fundiert ist, vor Verleumdungen zu schützen. (Bravo! Handstreich bei den Soz.)

Da der Minister bei seinen Ausführungen andauernd durch kommunistische Zurufe unterbrochen wurde, erteilte Präsident Lööbe den Abg. Häfelin, Hörnske und Stöcker einen Ordnungsruf, während Torgler und Gschke zwei Ordnungsrufe erhielten. Der Lärm bei den Kommunisten war zum Teil so stark, daß der Minister keine Ausführungen unterbrechen mußte. Als die Kommunisten sich darüber beschwerten, daß sie schließlich wegen ihrer Zwischenrufe zur Ordnung gerufen würden, erklärte Präsident Lööbe, er habe solche Zwischenrufe während anderer Reden zu Hunderten geduldet. Wenn aber die Zwischenrufe solchen Umfang annähmen, daß der Redner nicht mehr weiterreden könne, so könne er das nicht dulden.

Einigung in der Amnestiefrage. Ein Schlusssatz.

Reichsjustizminister Koch-Weser hatte gestern im Reichstage eine weitere Besprechung mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien über die Amnestiefrage. Es waren anwesend die Abgeordneten Landsberg, Dr. Breitscheid und Dittmann von den Sozialdemokraten, Dr. Rahl und Dr. Wunderlich von der Deutschen Volkspartei, Bogmann und Dr. Bockius vom Zentrum, Haas von den Demokraten und Dr. Emminger von der Bayerischen Volkspartei. Bei der Aussprache ist eine Einigung im wesentlichen herbeigeführt worden. Die vorgesehene Amnestie soll einen Schlußstrich machen unter die Ereignisse der Inflationszeit und der erregten Jahre nach der Revolution. Für die Gememörder kommt eine Ermäßigung der Strafe in Frage. Der Senatsauschuss wird sich nun weiter mit der Angelegenheit beschäftigen.

Der „Deutschen Tageszeitung“ ist eine neue Wortbildung gegliedert. Bisher sprach man in der Öffentlichkeit von „Temehe-Opfern“ und meinte die Ermordeten. Das Landbundesorgan dagegen spricht von „Temehehe-Opfern“ und meint — die Brüder! Woran man wohl den Schluß ziehen muß, daß Schulz, Knaproth und Genossen als die Opfer der von ihnen Gemeuchelten anzusehen und pflichtgemäß zu bedauern sind. Besonders auf Knaproth, dem das Landsberger Schwurgerichtsurteil die schändliche Rohheit und bestialische Wuchst becheinigt, poßt das Wort „Temehehe-Opfer“ wie angepöbel!

Der Nationalfeiertag.

Der Gesetzentwurf dem Reichstag vorgelegt.

Dem Reichstage ist der vom Reichsrat beschlossene Entwurf eines Gesetzes über den Nationalfeiertag zugegangen. Er trägt die Unterschrift des neuen Reichsinnenministers Severing und steht auf der Tagesordnung der Dienstagssitzung des Reichstags. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der 11. August als Verfassungstag. Er ist Fest- oder allgemeiner Feiertag im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften.

§ 2. Am Nationalfeiertage sind alle öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen. In allen Schulen sind für Lehrer und Schüler verbindliche, der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten; fällt der Nationalfeiertag in die Schulferien, so finden diese Gedenkfeiern bei Schluß oder Wiederbeginn des Unterrichts statt.

In der Begründung wird ausgeführt, daß der Gedanke einer reichsgesellschaftlichen Festlegung des Verfassungstages als Nationalfeiertag immer mehr Boden gewonnen habe. In den letzten sechs Jahren sei der Tag stets von der Reichsregierung unter Beteiligung des Reichspräsidenten und von der Mehrzahl der deutschen Länder durch Festlegung der Dienstgebäude und Veranstaltung besonderer Feiern feierlich begangen worden.

Im vergangenen Jahre habe darüber hinaus z. B. der Magistrat der Stadt Berlin am Verfassungstage sämtliche städtischen Büros und Kassen für den ganzen Tag geschlossen, d. h. praktisch den Verfassungstag zum Feiertag erhoben. Auf seine Initiative habe ferner eine eindrucksvolle gemeinsame Verfassungabendfeier der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung und des Magistrats Berlin stattgefunden, an der sich ein großer Anteil der Verbände anstieß. Ueber die Veranstaltung einer ähnlichen gemeinsamen Abendfeier in Berlin auch in diesem Jahre haben sich das Reich, Preußen und der Magistrat Berlin bereits in den Grundzügen geeinigt.

Während also die Frage einer zusammenfassenden reichsgesellschaftlichen allgemeinen Regelung der Feiertage und Gedenktage noch nicht spruchreif zu sein scheint, bedeute die gesetzliche Festlegung des Nationalfeiertages lediglich die Bekräftigung einer längere Jahre hindurch im Reiche und in der Mehrzahl der deutschen Länder bereits bestehende Übung, soweit nicht — wie in Baden — der Verfassungstag bereits durch landesrechtliche Vorschriften zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden sei.

Briand erwartet Räumungsantrag

Besprechung im Herbst in Genf.

Paris, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Die Aufnahme der deutschen Regierungserklärung durch die hiesigen offiziellen Kreise ist um vieles günstiger als es die Kommentare der nationalistischen Presse anfänglich glauben ließen. Im Ministerrat nahm Briand am Donnerstag Gelegenheit, sich über die deutsche Forderung nach der Räumung des Rheinlandes zu äußern. Der Außenminister gab der Ansicht Ausdruck, daß die Äußerungen Hermann Müllers zu erwarten gewesen wären. Frankreich, so führte er weiter aus, habe jedoch keine Ursache, hierzu Stellung zu nehmen,

solange nicht ein offizielles Räumungsgesuch

vorliege. Sicherlich werde Deutschland im Herbst ein solches Gesuch stellen, das dann auf der Völkerversammlung im September besprochen werden könne. Auf jeden Fall sei es angebracht, daß sich die Minister schon jetzt eingehender mit der Frage befassen, um sich gegebenenfalls rasch eine Meinung bilden zu können, so daß dann ein baldiger Kabinettsbeschluss zustande kommen könne.

In bezug auf den litauisch-polnischen Konflikt erklärte Briand, daß nach den neuesten Depeschen eine gewisse Entspannung zu verzeichnen sei und Wolde-maras eine versöhnlichere Haltung einnehme.

Briand vor dem Senatsauschuss.

Paris, 5. Juli.

Im Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten machte Außenminister Briand heute, wie angekündigt, die vom

Auschuss verlangten Mitteilungen über bestimmte Probleme der äußeren Politik Frankreichs. Ueber den Inhalt dieser Mitteilungen wird in einem Ramoniqué folgendes bekanntgegeben: Bezüglich des Dawes-Plans erklärte der Minister, daß der Plan sowie die Abkommen Frankreichs mit seinen ehemaligen Alliierten vollkommen einwandfrei und unter Erzielung eines beträchtlichen Ueberschusses funktionieren. Hinsichtlich der Rheinlandbesetzung wies der Minister darauf hin, daß dies keine ausschließlich französische, sondern eine internationalisierte Angelegenheit sei. Briand legte die Vorgeschichte des Kellogg-Paktes und die Umstände dar, unter denen Frankreich sich veranlaßt sah, Vorbehalte zu machen, und erklärte schließlich, daß er hoffe, zu einer Lösung zu gelangen, die von großem Interesse sein werde. Zur Langerestage betonte der Minister, daß die Verhandlungen auf gutem Wege sind, und daß sie allem Anschein nach demnächst durch eine vollkommenen Einigung zwischen Frankreich, England, Spanien und Italien zum Abschluss gelangen werde. Im Laufe der anschließenden Aussprache stellten u. a. die Senatoren Millerand, de Jouvenel, General Bourgeois und Lemery Fragen, auf die der Minister antwortete.

Die französischen Sozialisten und der Anschluß.

Paris, 5. Juli.

Unter dem Eindruck der französischen und tschechischen Hege gegen den Telegrammwechsel zwischen Müller-Franken und Seipel steht der sozialistische „Soir“ fest, daß Deutschland und Oesterreich als Länder gleicher Sprache und Kultur durch eine ihnen aufgezwungene Grenze nicht für immer getrennt von einander werden könnten. Kein deutscher oder österreichischer Sozialist wolle die Anschlußfrage durch Waffengewalt gelöst wissen.

Schachty-Urteil erst in der Nacht.

Die Verlesung der Begründung hat begonnen.

Kowno, 5. Juli.

Wie aus Moskau gemeldet wird, begann die letzte Sitzung des obersten Gerichtshofes um 23 Uhr. Der Vortrag des Publikums war außerordentlich groß. Die Angeklagten wurden unter starker Bewachung der GPU in den Sitzungssaal geführt. Der Vorsitzende ist zurzeit mit der Verlesung der Urteilsbegründung beschäftigt. Gegen morgens 4 Uhr wird mit der Verkündung des Urteils gerechnet.

Asiatische Folter.

Seit fünf Tagen stehen 21 Menschen, von denen die meisten nach europäischen Rechtsbegriffen somieiso unschuldig sind, unter dem Druck eines beantragten Todesurteils.

Nun kommt der Tag der Urteilsverkündung. In zivilisierten Staaten pflegt man die Strafe, bzw. den Freispruch voranzustellen und dann erst zu begründen. Denn man betrachtet selbst den Raubmörder als einen Menschen, den man nicht überflüssigerweise quälen soll.

Anders im Sowjet-Staat: dort werden die Angeklagten erst 5 Stunden lang die Begründung eines Urteils mit anhören müssen, das sie noch nicht kennen. Von gestern abend 11 Uhr bis heute morgen um 4 Uhr. Dann erst werden sie hören, ob sie zum Tode durch Erschießen,

oder zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt oder freigesprochen sind.

Gefühlslosigkeit? Sadismus? Und so was nennt sich „Arbeiterstaat“!

Ein zweiter Donez-Prozess.

Noch war der Schachty-Prozess in Kowno nicht zu Ende, als in Charkow vor dem obersten Gericht der Sowjet-Union ein neuer Donezprozess begann. Angeklagt sind 36 Personen, an der Spitze der stellvertretende Leiter des Baubureaus des Donezkohlenbeckens, Ingenieur Reichudow, wegen Bestechung, Veruntreuung und Urkundenfälschung. Das Baubureau wurde 1926/27 mit einem Etat von 90 Millionen Rubel ins Leben gerufen. Die ausgeführten Bauten soll aber sofort nach Fertigstellung große Risse gezeigt haben. Die Bauunternehmer sollen zehntausende Rubel Schmiergelder erhalten, die obersten Beamten das luxuriöseste Leben geführt haben.

Die „Brawda“ vom 1. Juli berichtet über das Urteil in dem Prozess gegen eine Reihe Krim-Kommunisten, deren Tätigkeit an leitenden Stellen der Sowjetinstitutionen zur vollständigen Desorganisation geführt hat. Die Anklage lautet auf Mißbrauch der Amtsgewalt, Unterschlagungen und dergleichen mehr. Besonders ausgezeichnet haben sich die Leiter der örtlichen Wirtschaftsorganisationen, des Bildungswesens und der kommunistischen Jugend, die u. a. Dutzende Frauen vergewaltigt haben! Das Gericht hat zwei Angeklagte zu je 10 Jahren, einen zu 5 Jahren Gefängnis und noch mehrere zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Gerechtigkeit für die Bauern.

Ein Erlass des Reichsfinanzministers zur Besteuerung des Bauerneinkommens.

In der deutschen Landwirtschaft ist es eine feststehende Erkenntnis, daß diejenigen Landwirte keine oder fast keine Steuern bezahlen, die als „buchführende Landwirte“ gelten. In der Regel sind das die Großbetriebe. „Die Steuern werden aufgebracht von den nicht buchführenden Betrieben“. Das sind in der Regel die mittleren und kleineren Bauern. Es war eine der ersten Maßnahmen des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Dr. Hilferding, durch den Erlass von Richtlinien für die Besteuerung der nicht buchführenden Landwirte, also der Bauern, für Gerechtigkeit in der Steuererhebung und für Klarheit in der Steuerungsverantwortung zu sorgen.

Die nicht buchführenden Landwirte sind künftig nach Durchschnittssätzen zur Einkommensteuer zu veranlagern. Diese Sätze werden nach dem Rohertrag abzüglich der sachlichen Betriebsausgaben ohne Arbeitslohn berechnet. Von dem danach ermittelten Gesamtertrag werden zur Feststellung des Einkommens die im Durchschnittssatz noch nicht berücksichtigten Schuldszinsen, Pachtszinsen, Altenteilszinsen und ferner die Aufwendungen für die Löhne und Deputate an fremde Arbeitskräfte in Abzug gebracht. Zuschläge für den Wert der Arbeitsleistung des Besitzers und seiner Familienangehörigen selbst erfolgen nicht.

Wichtig ist die Berechnung dieser Durchschnittssätze zur Ermittlung des Gesamtertrages. Sie werden aufgestellt für Betriebe, in denen außer Ackerbau auch Viehzucht betrieben wird. In Gegenden mit überwiegender Körner- und Hackfruchtbau können die Präsidenten der Landesfinanzämter für überwiegend Viehen und Weiden umfassende Betriebe besondere Sätze aufstellen. Besondere Sätze können auch für Bezirke aufgestellt werden, in denen aus klimatischen Gründen (Heißplagues, Wetterfäden) die Verhältnisse abweichend sind. Statt besonderen Sätzen in solchen Fällen können auch Zuschläge oder Abschläge von den allgemeinen Durchschnittssätzen erfolgen.

Einkünfte aus landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, aus Fischerei- und Bienenzucht werden außerhalb der Durchschnittssätze ebenso besonders erfaßt, wie Jagdpachteinahmen, wenn sie wesentliche Beiträge ausmachen. Im Bezirk übliche und regelmäßige Einnahmen aus Fuhrleistungen können im Durch-

schnittssatz abgegolten werden. Auch Einkünfte aus forstwirtschaftlich, weindarumäßig oder sonst gärtnerisch genutzten Grundstücken, ebenso die Erträge von Oedland und Wasserflächen, fallen nicht unter diese Berechnung.

Die Gerechtigkeit in der Besteuerung der Bauern soll aber auch durch laufende Beobachtungen aller Vorgänge in der Landwirtschaft gewährleistet werden, so daß Schäden und Härten jederzeit berücksichtigt werden können. Die Präsidenten der Finanzämter sollen über Ertragsverhältnisse, Preise, Witterungsschäden, Viehverluste dauernd Material sammeln, das bei der Prüfung der Ermittlungsbetriebe oder Ausstellung der Durchschnittssätze und bei der Steueranpassung geeignet zu verwerten ist. Landwirtschaftskammern und landwirtschaftliche Berufsverbände sind zur sachverständigen Mitwirkung heranzuziehen. Schließlich wird den Präsidenten der Finanzämter empfohlen, kleine landwirtschaftliche Vertrauensauschüsse für die Aufstellung der Durchschnittssätze zu bilden, wobei alle landwirtschaftlichen Organisationen des Bezirks vertreten sein sollen.

Um Lambach.

Der Krach in der Deutschnationalen Volkspartei.

Der Reichsangeordnetenausschuss der Deutschnationalen Volkspartei nahm in seiner Sitzung am 3. Juli im Reichstagsgebäude einen Bericht des Abgeordneten Lambach entgegen. Der Reichsangeordnetenausschuss sprach dem Abgeordneten Lambach nach ausführlicher Aussprache das volle Vertrauen aus.

Dieser Beschluß ist eine Gegenmaßnahme gegen die Entschleierung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die in der Frage des Nationalismus die Arbeitnehmer im deutschnationalen Lager geschlagen hat.

Die Parteileitung der Deutschnationalen wird am Sonnabend über den Fall Lambach beraten.

Schlusssatz darf nur Wilschil. Der Redakteur des monarchistischen Blattes „Des patria“ wurde vom Warschauer Gerichte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den Sejm eine Diktatur genannt habe.

Lichtkeim bleibt dabei! Das Politbureau hat die geplante Auslandsreise Lichtkeims als unermüncht erklärt. Es ist daher wahrscheinlich, daß diese Reise auf den Spätherbst verschoben wird.

Bayerns Bürgerblockkrise.

Die Regierungsverhandlungen ergebnislos abgebrochen.

München, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Die seit acht Tagen zwischen den bisherigen drei Bürgerblockparteien zur Neubildung einer Regierung geführten Verhandlungen wurden am Donnerstag nachmittag ergebnislos abgebrochen. Nachdem schon eine weitgehende Übereinstimmung über das künftige Koalitionsprogramm zustande gekommen war, handelte es sich bei den Besprechungen am Donnerstag um die Befugung der Ministerien. Auf Grund seines Mandatszuges verlangte der Bauernbund im neuen Kabinett zwei Ministerien, darunter wiederum das Landwirtschaftsministerium, für das er dessen bisherigen Inhaber, Professor Dr. Febr. präsentierte. Beiden Ansprüchen widersetzten sich die Unterhändler der Bayerischen Volkspartei, die durch den Beschluß ihres Landesausschusses gebunden sind, das Landwirtschaftsministerium nicht mehr mit einem Vertrauensmann des Bauernbundes belegen zu lassen. Die Gegenseite der Bayerischen Volkspartei richtete sich insbesondere gegen Febr, dem man vorwarf, daß er während seiner Amtszeit als Landwirtschaftsminister dieses Ministerium zu einer Parteizentrale des Bauernbundes gemacht habe. Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei ist für Montag nachmittag nach München einberufen worden.

Staat und Kirche.

Das badische Unterstützungsgesetz bis 1931 verlängert.

Stuttgarter, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Badischen Landtags hatte anlässlich der Beratung des Kultusetats beantragt, Unterstützungen an die Kirchen vom 1. Januar 1929 ab nur noch als Darlehen zu gewähren und ab 1. April 1929 den Staatszuschuß um ein Viertel zu kürzen. Der Antrag wurde am Donnerstag abgelehnt. Ein Antrag der Demokraten, den Zuschuß um 10 Prozent abzubauen, verlief ebenfalls der Ablehnung. Angenommen wurde ein Antrag des Zentrums und der Deutschen Nationalen, das Gesetz zur Unterstützung der Kirche bis 1. April 1931 zu verlängern.

Deutschland und Estland.

Noch kein Ergebnis der Verhandlungen.

Reval, 5. Juli.

In den letzten Tagen wurden zwischen der deutschen und der estnischen Regierung Besprechungen über die schwebenden Fragen geführt. Von deutscher Seite wurde die estnische Regierung darauf hingewiesen, daß sie eine Antwort auf die bereits vor drei Monaten gemachten deutschen Vorschläge noch nicht gegeben habe. Die deutsche Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die prinzipielle Annahme des deutschen Vorschlags der Zahlung einer Pauschsumme durch Estland zur Abgeltung der deutschen Agraranspruchforderungen das beste Mittel zur schnellen Beilegung dieser Streitfrage sei. Die deutsche Regierung sei noch wie zum Beginn von Handelsvertragsverhandlungen bereit. Die estnische Regierung stellte eine baldige Antwort in Aussicht und erklärte die bisherige Verzögerung mit der Schwierigkeit, die für die Agraranspruchforderungen erforderlichen Unterlagen vollständig zusammenzustellen.

Obstruktionskampf in Belgien.

Sozialisten gegen Militärausgaben durch Rheinlandbesetzung verursacht.

Brüssel, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Im Brüsseler Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei hielt Banderwilde am Donnerstag ein Referat über die politische Lage Belgiens und den Kampf gegen die Militärausgaben der Regierung. Banderwilde wandte sich insbesondere gegen die starke Erhöhung der Militärausgaben, die der Regierungsentwurf notwendig machen würde. Im Laufe der Debatte der Militärausgabenkommission — so führte Banderwilde aus — wurde der Beweis erbracht, daß es die Rheinlandbesetzung ist, die uns zur Vermehrung der Militärausgaben zwingt. Schon aus diesem Grunde müssen wir die Beendigung dieser Besetzung fordern, die wirkungslos und zwecklos ist, die uns keinerlei Sicherheitsgarantien bietet, da sie für alle Fälle im Jahre 1935 aufhören muß.

In der Kammer wird übrigens der Kampf der sozialistischen Fraktion gegen den Verlust der Regierung, die Militärausgaben noch vor den Ferien durchzusetzen, mit unerbittlicher Energie fortgesetzt. Auch am Donnerstag konnten die Sozialisten wiederum die Beratungsausschüsse der Kammer durchsetzen und die Vertagung der Sitzung erzwingen. Alle Bemühungen der Regierungspartei, ihre Mitglieder zur reiblosen Teilnahme an den Sitzungen zu bewegen, waren bisher ohne Erfolg. In der Nachmittagsitzung des Donnerstag kündigte Banderwilde deshalb an, daß die Sozialisten unter den gegebenen Umständen an keiner Abstimmung mehr teilnehmen würden. Die Regierungspartei haben nunmehr in allen Fällen für die Annahme von mindestens die Hälfte aller Abgeordneten zu sorgen, wenn das Haus überhaupt noch Verhandlungs- und beschlußfähig sein soll. Das bedeutet, daß die Abgeordneten der Mehrheit dauernd fast vollständig amnestiert sein müssen. Man wird abwarten müssen, ob sie das schaffen können. Wenn nicht, dann ist die Vertagung der Militärausgabenreform und voraussichtlich eine Krise im Herbst kaum zu vermeiden.

Raditsch soll Regierung bilden!

Der Kroatenführer vom Serbenkönig beauftragt.

Belgrad, 5. Juli.

Nach dem Scheitern der Mission Stanojewitsch wurde am Nachmittag in Vertretung des Stefan Raditsch, der sich noch immer im Krankenhaus befindet, Befehlarschiffkapitän in fast zweifelhafte Händeln vom König empfangen. Der König übertrug Raditsch die Aufgabe, die Bildung der Regierung zu übernehmen. Raditsch soll die Bildung einer Regierung, die mit der letzten Nationalversammlung weiterarbeiten soll, ablehnen, da er aus dem Standpunkt festhalten werde, daß die demokratisch-demokratische Koalition mit dem kroatischen Parlament nicht mehr zu tun haben will.

Ein Aufstand in Tibet soll nach Meldungen aus Nutzen unterdrückt worden sein. Die Regierungstruppen hätten die Aufständischen umzingelt und sie zur Auslieferung der Waffen gezwungen. Mehr als 300 Personen seien bei den Zusammenstößen getötet worden. Die Regierungstruppen säuberten die Bezirke von den Aufständischen, die nach Ordnungslosigkeit strebten.

Des Königs neue Kleider.

(Nach dem Märchen von Andersen.)



Alle Monarchisten aber, obwohl sie nur den nackten Körper sahen, taten so, als ob sie Wilhelms prächtige Kleider bestaunten, denn sie fürchteten, aus der deutschen nationalen Volkspartei ausgeschlossen zu werden, wenn sie ihre wahre Meinung bekämen. Nur ein kleiner Junge rief: „Der König hat ja gar nichts an!“ — Der bekam aber Dresche!

Der Abbruch der Weichselbrücke.

Polen schädigt mutwillig das Weichselland.

Warnerwerder, 4. Juli.

Der Abbruch der Münsterwalder Weichselbrücke durch die Polen lenkt die Aufmerksamkeit von neuem auf die Weichselgrenze. Die endgültige Festlegung der Grenze erfolgte durch eine Kommission, an deren Spitze der französische General Dupont stand. Vor dieser Kommission mußten scharfe Kämpfe geführt werden, um den maßvollen Forderungen der Polen entgegenzutreten. Die Polen forderten, daß ihnen die ganze Warmerwerder Niederung zugesprochen werde, mindestens aber die diese Niederung schließenden Weichseldeiche. Die ausführlichen deutschen Gegenstellungen vermochten die Grenzkommission nicht von der Haltlosigkeit der polnischen Behauptungen zu überzeugen. Das einzige, was sich erreichen ließ, war schließlich, daß die Grenzkommission beschloß, zunächst drei fremdländische Sachverständige zu hören und von ihnen Vorschläge für die Grenzziehung einzufordern. So kamen denn ein Franzose, ein Engländer und ein Italiener in der Warmerwerder Niederung, besaßen die Gegend und gaben ihre Gutachten ab. Das französische Gutachten sprach sich ziemlich günstig für Polen aus; aber sowohl der Engländer wie auch der Italiener wiesen übereinstimmend die polnischen Ansprüche auf die Niederung und den Deich zurück. Die Grenzkommission blieb infolgedessen dabei, daß

die Grenze zwischen Fluß und Deich

zu laufen habe, sie verließ jetzt aber den bisher geübten Grundlag, die Entfernung dieser Grenze vom Ufer des Stromes aus zu bestimmen und bestimmte die Entfernung vom Deichfuß aus.

Gegen den Beschluß der Grenzkommission erhob Deutschland bei der Völkerbundkonferenz in Paris energische Beschwerden, aber ohne Erfolg. Durch Beschluß vom 19. Dezember 1922 leitete die Völkerbundkonferenz die Grenze in der von der Grenzkommission beschlossenen Linienführung fest, und am 4. Januar 1923 befehlten die Polen die Grenze.

Was nun die Grenzziehung in der Gegend der Münsterwalder Brücke betrifft, so hat die Entente von vornherein Wert darauf gelegt, nicht nur diese Brücke selbst, sondern auch noch einen Brückenkopf auf dem deutschen Ufer zu erhalten. Bei der vorläufigen Grenzfestlegung durch die interessierte Abstimmungskommission in Warnerwerder wurde nur vorgeschrieben, daß

dieser Brückenkopf einen Umfang von 200 Meter um das mit Verteidigungsanlagen versehene diesseitige Brückenende herum haben sollte. Am diesseitigen Ende der Brücke war nämlich nicht nur das Brückenportal selbst mit Schießscharten versehen, sondern daneben ist auch noch ein kleines Bauwerk mit Schießscharten eingerichtet worden, damit, wenn — wie es zur Zeit der Erbauung der Brücke geplant war — im Falle des Zweifrontenkrieges, das Land östlich der Weichsel geräumt würde, und die Russen bis an die Weichsel kämen, die Brücke nicht gleich beim Erscheinen der ersten russischen Kavalleriepatrouille gesprengt zu werden brauchte.

Dieses „petit ouvrage fortifié“

hat bei der Grenzziehung die Aufmerksamkeit der Entente besonders auf sich gezogen. Es war ihr selbstverständlich, daß es nicht in deutscher Hand blieb, sondern den Polen überlassen werden mußte. Damit es für diese aber auch einen militärischen Zweck hatte, mußten sie naturgemäß das nächstliegende Gelände erhalten. Bei der endgültigen Grenzfestlegung wurde dann dieser Brückenkopf noch erheblich vergrößert.

Auf diese Weise wurde das ganze ausgedehnte Land zwischen den beiden Deichen ebenfalls den Polen zugewendet, so daß sie jetzt einen ansehnlichen Brückenkopf und erhebliches Borgebiet für die kleine Befestigung am Brückenkopf haben.

Jetzt brechen die Polen die Brücke ab und haben gerade auch mit dem Abbruch des „befestigten“ Brückenportals schon begonnen.

Wenn aber keine Brücke mehr da ist, brauchen die Polen dann noch einen Brückenkopf?

Würden die Polen nicht nach dem Abbruch der Brücke sofort das Gelände, das sie als Brückenkopf in Anspruch genommen und erhalten haben, an Deutschland zurückgeben müssen? Die Polen werden ein solches Ansuchen selbstverständlich ablehnen und um eine Begründung, weshalb sie auch jetzt noch dieses Stück Land behalten müßten, wahrscheinlich nicht verlegen sein. Aber der sinnige Abbruch der Brücke fügt der sowieso schon miderläufigigen Grenzziehung an der Weichsel noch einen weiteren Punkt hinzu, in welchem die Linienführung der Grenze künftig noch mehr als jetzt der sachlichen Begründung entbehrt.

Die Zahnentzückung von Zweibrücken.

Deutsche Zivilisten vor französischem Militärgericht.

Landau, 5. Juli.

Das französische Kriegsgericht fällt heute das Urteil gegen den Autovermieter Frank und gegen Gräulein Kornberger aus Zweibrücken, die wegen Begünstigung der Flucht dreier junger Leute aus Zweibrücken namens Schimmel, Weß und Lutz angeklagt waren, die von der französischen Militärbehörde verdächtigt werden, in der Nacht zum 1. Mai d. J. in Zweibrücken die französische Fahne am Offizierskasino heruntergerissen und zerstört am Bismarck-Denkmal wiedergelegt zu haben. Bei der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses ging Staatsanwalt Trapez auf die Ermittlungen der deutschen Behörden ein. Die sogleiche Beweisaufnahme hat ungeachtet mancher Verachtensmomente einen wertvollen Beweis gegen die Beschuldigten nicht erbracht. Die Vernehmung der beiden anwesenden Angeklagten zog sich lange hin. Den Schluß der Beweisaufnahme bildete die Verlesung eines Briefes von Lutz an seine Eltern, in dem er sie um Verzeihung für seine Untat bittet und eines Briefes von Weß vom 23. Juni, in dem er danach fragt, ob die Franzosen noch immer zu seinen Eltern kämen. Das Urteil lautet: für Wilhelm Weß, Hermann Schimmel und Karl Lutz in Abwesenheit auf 3 Jahre Zuchthaus mit Aufenthaltserbot, für Eugen Frank auf 45 Tage Gefängnis und für Gräulein Anna Kornberger auf 41 Tage Gefängnis; durch die Untersuchungsakten verurteilt. Frank und Gräulein Kornberger wurden sofort freigelassen.

Der Tod Löwensteins.

Selbstmord vermutet, da Zusammenbruch drohte.

Brüssel, 5. Juli.

Die Version von der Vermordung der Lützen, der Löwenstein zum Opfer gefallen sein soll, wird angezweifelt, denn die Ausgangspunkte sind bei allen Flugzeugen so angebracht, daß während der Fahrt im Falle des augeren Ausfalls ein Desaster nur mit beträchtlicher Anstrengung möglich ist. Löwenstein hätte

also, so wird erklärt, wenn es sich nur um Gedankenlosigkeit gehandelt hätte, seinen Irrtum sofort einsehen müssen.

Wie aus St. Englouert (Frankreich) gemeldet wird, haben die dortigen Behörden die Beschlagnahme des Flugzeuges Löwensteins verfügt.

Brüssel, 5. Juli.

Der geheimnisvolle Tod Löwensteins hat in Brüssel allerschwerstes Aufsehen erregt. In Finanzkreisen bespricht man viel die Tatsache, daß Löwenstein in letzter Zeit in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Sein Besuch in London soll dem Zweck gedient haben, einen Kredit von 200 Millionen zu erhalten, um Schwierigkeiten in Brüssel zu decken. Dieser Kredit soll ihm verweigert worden sein. Auch das Scheitern seiner Verhandlungen mit dem deutschen Glanzstoffindustriellen soll ihn sehr entmutigt haben. Es ist die Ansicht aufgetaucht, daß Löwenstein Selbstmord begangen hat.

Die Londoner Börsenpanik.

London, 5. Juli.

Der sensationelle Tod Löwensteins hat an der Börse eine so große Aufregung hervorgerufen, daß die Geschäftstätigkeit nach Eintreffen der Todesnachricht für eine Viertelstunde ruhte. Die Aktien der von Löwenstein kontrollierten Gesellschaften stiegen zugleich um mehr als 70 Punkte, was einen Gelanverluft auf dem Markt von nahezu 600 Millionen Markt ausmachte.

Der Vorstand der von Löwenstein präsierten International Holding and Investment Company und Hydro-Electric Securities Corporation hat eine Erklärung veröffentlicht, wonach die finanzielle Stellung beider Gesellschaften gesichert sei und die Bezahlung der ungenutzten Aktienanteile des verstorbenen Alfred Löwenstein unbelastet seien. Nach Ansicht beider Gesellschaften sei ein Grund zu Aufregungen nicht vorhanden.

Börsenrückgang auch in Paris.

Paris, 5. Juli.

Anfolge des Todes Löwensteins haben die Pariser Werte, die er kontrollierte, zum Teil Verluste von 30 bis 40 Proz. in Papierpreisen zu verzeichnen gehabt.

Blitz, Donner und Funkenregen

Wenn man das Große neben das Kleine stellt, so wirkt weniger die Distanzierung an den Dingen, als vielmehr die Komik, die im Wesen der Gegenstände beruht. Mit dem berühmten „Feuerzauber“ ist es ebenso: der Großstadtingenieur würde bei einem fröhlich verlebten Tag nicht auf seine Kosten kommen, wenn am Abend seine Stimmung nicht noch durch ein großes Feuerwerk „illuminiert“ wird. Wenn da Rakete auf Rakete pfeifend in die Luft fährt, Sonnenräder ihre Millionen Funken sprühen und ein großer bunter Sternregen vom Himmel niederfällt, dann ist das „Wahl“ und „Dahl“ der Ausdruck der Befriedigung, des großen Glücks. Aber gleich darauf ist der Zauber erloschen, die Beendigung des Feuerwerks kündigt auch den Ausbruch der Familie nach den heimischen Herden an.

Beim Flammenkönig von Berlin.

Ein Besuch bei dem „Flammenkönig“ im Carlshof ist sehr unterhaltend und läßt in Dinge hineinschauen, die noch etwas anderes bedeuten als das Blendwerk, das die Augen erfreut hat. Paul Lindner, der Schöpfer von Riesfeuerwerken, wie sie vor einigen Jahren noch „Treppe in Flammen“ und andere Gasstätten gezeigt haben, stitzte als erster auf den damals noch unvollendeten Berliner Funkturm. Auf schwanen Planken unter Lebensgefahr führte er dem sensationlüsternen Publikum einen Wasserfall aus Magnesiumlicht von der Spitze des Funkturms herab vor. Nebenher ist er Boxer und behauptet noch heute die Meisterschaft im — R und harmonika spielen, auf diesem kleinen Instrument imitiert er ein ganzes Orchester! Also ein Illusionsmacher im wahrsten Sinne des Wortes. „Paukelaun aless!“ Man erzählt von ihm das interessante Geschäftsgeheimnis, daß der Feuerwerker bei ferriösen Bergnügungstagen bis zur Hälfte an den Einnahmen der Eintrittsgelder beteiligt ist und somit auf eigenes Risiko arbeitet. Viele Gastwirte bedienen sich seines Namens und seiner geschützten Schrift „in Flammen“, ohne daß Paule etwas damit zu tun hat. Da wird eben den Gästen auch eine „Allusion“ vorgemacht, die den Eintrittspreis von 30 Pf. durchaus nicht berechtigt, denn — so meint dieser Lausendkünstler — es ist ein Unterschied, ob ein Feuerwerk für 250 M. am Abend oder für 5000 M. in die Luft verpulvert wird. Er hat aber bereits Feuerwerke losgehen lassen, bei denen 50000 Mark in Rauch und Flammen aufgingen!

Brillantfeuerwerk im Carlshof.

Am Carlshof, einem im Norden sehr bekannten Stadtteil, waltet Paule im Augenblick mit seinem Feuerzauber, das er über drei künstliche Seen spannt. Es ist tatsächlich abends ein märchenhafter Anblick, wenn über die Brücken und Ufer mit den grünüberspannten Laubengängen im Hintergrund Rotfeuer und andere bunte Flammen sich entzünden und die Gasse durch Sternregen in eine indische Märchenwelt geführt werden. Der Feuerwerker hat es nicht leicht, das große Glückbedürfnis der Massen zu befriedigen, obwohl er mit den stärksten Mitteln arbeitet. Es müssen Einlagen in das übliche Aufflammen der „Brillant“-Schwärmer, Blumenfontänen, Feueräder, Bienenchwärme, Kaskaden in Pyramidenform und als Fächerstufen hineingenommen werden, die an irgendein Tagesereignis anknüpfen. Tageslang kostet es Vorbereitungen und Montagen an Gestellen, die sich über den See spannen. So springt ein Mann mit einer Feuerkrone vom hohen Turm ins Wasser und beim Eintauchen flammt die Krone hell auf, um sich in wirbelnden Kreisen durch eigenen Antrieb in die Höhe zu schleudern. Das Prinzip der Bewegung der Feuerwerkskörper, der Raketen, die bis zu 300 Meter unter pfeifendem Fischen in die Höhe steigen, um mit einem scharfen Knall (Seitzünder) zu explodieren und tropfenartige Sterne herabregnen zu lassen, ist ganz dasselbe, wie bei der neuen Erfindung des „Raketenmotors“ oder besser gesagt, die Rückstoßwirkung dieser Raketen bildet die Grundlage der neuen Erfindung. So will auch Lindner in den nächsten Tagen als neueste Attraktion seine „Mondrakete“ aufsteigen lassen. Ob sie den Mond erreicht, das wird er seinem vieltausendköpfigen Publikum nicht verraten. Jedenfalls sind diese Figuren, die sich durch die Kraft des Pulvers bewegen, immer originell und spöhhaft. In einem Alpenidyll“ wird u. a. eine Kuh in ungeheurer Größe gezeigt, die von einer Woge gemolken wird. Die Kuh ist sehr ungeduldig und schlägt mit dem Schwanz,

plötzlich aber ergießt sich ein Milchstrom aus dem Euter, der ohne Einhalt über den Milchbübel fließt. Auch der „eiserne Gustav“ wird bei Lindner demnächst seine feurige Erlebung mit eigenen Augen bewundern können, weil die Berliner Führer ihren berühmten Freunde im Carlshof eine offizielle Begrüßung widmen wollen.

Sorgfalt ist Vorbedingung!

Bei Riesfeuerwerken arbeiten oftmals mehr als 20 Gehilfen mit. Sie haben dann am Abend nach genau vorgesehener Programm die an die Geräte angeleiteten und sonstwie besetzten Feuerwerkskörper zu entzünden, so wie beim Theater die Beleuchtungsmänner. Das Geheimnis der Wirkung und der Pracht liegt in der immer wechselnden Zusammenstellung des Farbenspiels. Es kommen Bomben zur Anwendung, die ein Gewicht von 38 Kilogramm besitzen und mit einer Entladung von mehr als zwei Kilogramm Pulver versehen sind. Je höher die Bombe steigen soll, desto größer wird naturgemäß die Ladung sein. Man ersieht daraus, daß der Beruf eines Feuerwerkers allerlei Sorgfalt und Verantwortung erfordert, denn eine mangelhafte Behandlung dieser Sprengkörper, auch wenn ihre Umhüllung meist nur aus Pappe besteht, könnte allerlei Unheil im Gefolge haben. Die „Treiber“ bei den Raketen werden auf ein



bewegliches Gerüst aufgestellt. Eine Zündschnur verbindet alle Patronen untereinander und entzündet sie zu gleicher Zeit, wodurch sich die Mechanik in Bewegung setzt. Bei den farbigen Figuren, Palmendäumen, Glorien u. a. wird zu weisem Licht Magnesiumpulver verwendet, das rote Licht macht salpetersaures Strontian, grünes salpetersaures Barium, blaues schwefelsaures Kupferoxyd mit Schwefel und chlorwasserstoffsäurem Kalk.

Die Herstellung der Feuerwerkskörper im Laboratorium ist ein Kapitel für sich. Wir wollen uns mit der Feststellung begnügen, daß bei jeder Rakete, die aufsteigt, 15 bis 100 M. in die Luft „gepulvert“ werden und daß es deshalb ein besonderer Genuß ist, in 20 bis 30 Minuten ein Vergnügen zu erleben, das Fische, Vögel und Frösche schreckt und nur den Menschen zu begeisterten Freuden ausbrüchen verleiht. F. R.

Fall Pernetta-Gleisner beigelegt?

Anlageerhebung wenig wahrscheinlich.

Die Bauruntersuchung im Falle Pernetta-Gleisner beschäftigt sich nach der Haftentlassung Gleisners und der Frau Pernetta vor allem noch mit dem mysteriösen Filmmanuskript. Schrift und benutzte Tinte sollen von Sachverständigen untersucht werden, doch ist die Fertigstellung dieser Gutachten kaum vor den Gerichtstagen zu erwarten. Die Präparierung des Schädels Pernettas scheint die Annahme, daß ein Selbstmord vorliegt, weiter zu bekräftigen: Der sehr breite Einschnitt hinter dem rechten Ohr deutet darauf hin, daß die tödliche Kugel aus nächster Nähe abgefeuert ist, während ein aus größerer Entfernung abgegebenen Schuß bestimmlich eine kleine Einschußöffnung mit glatten Rändern verursacht. Zurzeit werden noch mehrere Zeugen über das Alibi Gleisners und der Frau Pernetta vernommen. Bisher sollen sich belastende Momente nicht ergeben haben.

Riebach nimmt das Urteil an.

Gnadengesuch der Verteidiger.

Der vom Schwurgericht wegen Raubmordes zum Tode verurteilte 21jährige Präparator Horst Riebach hat auf das Rechtsmittel der Revision beim Reichsgericht verzichtet, so daß das Todesurteil damit rechtskräftig wird.

Die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Sidon Mendel haben nunmehr ein Gnadengesuch eingereicht, das Todesurteil nicht zur Vollstreckung zu bringen, und sie haben sich dabei auf die Stellungnahme des Schwurgerichts gestützt, die Landgerichtsdirektor Beltaison bei der Verkündung der Todesstrafe mitteilte. Das Schwurgericht hätte nicht auf Todesstrafe erkannt, wenn das jetzige Strafrecht beim Mord die Wahl zwischen der Beurteilung zum Tode und einer anderen Strafe zulassen würde, wie es in dem neuen Strafgesetzbuch vorgesehen ist. Riebach wird wahrscheinlich nicht hingerichtet werden, sondern die Todesstrafe wird in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt werden.

Die von Riebach in der Verhandlung und bei der Verkündung des Todesurteils zur Schau getragene Kaltblütigkeit hat sich gründlich gewandelt. Seit seiner Rückkehr in die Gefängniszelle ist Riebach völlig zusammengebrochen und weint dauernd. Er hat an seine Braut, die ihm noch in der Hauptverhandlung erklärt hatte, daß sie die feste Absicht habe, den Mörder zu heiraten, einen Abschiedsbrief gerichtet. Riebach bittet seine 20jährige Braut, daß sie ihn sofort im Gefängnis besuchen möchte. Er wolle sie noch einmal sprechen und dann für immer von ihr Abschied nehmen. Nach Rechtskraft des Urteils wird die Gefängnisverwaltung, die dann für die Erteilung der Sprecheraubnis zuständig ist, dem Wunsche des Mörders Rechnung tragen.

Jack London: Wolfsblut.

(Schluß.)

Wie ein Gefangener gefesselt und jeder Bewegung durch Binden und Gipsverbände beraubt, brachte Wolfsblut viele Monate zu. Er schlief viele Stunden lang und träumte viel, und an seinem Geiste zogen in endloser Reihe die Bilder des Nordlandes vorüber. Die Geister der Berggansheit standen auf und umgaben ihn. Wieder war er bei Rische in der Höhe, wieder kroch er zitternd zu des Grauen Wibers Füßen, um ihm den Eid der Treue zu leisten, dann rannte er gehetzt umher, um sein Leben vor Biplip und der heulenden Rotte junger Hunde zu retten.

Ein andermal lief er durch die schweigende Einde während der großen Hungersnot und lauerte dem Wilde auf, oder er befand sich an der Spitze des Gepanns, und Mißoch oder der Graue Biber knallte mit der großen Peitsche und schrie mit rauher Stimme: „Roal Roal“, wenn man an einen Hohlweg kam, und das Gepann, wie ein zusammengeklappter Fächer, sich dicht aneinander drängen mußte. Dann durchlebte er wieder die Schreckenstage bei dem schönen Schmitt und die Kämpfe, in denen er dort ruhmreich gestritten hatte. Zu solchen Zeiten winkelte und knurrte er im Schlafe, und dann sagten die Leute, daß er schlimme Träume habe.

Am meisten jedoch litt er unter einer Vision, die wie ein Alp auf ihm lastete. Das war, wenn ihm die rasselnden, tuienden Ungeheuer der elektrischen Wagen erschienen, die ihm wie ungeheure Qualen vorkamen. Er träumte dann wohl, er liege im Gebüsch verborgen und lauere darauf, daß ein Eichhörnchen sich von dem schützenden Baum entfernte. Sprang er jedoch darauf zu, so pflanzte sich dasselbe in einen elektrischen Wagen zu verwandeln, der schrecklich und

drohend sich wie ein gewaltiger Berg über ihm erhob und fauchend und freischend Feuer spie. Ein andermal verfolgte er mit den Augen einen hoch in der blauen Luft über ihm schwebenden Habsicht, der sich beim Hinunterstoßen ebenfalls in den allgegenwärtigen Wagen verwandelte, oder er glaubte im Käfig des schönen Schmitt zu sein. Draußen hatten sich die Leute versammelt, und er wußte, ein Kampf stände bevor. Er beobachtete die Tür, durch die der Gegner eintreten sollte. Sie öffnete sich, und der fürchterliche Wagen wurde hineingeschoben. Das wiederholte sich unzählige Male, aber jedesmal war der Schreck so groß wie das erstemal.

Endlich kam der Tag, wo der letzte Verband, die letzte Binde abgenommen wurde. Es war ein großer Festtag für ganz Sierra Vista, deren Bewohner sich um Wolfsblut versammelt hatten. Der Herr traute ihm die Ohren, und Wolfsblut grollte sein Liebeslied. Die Frau des Gebieters nannte ihn „den lieben, guten Wolf“, welcher Name beifällig von den andern Frauenzimmern aufgenommen wurde. Er versuchte, sich auf die Füße zu stellen, allein immer wieder fiel er aus allzu großer Schwäche zurück. Er hatte so lange gelegen, daß seine Muskeln alle Spannkraft verloren hatten und alle Kraft daraus verschwunden war. Er fühlte sich über seine Schwäche ein wenig beschämt, als sei er in dem Dienste, den er den Menschen schuldet, schlaff geworden. Darum machte er heroische Anstrengungen, sich zu erheben, und endlich stand er schwankend und taumelnd auf allen Vieren.

„Der liebe, gute Wolf!“ riefen die Frauenzimmer im Chor. — Richter Scott blickte sie triumphierend an.

„Da habi ihr's! Was ich euch immer gesagt habe! Kein bloßer Hund hätte das vollbringen können, was er getan hat. Er ist ein Wolf!“

„Ein lieber, guter Wolf,“ stimmte der Richter ein, „und das soll fortan mein Name für ihn sein.“

„Er wird wieder gehen lernen müssen,“ bemerkte der

Doktor, also mag er gleich damit beginnen. Es wird ihm nichts schaden. Wir wollen ihn hinausbringen.“

Und hinaus schritt er wie ein König, ganz Cirra Vista im Gefolge. Er war sehr schwach, und als er den Rajen erreichte, legte er sich nieder und ruhte eine Weile aus. Dann setzte sich der Zug wieder in Bewegung, als die Spannkraft wieder in seine Muskeln kam, und das Blut lebhafter in seinen Adern zu kreisen begann. Die Ställe wurden erreicht, und dort lag in der Tür Collie, und ein halb Dugend didbüchiger Hündchen spielte in der Sonne um sie herum. Wolfsblut blickte sie mit verwunderten Augen an. Collie knurrte warnend, und er hielt vorsichtig in der Entfernung. Der Herr schob ein wackelndes Junge mit dem Fuße näher zu ihm hin. Mißtraulich sträubte er das Haar, aber der Herr sprach ihm freundlich zu, daß alles richtig und in Ordnung sei. Doch Collie, die von einem der Frauenzimmer gehalten wurde knurrte ihn argwöhnisch und unfreundlich an, daß nicht alles richtig und in bester Ordnung sei. Das Hündchen stand breitbeinig vor ihm. Wolfsblut spitzte die Ohren und betrachtete es neugierig. Dann näherte er seine Nase der des Jungen und fühlte das warme Zünglein an seiner Schnauze. Auch er streckte die Zunge aus, — er wußte nicht warum, — und leckte dem Hündchen das Gesicht. Lauter Jubel und schallendes Händeklatschen begrüßten sein Tun. Er war überrast und sah sich verwundert um. Dann überkam ihn von neuem die Schwäche, er legte sich nieder, spitzte die Ohren, drehte den Kopf zur Seite und blickte das Hündchen an. Auch die andern Kleinen kamen zu Collies Entsetzen herbeigewackelt, und er ließ es gravitativ geschehen, daß sie auf ihm herumkletterten und Purzelbäume schossen. Zuerst zeigte er bei dem Jubel der Umstehenden ein wenig von der alten, sinkischen Berlegenheit, aber auch diese verschwand, als die Hündchen fortzogen, ihn zu zausen und mit ihm Bissen zu treiben, und so lag er mit halbgeschlossenen, geduldigen Augen im Halbschlummer in der Sonne da.

Die Kosten der Nobile-Hilfsexpeditionen.

13 große Schiffe und 20 Flugzeuge zur Rettung unterwegs.

Kopenhagen, 5. Juli.

In „Svenska Dagbladet“ wird die Frage erörtert, wieviel die Hilfsmassnahmen für die misslungene Nobile-Expedition kosten. Die Ausrüstung der Nobile-Expedition selbst, schreibt das Blatt, kostete etwa 1 1/2 Millionen Kronen, aber die Ausgaben für die Entsendung werden anscheinend das Vielfache dieser Summe verschlingen.

Alle Ausgaben für die schwedischen Fliegerexpeditionen werden vornehmlich von dem schwedischen Fliegerwesen bezahlt, das darauf die Rechnungen an die schwedische Regierung einreicht. Da die Maschinen des schwedischen Heeres nicht versichert sind, wird es einen Verlust von 80 000 Kronen bedeuten, wenn Hauptmann Lundborgs havarierte Maschine nicht mehr gerettet wird. Man kann damit rechnen, daß jedes Flugzeug, das auf Spitzbergen liegt, täglich 500 Kronen kostet, worin Betriebsstoff, Proviant usw. einberechnet sind. Da

augenblicklich zwanzig Maschinen am Eismeer verammelt

sind, beträgt diese tägliche Ausgabe also 10 000 Kronen. Die verunglückte „Niala“ hatte bekanntlich 16 oder 17 Mann an Bord und zu deren Rettung sind 27 Mann mit fünf Maschinen auf Spitzbergen. Hinzu tritt noch die deutsche Klemm-Daimler-Maschine mit Besatzung. In norwegischen Fliegern sind Hauptmann Riiser-Larsen und Leutnant Pühov-Holm nach Spitzbergen gefahren. In Bord der französischen Maschine „Latham“ befanden sich außer Roald Amundsen der französische Pilot Premierleutnant Dietrichsen und zwei Mechaniker. Die finnische Maschine „Turha“ hat fünf Mann an Bord. In Bord des russischen Eisbrechers „Kassin“ befindet sich eins der größten

Flugzeuge Russlands. Auch auf dem Eisbrecher „Malgin“, der bei den Kaiser-Karl-Inseln eingefroren liegt, sollen sich zwei Flugzeuge befinden. Endlich sind von Italien vorläufig drei Maschinen, nämlich die „Savona“ mit dem Major Maddalena und fünf Mann Besatzung und zwei Dornier-Wal-Maschinen mit je sechs Mann Besatzung.

Fünfzehn größere Schiffe

sind augenblicklich in den nördlichen Gewässern zur Entsendung der Expedition verammelt, und zwar die folgenden: „Citta di Milano“ mit 250 Mann Besatzung, die „Broganza“, die von der italienischen Gesandtschaft in Oslo gechartert worden ist und sechzehn Mann Besatzung und eine Anzahl italienischer Alpenjäger an Bord hat. „Hobby“, das Fahrzeug der norwegischen Regierung, „Anger IV“, gleichfalls von der norwegischen Regierung entandt, sowie „Duest“ und „Tanja“, die Fahrzeuge der schwedischen Regierung mit je 17 Mann Besatzung. Die russischen Eisbrecher „Malgin“ und „Kassin“, von denen letzterer 300 Mann Besatzung hat, das finnische Fahrzeug „Marita“, das norwegische Frachtschiff „Heimdal“, das der französische Staat für die Nachsuche nach der „Latham“ gemietet hat, der Kreuzer „Strasbourg“ und das Kanonenboot „Duetin Roosevelt“, die zu demselben Zweck von der französischen Regierung entandt worden sind und von denen der erstere 475 Mann an Bord hat, das Panzerschiff „Tordenskjold“ und das Forschungsschiff „Michael Sars“, die von der norwegischen Regierung ausgeliefert worden sind, sowie das Frachtschiff „Beste Kari“, das zur Rettung Amundsens abgegangen ist mit den Fliegern Tryggve Gran und Poff Vler an Bord. Außerdem eine Reihe kleinerer Fahrzeuge, die für die Güterbeförderung bestimmt sind. Die Zahl der Hilfsschiffe wird noch ständig vermehrt.

Anklage gegen drei Gasangestellte.

Das Explosionsunglück in der Landsberger Allee.

Das Strafverfahren in der Schuldfrage wegen des Explosionsunglücks in der Landsberger Allee 115 hat, wie bereits kurz gemeldet, zur Anklageerhebung gegen drei Gasangestellte geführt. Die Anklageschrift wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung ist von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kuller bereits fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen, nachdem der Oberstaatsanwalt seine Zustimmung erteilt hat, den drei Angeklagten zugestellt werden.

Die Anklage führt die Ursache der folgenschweren Gasexplosion, durch die das Doppelhaus in der Nacht vom 4. zum 5. Januar zerstört wurde und 16 Todesopfer erforderte, auf das fahrlässige Verhalten der drei Beamten der Gasanstalt zurück. Die Fahrlässigkeit und die Ursache der Explosion wird in drei Punkten erörtert: Einmal darin, daß der Stöpkel an der Gasleitung nicht angebracht war, dann darauf, daß der Wassertopf nicht genügend mit Wasser gefüllt war. Bei jeder Zufuhr von Gas in ein Haus befindet sich auf der Straße ein sogenannter Wassertopf, das Wasser bildet einen automatischen Sicherheitsverschluss. Den Hauptschuldpunkt erblickt die Anklage aber darin, daß die Gasheizöfen, die in dem Hause eingerichtet worden waren, genehmigt wurden, ehe sie noch ordnungsmäßig angegeschlossen waren. Für diese Freigabe des Betriebes werden zwei der Angeklagten verantwortlich gemacht, weil sie dem Unternehmer auf dessen Anfrage, ob die Gasheizöfen in Betrieb genommen werden könnten, eine bejahende Antwort gegeben haben. Die Anklage stützt sich auf ein umfangreiches Gutachten, das Oberstaatsanwaltschaftsrat Ritter von der Chemisch-Technischen Reichsanstalt erstattet hat. Die Hauptverhandlung wird vor dem Schöffengericht Mitte voranschreiten wegen ihres großen Umfangs erst nach den Gerichtsferien stattfinden können.

Die Kavalierverschönerung des Prinzen.

Der Kunstmaler als Fälscher.

Vor dem Schöffengericht Schöneberg ging ein umfangreicher Fälschungsprozess zu Ende, in dessen Mittelpunkt als einer der Hauptangeklagten der Kunstmaler Bruno Maklowski als wahres Fälschungsgenie stand.

Bruno Maklowski war früher Porträtist und es wird ihm großes Können nachgerühmt. Er ist aber frühzeitig straffällig geworden, weil er seine Kunst in den Dienst der Fälschung gestellt hat. Maklowski gilt als einer der geschicktesten Bildfälscher. Er hat viel Geld verdient, ist aber auch schon zehnmal vorbestraft.

Nach seiner eigenen Angabe hatte Maklowski, bevor er das letzte Mal ins Gefängnis kam, sein Vermögen in der Inflationszeit in alten Aktien angelegt, die er teuer gekauft hatte, die aber schließlich wertlos wurden. Er kam dann, auf der Suche, wie er diese Aktienpakete dennoch auszuheben konnte, mit dem Kaufmann Siegfried Gambihli in Verbindung, der einen sehr reichen Vater hat. Gambihli ist sogenannter „Bankadmann“ und hatte früher ein eigenes Bankgeschäft, das er liquidierte. Später errichtete er in Paris ein Bankgeschäft, das aber in Konkurs geriet. Er beschäftigte sich dann in Berlin damit, Persönlichkeiten von Namen zu imitieren und wurde u. a. Generalbevollmächtigter des Prinzen Max v. Hohenlohe, dem er zunächst eine Million Mark, dann aber sofort noch 300 000 M. beschaffen sollte. Der Prinz stellte ihm sogenannten Kavalierverschönerung aus. Gambihli und Maklowski verabredeten, Inflationspapiere verschiedener Landesbanken aufzukaufen. Maklowski fälschte die Aktien in Vorkriegsaktien um. Angeblich soll es nach der Behauptung der Angeklagten Prinz v. Hohenlohe nur darauf angekommen sein, seine Familie zu blenden, indem er ihr den Nachweis führen wollte, daß der Vorwurf der Verschwendungssucht, der gegen ihn gemacht wurde, ungerecht sei, da er sein Geld in wertvollen Aktien angelegt habe.

Der Fälschungsbetrieb nahm einen ungeheuren Umfang an. Es wurden 1 1/2 Millionen Mark Aktien gefälscht. Ein Teil der Aktien kam auch in den Verkehr, und Maklowski bekam, als er wieder Inflationspapiere aufkaufen wollte, seine eigenen Fälschungen in die Hand. Er behauptete auch in der Verhandlung, daß die ihm übergebenen Wechsel des Prinzen gefälscht gewesen seien; aber diese Wechsel seien ihm angefertigt des reichen Vaters von Gambihli um so sicherer gewesen. Es gäbe auch „gefährliche Sicherheiten“, bei denen die Sicherheit beim Staatsanwalt liege.

Die Verhandlung endete mit der Verurteilung von Maklowski zu ein Jahr neun Monaten und Gambihli und Bonwitz zu ein Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Ein Lebensdrittel im Zuchthaus zugebracht. Die erst 33 Jahre alte Helene Szechowiat hat bereits 10 Jahre Zuchthaus und 1 1/2 Jahre Gefängnis hinter sich, hat also ein volles Lebensdrittel hinter

Der brave Soldat Schwejk in Brieselang

Unter diesem Motto findet **Sonnabend, den 14. und Sonntag, den 15. Juli**, in Brieselang ein

JUNGSOZIALISTEN-TREFFEN

statt, zu dem auch die Partei- und Arbeiterjugend-Genossen herzlichst eingeladen sind.

Sonnabend, ab 21 Uhr: Rezitationen, Gesang, Musik, Gedenkstunde der Wiener Todesopfer. Ansprache, Abrennen eines Holzstoßes. Der Sonntag soll zur Förderung des Gemeinschaftslebens beitragen. Rezitationen, Stegreilspiele.

Güterstäben zugebracht. Nach ihrer letzten Strafverbüßung wurde sie von der Fürsorge auf dem Lande untergebracht. Dort gefiel es ihr aber nicht, und sie kam nach Berlin, wo sie in einem Schwefelsteinheim angestellt wurde. Bald kehrte sie zu ihrer alten Lebensgewohnheit zurück und stahl wie ein Rabe. Sie erbrach Schreibstühle und Schränke und leerte die Geldtaschen. Die Diebin erhielt jetzt von neuem drei Jahre Zuchthaus, außerdem fünf Jahre Ehrverlust, und sie wurde auch unter Polizeiaufsicht gestellt.

Die Feier der 45 Millionen.

Werbetag der Konsumgenossenschafts-Internationale.

Was für die Arbeiterbewegung im allgemeinen der 1. Mai bedeutet, das stellt für die Konsumgenossenschaften der Internationale Genossenschaftstag dar, ein Fest- und Werbetag, der vor sechs Jahren vom Internationalen Genossenschaftsbund eingeführt wurde als eine alljährlich zu veranstaltende, alle Landesgrenzen überbrückende Kundgebung der Verbraucherorganisationen für die Aufgaben genossenschaftlicher Wirtschaftsführung. Von Jahr zu Jahr wächst der Umfang dieser Genossenschaftsfeier. In den Tausenden von Städten und Ortschaften, in denen Konsumvereine Fuß gefaßt haben, selbst in den entferntesten Gegenden der Erde, wie in Indien, Japan, Australien, scharen sich an diesem Tage die Genossenschaftler um das Banner der Konsumgenossenschaftsbewegung mit dem Ergebnis, nach innen ihr Werk auszubauen, nach außen aber allen noch fernstehenden verlobend die genossenschaftliche Lehre der Rochdaler Pioniere, die Lehre vom Konsumgenossenschaftlichen Wirken zum Wohle der Menschheit. Der Internationale Genossenschaftsbund vereinigt jetzt 45 Millionen Genossenschaftler in allen der Kultur erschlossenen Ländern der Welt; der Internationale Genossenschaftstag soll mit der Erfüllung seiner werdenden Aufgabe neue Scharen für die genossenschaftliche Gedankenwelt gewinnen.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung begeht nach einer internen Feier, die am Sonnabend, dem 7. Juli, für den Funktionärskörper in der „Philharmonie“ stattfindet, den Internationalen Genossenschaftstag durch ein Volksfest am Sonntag, dem 8. Juli, im Volkspark „Karlshof“, Pläßensee. Das Programm der Veranstaltung setzt sich zusammen aus Musikvorträgen zweier Kapellen des Deutschen Musikerverbandes, Gesangsvorträgen, Festansprache, Dampionreigen im Wasser, Riesenfeuerwerk, Kinderfackelzug usw. Der Eintrittspreis zu dem um 3 Uhr nachmittags beginnenden Fest beträgt für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 15 Pf. Eintrittskarten sind in sämtlichen Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung und am Eingang zum Festlokal erhältlich. Um auch über die Reihen der Festteilnehmer hinaus die Aufmerksamkeit der Berliner Bevölkerung auf die Konsumgenossenschaftsbewegung zu lenken, wird vom Festpart der Berliner Genossenschaft am Sonntag in drei Zügen eine festliche Korfahrt durch die Groß-Berliner Straßenzüge unternommen.

Für jeden Genossenschaftler, für die Familie jedes an der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung teilnehmenden Arbeiters, Angestellten und Beamten muß am Sonntag, dem 8. Juli, die Besung lauten: Auf zum Internationalen Genossenschaftsfest im Volkspark „Karlshof“!

Strahenhändler und Obstpreise.

Die im Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands, Ely Berlin, organisierten Strahenhändler des Bezirks Neudöln behandelten in einer Verammlung neben organisatorischen Fragen auch die Frage der gegenwärtigen Preisbildung von Frischobst und Gemüse. Es wurde festgestellt, daß an den in der Tagespresse mit Recht kritisierten Preisen der Produkte nicht der Strahenhändler schuld sei, da beispielsweise am 3. Juli für Äpfel 40 bis 45 Pf. und für Erdbeeren 50 bis 80 Pf. in der Markthalle gezahlt wurden. Von einem anderen Redner wurde betont, daß er für runde, weiße Kartoffeln bei Abnahme von 20 Zentnern den Zentner mit 9,50 M. bezahlen sollte, während dieselben Kartoffeln eine halbe Stunde später — ebenfalls bei Abnahme desselben Quantums — pro Zentner 10 M. kosteten. Lebhaftige Klage wurde auch darüber geführt, daß sich in den Körben oft oben eine Schicht erstklassiger Erdbeeren befindet, während sich

die unteren, beim Einkauf unsichtbaren Beeren, zum Teil nicht für den Verkauf eignen. In diesem Falle ist der kleine Händler der Leidtragende! Die Strahenhändler erklären, daß sie an den hohen gegenwärtigen Preisen absolut kein Interesse haben, vielmehr bestrebt sind, Frischobst und Gemüse zu den billigsten Preisen der Bevölkerung zuzuführen, und erwarten in ihrem Bestreben die Unterstützung der Behörden.

Die Feier des 11. August.

Sorgf. für Fahnen der Republik.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat die Preussische Staatsregierung beschlossen, zur Feier des Verfassungstages am 11. August 1928 die gleichen Anordnungen wie im vergangenen Jahre (Beschluss des Preussischen Staatsministeriums vom 8. Juli 1927) zu treffen. Es wird empfohlen, außerhalb der amtlichen Verfassungsfeier durch Anregung von sportlichen und anderen Veranstaltungen in der Bevölkerung für eine möglichst vollstimmige Feier des Verfassungstages Sorge zu tragen.

Jeder Republikaner wird sicher jetzt dafür Sorge tragen, am Tage von Weimar die schwarzrotgoldene Fahne des neuen Deutschland hissen zu können.

„Ein harter Schlag.“

Unter dieser sensationellen Ueberschrift bringt der Abteiler der „Roten Fahne“ eine Darstellung über den Reichsbund deutscher Mieter, die sich wie eine groteske Mischung von Dichtung und Wahrheit ausnimmt. Genosse Fritz Dziewl, der Vorsitzende des Reichsbundes deutscher Mieter, teilt uns dazu mit, daß in Kürze eine gebührende Antwort erfolgen wird. Schon heute aber sei gesagt, daß es sich um sensationelle aufschaukelnde Vorgänge handelt, die zwei bis drei Jahre zurückliegen und die offenbar nur darum in die Öffentlichkeit gebracht werden, um bei dem benachteiligten Reichsmieter aus parteipolitischen und egoistischen Gründen den Bundesvorsitzenden, Genossen Dziewl, zu stürzen. Interessant ist dabei die Tatsache, daß ausgerechnet Angehörige der kommunistischen Partei die Verbindung mit der sogenannten, in dem Beitrag erwähnten Mieterbank hergestellt haben, die den Anlaß zu dem Angriffartikel bildeten. Als die Sache schief ging, flohen die kommunistischen Urheber über Bord und die verhassten Sozialdemokraten nahmen den „Saufall“ reinigen.

Behn „Lebenslängliche“ brechen aus.

Neun werden niedergeknallt.

Bukarest, 5. Juli.

Im Gefängnis von Dnele. Mari versuchten zehn zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilte Gefangene durch eine Oeffnung, die sie in die Mauer gestochen hatten, zu entfliehen. Die Gefängniswache, die sie dabei überraschte, tötete neun von ihnen. Nur einem Ausbrecher gelang es, in den Wald zu entkommen.

Das Unwetter in Polen.

37 Todesopfer.

Warschau, 5. Juli.

Die Unwetter, die während der letzten 48 Stunden über Polen hinweggegangen sind, haben sehr großen Schaden angerichtet. Durch Blitzschlag, Brand und andere durch das Unwetter verursachte Unfälle sind insgesamt 37 Personen ums Leben gekommen.

Festnahme zweier Mörder.

Braunschweig, 5. Juli.

Die Mörder des Polizeioberwachtmeisters Deder in Wolfenbüttel sind festgenommen worden. Es sind die Spinnerarbeiter Karl und Rudolf Letto aus Wolfenbüttel. Beide sind geständig. Einbruch in Wolfenbüttel ausgeführt zu haben und bei einem Einbruch in die Friedhofskasse in Wolfenbüttel den Polizeioberwachtmeister Deder, der sie dabei überraschte, durch drei Revolverkugeln niedergestreckt zu haben. Die Waffe war bei einem Einbruch in das Polizeiamt in Wolfenbüttel gestohlen worden.

Unfälle am Nationalfeiertag der USA.

Wie aus New York gemeldet wird, sind die Unglücksfälle, die sich am Unabhängigkeitstage durch Explosionen von Feuerwerkskörpern ereignet haben, in diesem Jahre zahlreicher als früher. In New York wurden über zwölf Personen und in Jersey sieben Knaben schwer verletzt. In Philadelphia brachten mehrere Jungen unter einem Pferd Feuerwerkskörper zur Explosion; der Fuhrmann und eine erhebliche Anzahl von Personen erlitten schwere Verletzungen. Einem Schlafenden wurde von einem Unbekannten eine Rakete in den Mund gesteckt, die dem Manne sämtliche Vorderzähne ausriß. In Lamar (Staat Missouri) explodierte inmitten einer Menschenmenge von etwa 5000 Köpfen auf einem Kolowagen eine Ladung Feuerwerkskörper, 14 Personen wurden schwer verletzt. Es brach eine Panik aus, bei der ebenfalls zahlreiche Personen Verletzungen davontrugen.

Filmchauspieler Harry Piel verunglückt.

Der bekannte Filmchauspieler und Krieger Harry Piel wurde gestern von einem schweren Unfall betroffen. Auf dem Filmgelände in der Oberlandstraße in Tempelhof wollte Piel bei einer Probeaufnahme auf einem Motorrad einen Sprung über einen Graben vollführen. Er stürzte hierbei und kam so unglücklich zu Fall, daß er sich das rechte Schulterblatt austrennte und schwere Bruchverletzungen erlitt. Die Filmaufnahmen mußten aus diesem Grunde sofort abgebrochen werden.

Der „Berliner Lendoci-Grot“, Mitglied des DAB, veranstatet mit 200 Sängern heute, Freitag abend, 8 Uhr, auf dem Spielplatz im Park Friedrichshain ein öffentliches Konzert.

Briefkasten der Redaktion.

N. 2. 3479 Hochtrauten.

Über Verdauungsbeschwerden,

wie Magenbeschwerden, Reizung zu Diarrhöen oder Verstopfung usw. haben viele immer wieder zu sagen. Zweckmäßig ist dann eine vorläufige Ernährung, so z. B. der regelmäßige Genuß von

Kufete-Suppen,

die oft als mehrschicht empfunden werden. „Kufete“ ist heutzutage in den meisten Suppen zu nehmen, macht nicht bloß satt und wirkt verdauungsfördernd und stärkend. Ein Teller mit „Kufete-Suppe“ — Rohwurstfleisch liegt jeder Dose bei — wird auch Sie zu einem überzeugten Anhänger machen.

Kommunale Schulzahnpflege.

Organisation und Notwendigkeit ihres Ausbaues in Berlin.

Ein großes und bedeutendes Teilgebiet der Schulgesundheitspflege ist die Schulzahnpflege. Manigfaltig sind ihre Aufgaben. Ursprünglich diente sie hauptsächlich der poliklinischen Betreuung der Schuljugend. Mit anderen Worten: hatte ein Schulkind Zahnschmerzen, dann ging es in die Schulzahnklinik, wo der franke Zahn plombiert oder — gezogen wurde. Die sorgfältige poliklinische Versorgung der Jugend in den Schulzahnkliniken spielt auch heute noch eine Rolle. Indes ist, namentlich im Laufe des letzten Jahrzehnts, die planmäßige Sanierung der Gebisse der Schulkinder immer mehr in den Vordergrund gerückt und jetzt zum Hauptbestandteil der gesamten Schulzahnpflege geworden.

Man unterscheidet bei den Schulkindern verschiedene Sanierungsjahrgänge. Die zu „sanierenden“ Schulkinder kommen klassenweise in die Schulzahnkliniken, denn sie sollen dort sämtlich „über den Stuhl (den zahnärztlichen Behandlungsstuhl nämlich) gehen“. Sehr wünschenswert wäre es, daß jedes Schulkind jährlich mindestens einmal vom Zahnarzt in der Schulzahnklinik untersucht würde und nötigenfalls von dem Zahnarzt in der Schulzahnklinik behandelt werden könnte. Viele erfahrene Schulzahnärzte fordern sogar eine halbjährige „Zahnvisite“. So häufige Sanierungsuntersuchungen lassen sich aber in Berlin noch nicht durchführen, da es an der hierfür notwendigen Anzahl von Zahnärzten mangelt.

Auf welche Untersuchungen, auf die Betreuung welcher Jahrgänge hat man nun besonderen Wert zu legen? Vor allem ist es nötig, dafür zu sorgen, daß die Jugendlichen, die bald die Schule verlassen und in das Berufsleben hinausstreben, ein möglichst gutes bzw. gut instandgehaltenes Gebiß haben. Am besten kann man natürlich zu einem solchen Resultate in der Weise gelangen, daß man die Schulkinder während der ganzen Schulzeit möglichst häufig schulzahnärztlich betreut, beim Auftreten kleinster Zahnschäden sofort eingreift und auf diese Weise die Ausbreitung der Zahnhäule in den kindlichen Gebissen hindert. In den Monaten vor der Schulentslassung hat man es dann einfach nicht mehr nötig, besonders umfangreiche Sanierungen der Gebisse vorzunehmen, da ja die Zähne jahrelang gepflegt wurden. Die systematische Zahnmanierung in Berlin ist aber erst jüngeren Datums und man kann aus den erwähnten Gründen einfach nicht umhin, den Sanierungen der Gebisse der Vierzehnjährigen besondere Sorgfalt und Zeit zu widmen. Man wird jedoch, da ja vorbeugen besser, billiger und auch weniger zeitraubend als heilen ist, künftig in immer beträchtlicherem Ausmaße sich auch der Frühjahrs-sanierungen der jüngeren Jahrgänge anzunehmen haben.

Will man die planmäßige Sanierung der kindlichen Gebisse in dem notwendigen Umfange durchführen und nebenher poliklinische Sprechstunden abhalten lassen, so braucht man bei einem geordneten Betriebe eine größere Anzahl von Zahnärzten und von Schwestern, die den Zahnärzten als Hilfskräfte dienen. Die Schulkinderzahl, die durchschnittlich auf einen hauptamtlichen Schulzahnarzt entfallen (s. L. Schwanitz zwischen 4000 und 6000. Jedem Zahnarzt muß eine Schwester als Hilfskraft beigegeben werden.

Will man jedoch das Gebiet der Orthodontie in den Bereich der Schulzahnpflege einbeziehen, so bedarf es einer erheblich größeren Zahl von Zahnärzten. Etwa 5 Proz. der Schulkinder leiden nämlich unter allerlei Beschwerden, die auf ein regelwidriges Wachstum bzw. auf eine falsche Stellung der Zähne zurückzuführen sind. Durch „Richtung“ solcher Zähne und mancherlei andere Maßnahmen kann man bei oft allerdings recht langwierigen Behandlungen sehr gute Enderfolge erzielen. Auf weite Sicht bietet auch zweifellos das Gebiet der Orthodontie für die Schulzahnpflege reiche Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten und es ist in diesem Zusammenhange sehr bezeichnend, daß auf dem diesjährigen deutschen zahnärztlichen Kongress der „Rater“ der systematischen Zahnmanierung, der Ordinarius der Zahnheilkunde an der Universität Bonn, Genosse Professor Dr. Kantorowicz, verlangt hat, die Orthodontie den Regelaufgaben der Schulzahnpflege zuzuzählen.

Einige Schwierigkeiten — dies muß ganz offen gesagt werden — bereitet es bisweilen, geeignete hauptamtliche beamtete Zahnärzte für die Schulzahnkliniken zu gewinnen. Das hat verschiedene Ursachen. In mittleren und kleineren Städten finden drei praktizierende Zahnärzte immer noch ein recht gutes Auskommen. Von denjenigen, die sich zum Studium der Zahnheilkunde entschließen, neigen nicht allzu viele zu einer spezifisch sozialärztlich-fürsorgereichen Tätigkeit. Schließlich haben auch die (von sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Seite mit Recht immer stark kritisierten!) großen Spannen innerhalb der einzelnen Stufen der Befoldungsordnung bei der Gewinnung von Zahnärzten ganz deutlich sichtbare nachteilige Folgen. Da nämlich ein beamteter Zahnarzt, der sich dem 50. Lebensjahr nähert, genau das doppelte an Gehalt bezieht gegenüber einem neu eintretenden Schulzahnarzt, der vielleicht zuvor einige Jahre lang als Assistent sich ausgebildet hat, so hat dieses Mißverhältnis zur Folge, daß sich bei Stellenausschreibungen überwiegend ältere Zahnärzte melden, denen ein beträchtlicher Teil der Jahre ihrer freien zahnärztlichen Tätigkeit auf das Befoldungsdiplom angerechnet wird und die im übrigen auch auf die in Aussicht stehende Versorgung aus naheliegenden Gründen einen viel größeren Wert legen, als dies für jüngere (noch dazu meist arbeitskräftigere!) Zahnärzte zutrifft.

Die Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Zahnärzten werden auch dadurch künstlich hervorgerufen, daß von gewissen zahnärztlichen Kreisen eine recht lebhaft agitierte Agitation gegen die Schulzahnkliniken und insbesondere gegen die Einstellung hauptamtlicher Zahnärzte entfaltet wird. Man mittert eben offenbar etwas von „Sozialisierung des Heilwesens“. Und warum sollten solche Volksbeglüber dann nicht den traurigen Mut aufbringen, gegen eine noch so segensreiche Einrichtung, die der Volksgesundheitspflege dient, wie dies für die Schulzahnpflege zutrifft, vorzugehen! Allerdings geschieht dies meist nicht öffentlich, da man sich wohl ein wenig schämt, dies zu tun, aber dennoch recht intensiv „unterirdisch“. Hierüber werden in Bälde noch einige deutlichere Worte gesagt werden müssen. Es ist gerade grundtätig sehr wichtig, derartige Angriffe auf die Grundrechte der kommunalen Selbstverwaltung, zu deren Teilgebieten auch die kommunale Schulzahnpflege gehört, auf das energischste abzuwehren, ja, möglichst im Keime zu ersticken. Es muß gelingen, die Gegner der Schulzahnpflege als Feinde der Volksgesundheitspflege zu brandmarken und ihrem Treiben ein Paroli zu bieten.

Die Schulzahnpflege wird trotz mancher Schwierigkeiten zum Nutzen der Schulkinder in ihrer Entwicklung weiter fortschreiten und es ist ein erfreuliches Zeichen, daß man jetzt seitens der städtischen Gesundheitsverwaltung die vorbereitenden Schritte tut, eine Reihe von Berliner Schulzahnkliniken beträchtlich zu erweitern. Das ist die beste Antwort auf die erwähnten volkseigenen Bestrebungen, eine Antwort, die von allen sozialdemokratischen Kommunalpolitikern sicherlich noch wesentlich bekräftigt werden wird.

Dr. med. Alfred Korach.

Ein Freudentag für die Alten.

Die diesjährige erste Dampferfahrt des Verwaltungsbezirks Treptow, die sich als Ziel Neu-Helgoland bei Rahnsdorf, am Einfluß der Spree in den Müggelsee, ausserhalb hatte, wurde zu einem rechten Sommerfesten- und Freudentag für unsere Alten. Am frühen Morgen des letzten Freitag war es noch recht trübe, aber der Himmel klärte sich immer mehr auf und als bald nach 10 Uhr der große Dampfer Treptow verließ, da sah man, daß es ein schöner Tag werden würde. In Oberschöneweide nahm er die Nachbarrorte und in Köpenick Adlershof und Altglienicke auf. Nachmittags lag die schöne Müggellandschaft im hellsten Sonnenschein. Bei Ankunft gab es für alle rund 300 Teilnehmer ein schmackhaftes Essen und nachmittags reichlich Kaffee und Kuchen. Im Bewußtsein, einen schönen Tag ganz unter sich verlebt zu haben, schieden die Alten am Abend wieder vom Dampfer. Diese alljährlichen Dampferausflüge,

die in der Hauptsache aus dem Bezirksanteil der Wohlfahrtsbriestmarken finanziert werden, bringen immer wieder den alten, meist einsamen Menschen einen heißersehnten Tag der Freude. Die Teilnehmerarten werden vom Bezirkswohlfahrtsamt nach einem Bedürftigkeitschüssel auf die Wohlfahrtskommissionen verteilt, denen die Aufgabe obliegt, sie an die geeigneten Sozialrentner, Kleinrentner oder Gleichgestellten abzugeben.

Ein Monumentalschulbau. Charlottenburg baut für 11 1/2 Millionen.

In Charlottenburg werden große Dinge beabsichtigt, so der Erweiterungsbau des Krankenhauses Sophie-Charlotten-Straße und der gewaltige Plan des Neubaus eines Schulgebäudes für die Fach- und Berufsschulen an der Sommeringstraße. Es handelt sich hier um ein Objekt von 11 1/2 Millionen Mark. Prof. Tessenow hat auf Grund eines Preisausschreibens ein glänzendes und großzügiges Projekt ausgearbeitet: ein gewaltiges Dreifrontengebäude am Spreerfer zwischen Caprovibude und Schlossbrücke gelegen. In einfachen kubischen Formen werden sich diese Schulhäuser klar und ohne angepöppeltem Schmuck aufbauen. Der Anblick von der Spreeseite wird besonders reizvoll: über einen baumumstandenen, 6000 Quadratmeter großen Spielplatz steigt der Blick über das Turnhallengebäude hinweg zum Riefenrahmen der in Hufeisenform einfallenden Gebäude. Es werden bebaut für die Gewerbeschule 2100, für die Berufsschule für Mädchen 2516 und für das Turnhallengebäude 1574 Quadratmeter, das sind zusammen 10 400 Quadratmeter von der Gesamtfläche, die 35 307 Quadratmeter beträgt. Wenn der Bau in etwa 4 Jahren fertig sein wird, wird einer der interessantesten modernen Monumentalbauten stehen; Stadtbaurat Wagner hat das Verdienst, auf diese großzügige Lösung der Charlottenburger Berufsschullagen hingearbeitet zu haben. Diese Projekte wurden in der letzten Bezirksverordnetenversammlung auf Grund der Ausschüßberatung verabschiedet.

Eine kleine Debatte entspann sich bei der Vorlage betr. Schaffung eines Platzes zum Starten der Automobile in der Selenheimer Straße. Trotz heftigen Widerstandes unsere: Fraktion, die die Grünanlagen erhalten wollen wollte, kam der Plan des Bezirksamts zur Annahme. Der Bericht über die Vorlage betr. einmaligen Ausgaben für das Jahr 1929 (sie fordert 11 969 155 M., darunter 5 292 560 M. für Straßen- und Brückenbau) kam zur Annahme. Nach all diesen wichtigen Dingen gab es wieder kommunalpolitische Unterhaltung. Sie wollten Räume für Wohnzwecke beschlagnahmt wissen, die nach dem Gesetz nicht zu lassen sind; sie wollten die Mutter des erschollenen Arbeiters Ewege einmal unterstützen, nachdem bereits ein Stadtverordnetensbeschluss eine dauernde Sicherstellung der Familie erreicht hat. Die Deutschnationalen entrüsteten sich dann noch etwas über die Rotfrontkämpfer und verneigten dabei bequemerweise ihre Stahlhelmschilde und ihre eigenen Straßenhelden. Unsere Fraktion nagelte dann noch einige Unregelmäßigkeiten bei der letzten Reichstagswahl fest: es wollte das Wahlamt noch nach Schluß der Wahlhandlung einige Leute mit unzulässigen Ausweisen wählen lassen und das Bezirksamt mußte mit Bedauern diese Entgleisungen zugestehen. Dann verlegte man sich auf den 12. September.

Die Volksbüchereien im Bezirk Treptow.

Die Entwicklung der öffentlichen Büchereien des Bezirks Treptow kann als befriedigend bezeichnet werden. Trotzdem eine Reihe von Umständen den Menschen heute vom Buche abdrängen — Rundfunk, Film, illustrierte Zeitschriften auf der einen, wirtschaftliche Not und Mangel an Freizeit auf der anderen Seite —, konnten die Büchereien eine gute Bemühungsfähigkeit erreichen. Der Buchbestand, der vor einem Jahre 146 222 Bände umfaßte, zählt heute einschließlich des Grundbestandes der Stadtbücherei 188 550 Bände, von denen 10 474 auf die schöne Literatur, 8376 auf die wissenschaftlichen Abteilungen entfallen. 1304 veraltete bzw. zerlesene Bücher wurden ausgeschieden bzw. ersetzt, so daß der Zugang im ganzen 3493 Bände beträgt. Ausgegeben wurden 53 792 Bände (44 551 Bände Romane

DIE GRÖSSTE DEUTSCHE SCHUHFABRIK

eröffnet morgen
vormittag 11 Uhr
im eigenen Geschäftshause
Wilmersdorferstr. 121
Ecke Goethestr.
eine neue Verkaufsstelle.



SALAMANDER

und Rosenfeld, 9241 Bände wissenschaftliche Literatur). Diese Zahl ist gegenüber der Ausleihe des Jahres 1926/27 (59 322 Bände) zurückgegangen, indessen ist die Zahl der Leser — was die wichtigste ist — gewachsen. Gegen 1811 eingeschriebene Leser des Vorjahres wurden 1960 Leser des Berichtsjahres gezählt. Während jedoch 1926/27 von den einzelnen Lesern durchschnittlich 33 Bände im Jahr entliehen wurden, kamen 1927/28 nur noch 27 Bände auf den Kopf. Es besteht die Hoffnung, in den nächsten Jahren noch weitere Kreise der Einwohnerheit für die Büchereien zu werben, vor allem, wenn es gelungen sein wird, der Stadtbücherei des Bezirks ein geeignetes Unterkommen zu sichern. Es besteht auch bereits der Lehr- und Lehrlehre mit der Berliner Stadtbibliothek, aus deren reichen Beständen an wissenschaftlicher Literatur die Leser bedient werden. Im laufenden Jahre dürfte der Lehrverkehr noch weiter ausgebaut und auch durch Einstellen eines eigenen Kraftwagens, der von der Stadtbibliothek aus regelmäßig die Bezirke besuchen soll, gefördert werden.

Aus den Bezirken.

13. Bezirk — Tempelhof.

In der letzten Bezirksversammlung vor den Ferien galt es, Räte aufzuarbeiten und dringliche Sachen zu erledigen. Im Bericht des Haushaltsausschusses über die Beratung der Anmeldung der einmaligen Anforderungen zum Haushaltsplan 1929 steht an erster Stelle die Erbauung eines Verwaltungsgebäudes. Die meisten Wünsche hat das Tiefbauamt, wobei besonders zu nennen sind: Berliner Straße und Manneufeldstraße, die ganz umgebaut werden sollen. In Mariendorf sind besonders die Pantier, Kaiser-, König- und Ringstraße zu nennen. Für Lichtenrade ist die neue Umgehungsstraße von besonderer Wichtigkeit. In Marienfelde wird man besonders die Anforderung der Mittel für die Unterführung an der Joffener Eisenbahn begrüßen. Vom Hochbauamt werden Mittel angefordert zum Bau eines Krankenhauses, zum Neubau eines Feuerwehrdienstgebäudes und einer Volkshochschule, zur Errichtung eines Altersheims, Ausgestaltung der Berliner Straße zwischen Steuerhaus und Siedring. Bei diesen Postitionen erhebt die SPD. erneut die Forderung, Schulbauten in Neu-Tempelhof im Industriegebiet und für die Hiltfischeule rechtzeitig in Angriff zu nehmen. Interessant war auch die Mitteilung, daß die Bedürfnis-Vollanleihe an der U-Bahnstation Flughafen, für die ursprünglich 9000 Mark veranschlagt war, jetzt 61 000 Mark festsetzt. Ferner wurde von der SPD-Fraktion dringend gefordert, endlich den Volkspark Mariendorf fertigzustellen. Ein SPD-Antrag auf Einrichtung von Marken-Automaten in öffentlichen Fernsprechstellen gelangt zur Annahme.

15. Bezirk — Treptow.

Die Bezirksversammlung nahm in unserer letzten Sitzung von dem Antrag unserer Fraktion bezüglich Ausbau der Rechtsanwaltsstelle in Niederhönnecke Kenntnis, ebenso von einer Beschwerde unserer Fraktion über eine Schwester, die während ihrer dienstlichen Gänge Propaganda für eine bestimmte religiöse Weltanschauung gemacht hat. — Unter erheblichem Loben der Kommunisten wurde folgende Erklärung des Genossen Blau, der von der SPD. zu unserer Fraktion übergetreten ist, beifolgend gegeben: „Wie ich leinere! mitteile, bin ich aus der Fraktion der SPD. ausgetreten und habe mich zunächst keiner Fraktion angeschlossen. Mein Austritt aus der SPD. erfolgte, weil ich die Politik der SPD. auf persönlichem wie auf sachlichem Gebiete nicht mehr vertreten konnte. Ich habe gesehen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die einzige Partei ist, die mit innerer Ueberzeugung und mit ganzer Kraft die Interessen der Arbeiter vertritt und ich habe mich deshalb der Fraktion der SPD. der hiesigen Bezirksversammlung angeschlossen.“ Mit dem Genossen Blau ist das dritte Mitglied aus der SPD-Fraktion ausgeschieden. — Gemäß den Vorschlägen des Rechnungsprüfungsausschusses werden dann die einmaligen Anforderungen für 1928 beschlossen. Unsere Fraktion beantragt hierzu 6000 M. zur Renovierung des Amtshauses Oberhönnecke nachzufordern. Nachdem der Genosse Becker die Anforderung beantragt, schließt sich die Versammlung dem Antrage an. Einem Wünsche des Deserterlich-Deutschen Volksbundes folgend, empfiehlt die Versammlung dem Bezirksamt, die Eisenbahnstation Sadowa in „Bühlbeide“ umzubenennen. Eine Reihe von Straßen in Baumhüttenweg und Johannisthal werden neu benannt. Eine Vorlage, die die Festsetzung eines Jubiläumspans für den in Treptow zwischen der Wilhelmsbrücke, der Großenstraße und der Straße 43 auszuweisenden Platz 7 vorsieht, wird von der Tagesordnung abgesetzt. Der Genosse Lüdke führt hierzu aus, daß nach Meinung unserer Fraktion die Interessen der Stadt Berlin nicht in genügender Weise gegenüber der Kirchengemeinde, die hier eine Kirche errichten möchte, gewahrt sind. Die Versammlung schließt sich mit Mehrheit unserem Antrage an. — Die Mittel für den Ausbau der Tagesstätte Oberhönnecke und für die Aufstellung zweier Bierbrunnen im Volkspark Bühlbeide werden zur Verfügung gestellt. Die Bezirksversammlung erucht für die Stadtbücherei des Bezirks geeignete Räume zur Verfügung zu stellen.

16. Bezirk — Weißensee.

In der am 27. Juni stattgefundenen Bezirksversammlungsitzung fanden einige wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Die 8. Gemeindefschule (weilische Schule) ist in der 3. Gemeindefschule nur notdürftig untergebracht. Der schon lange gehegte Plan, eine neue Volkshochschule zu erbauen, soll nun endlich Wirklichkeit werden. Das Bezirksamt hat für den Neubau das an der Park-, Ede-Amalienstraße gelegene Grundstück ausgewählt. Dieses Grundstück ist besonders geeignet, liegt es doch mitten in den Parkanlagen, fern von dem Straßenverkehr. Die Kosten des Neubaus sind auf 1 1/2 Millionen Mark veranschlagt. Die Versammlung stimmte der Vorlage zu. — Unser Kinderhort in der Charlottenburger Straße ist für diesen Zweck längst nicht mehr geeignet. Die Räume sind viel zu klein und es fehlen vor allen Dingen die erforderlichen Einrichtungen. Da auch der bauliche Zustand des alten Gebäudes sehr schlecht ist, ist beabsichtigt, es abzureißen und ein vollkommen neues Gebäude zu errichten. Die Baukosten betragen rund 150 000 M. Die Versammlung stimmte der Vorlage zu. Angenommen wurde weiter eine Vorlage des Bezirksamts zum Bau eines Fahrradunterstandes auf dem Sportplatz am Frankensee. Die Schule in der Falkenbergstraße wird nun wieder ganz ihrer Bestimmung zugeführt werden. Den letzten vier Mietern soll eine Umzugsbeihilfe gewährt werden, um ihnen den Umzug zu erleichtern. Die Vorlage des Bezirksamts betr. Umbenennung von Straßen und Plätzen wurde angenommen. Nach dieser Vorlage erhalten die meisten Straßen und Plätze neue Namen. Zu Ehren unseres vor einigen Jahren verstorbenen Genossen Laubmann wird die bisherige Friedr.straße den Namen Albert-Laubmann-Straße erhalten. Beschäftigte wurde über die mangelhafte Postbestellung in Weißensee geführt. Während in allen anderen Bezirken eine normale Briefbestellung erfolgt, wird in unserem Bezirk die Post nur dreimal bestellt. Als unerträglich wird die Lässigkeit empfunden, daß wir in Weißensee nur ein einziges Postamt haben. Genau so ungünstig liegen die Verhältnisse in Hohenschönhausen. Die Versammlung stimmte einem Antrage zu, das Bezirksamt zu ersuchen, bei den zuständigen Stellen wegen Abhilfe vorstellig zu werden. Genosse Stadtrat Müller leitete noch mit, daß in der Buchallee von der Gehag 264 Wohnungen errichtet werden.

19. Bezirk — Pantow.

Die am 27. v. M. stattgefundene Bezirksversammlung brachte einige Neuwahlen von Schiedsmännern. Dabei wurden für Buchholz unser Genosse Schulz und in Erbschwaben von Wohlfahrtsplägern unsere Genossen Jäger, Conrad, Thiele und Rothmann gewählt. Zustimmung fand die Errichtung eines Tagesheims für den Kinderhort im Brosepark zu Niederhönnecken, ebenso wurden die Mittel für die Errichtung eines Jugendhauses in Pantow, für die Ueberdachung der Tribünen auf dem Bolle-Sportplatz und für Herrichtung der Sportplätze Kollerweg und Buch bewilligt. Gegen das Jugendhaus stimmten die Deutschen Nationalen, Wirtschaftspartei und Demokraten. In der Debatte brachten die Deutschen Nationalen ihre feindliche Einstellung zu allen modernen und freigeistlich aussehenden Jugendziehungsmaßnahmen zum Ausdruck, die Demokraten aber wollten das Projekt gegen die Bodeanstalt zurückgestellt wissen. Bei der Beratung über den Sportplatz in Buch führte der Vertreter der Demokraten einen lustigen Vortrag aus. Nachdem er zuerst die Ablehnung beantragte, war er plötzlich, nachdem unser Sprecher dieses eigenartige Verhalten festgenagelt hatte, nach einem kläglichen Rückzugsgesicht plötzlich dafür. Die Voranmeldung der einmaligen Ausgaben, die mit einem Betrage von rund 7,4 Millionen abgeschlossen, gab den Deutschen Nationalen wiederum Veranlassung, gegen die für die Gemeinschaftsschule geforderten Mittel für einige Musikinstrumente und Stühle und Tische aufzutreten und auch hier ihren Haß gegen alles Fortschrittliche zu dokumentieren. Von unserem Redner wurde zum Ausdruck gebracht, daß unsere Wünsche und Anträge zum größten Teil in der Versammlung berücksichtigt worden, so daß wir in der Hoffnung zustimmen, die dringlichsten Aufgaben unseres Bezirks, wie Bodeanstalt, Schulbahnlinie, Berufsschule, Planhütchen usw. bald erfüllt zu sehen. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen angenommen, trotzdem diese vorher von ihrem Bürgermeister beschworen wurden, ihren Einspruch zurückzuziehen. Die Deutschen Nationalen glauben also ihrem parteiöffentlichen Bürgermeister die Mittel verjagen zu müssen, weil sie hoffen, daß die SPD. nicht so unvernünftig handeln wird wie sie selber. Bei der Erörterung werden wir dafür sorgen, daß sie Farbe bekennen müssen und ihnen die Verantwortung nicht erspart wird.

20. Bezirk — Reinickendorf.

Die letzte Sitzung vor den Sommerferien zeigt wieder einmal ein Bild regen kommunalen Lebens. Das Interesse ist besonders den größeren einmaligen Anforderungen für das Jahr 1929 zugewandt. Ueber 14 Millionen Mark werden gefordert für den Ausbau von Straßen, für Schulbauten, für eine Tribüne auf dem Sportplatz in der Scharnweberstraße, für den Bau einer Stadtbücherei, für ein Hallenschwimmbad in Reinickendorf-Ost und für neue Parkanlagen. Bezirksbürgermeister Reichhelm erklärte, daß verschiedene Forderungen schon in früheren Jahren erhoben worden sind, aber wegen der beschränkten Finanzen Berlins nicht bewilligt worden waren und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Erfordernisse eines aufstrebenden Bezirks mehr Berücksichtigung finden mögen. Diese Ausführungen werden vom Genossen Eipel unterstützt, der noch besonders den folgenden Antrag unserer Fraktion begründet: „Das Bezirksamt wird ersucht, den Berliner Magistrat auf die völlig unzureichenden Schulräume im 20. Bezirk aufmerksam zu machen. Bei der Eingemeindung hatte der Bezirk 92 000 und jetzt 128 000 Einwohner. Da die Bautätigkeit im Bezirk weiter zunimmt, wird es in zwei bis drei Jahren nicht mehr möglich sein, die Kinder in den Schulen unterzubringen. Um diese Mißstände zu beseitigen, ersuchen wir den Magistrat, die angeforderten Mittel für Schulneubauten sofort freizugeben, da wir sonst jede Verantwortung ablehnen müssen.“ Der Antrag wird einstimmig angenommen. — Der Stadtverordnete Genosse Schäfer verlangt eine zeitgemäße Einrichtung der Bureaus. Genosse Volkshilf begründet unseren Antrag betreffend Verlegung der Bedürfnisanstalt und des Zeitungverkaufsstandes an der Berliner Ecke Scharnweberstraße. Die vielen kleinen Unglücksfälle, die durch diese Verkehrsstelle bereits verursacht worden sind, verlangen eine Aenderung, um größeren Unfällen zu verhindern. Trotzdem stimmt die bürgerliche Fraktion und die SPD. dem nicht zu, weil die Verkehrsbehörde es nicht fordert und man warten will, bis die Berliner Straße verlängert wird. Unsere Fraktion stellt noch folgenden Antrag: „Die Halberholungsstätte, die nur während der Schulferien benutzt wird, kann während der Schulzeit als Tageserholungsheim für Frauen und Mädchen herangezogen werden. Das Bezirksamt wird ersucht, die nötigen Vorarbeiten zu leisten.“ Genosse Reiser weist in seiner Begründung darauf hin, daß hier durch einen Ausbau mit geringen Mitteln die bestehende Halberholungsstätte im Interesse der Volksgesundheit bedeutend besser ausgebaut werden kann. Zum Schluß stellt Genosse Kreutlein fest, daß, trotzdem Bezirksamt und Bezirksversammlung alles getan haben, was möglich ist, eine ausreichende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Bezirk nicht erreicht worden ist.

Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen.

Wohltuende Auslegung wird amtlich nahe gelegt.

Das Reich stellte im Spätherbst 1927 auf das wiederholte Drängen der Kriegsgesellschaft Reichsmittel im Betrage von 20 Millionen Mark bereit zur Gewährung von Erziehungs- (Berufsausbildungs-) Beihilfen für Kriegerwaisen. Der Erlaß vom 20. Februar 1928, durch den die Verteilung der Mittel geregelt wird, umgrenzte den Verlehenkreis so eng, daß zahlreiche Anträge zurückgewiesen und die Mittel bisher nicht in dem erwünschten Umfang in Anspruch genommen wurden. Deshalb sah sich das Reichsarbeitsministerium veranlaßt, unterm 25. Mai 1928 einen Ergänzungserlaß über diese Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen herauszugeben. Wie der Reichsbund der Kriegesbeschädigten mitteilt, kann Anträgen auf Erziehungsbeihilfen rückwirkend vom 1. Oktober 1927 ab noch entgegengeprochen werden, wenn der Antrag sofort, spätestens bis zum 31. Juli 1928 (bisher nur bis 1. Mai 1928) gestellt wird. Der Erlaß soll teilweise wohltuender ausgelegt werden. So können jetzt auch Waisen, die nur die Volkshochschule besuchen, eine Erziehungsbeihilfe von 10 M. monatlich erhalten, sofern diese Waisen ausschließlich auf die Rente und Zulohrente nach dem Reichsversorgungsgesetz angewiesen sind und wenn die mit dem Schulbesuch im Zusammenhang stehenden Kosten aus dem Einkommen der Waisen und der unterhaltspflichtigen Angehörigen nicht bestritten werden können. Eine Erziehungsbeihilfe von mehr als 15 M. monatlich konnte erst vom vollendeten 15. Lebensjahre ab gewährt werden. Das wurde als Härte empfunden. Ab 3. des Erlasses wird deshalb mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab dahin ergänzt, daß der Vollendung des 15. Lebensjahres auch der Uebertritt von der Volks- in eine Mittelschule usw. gleichgültig ist. — Zu weiteren Auskünften sind die Ortsgruppen des Reichsbundes gern bereit.

Es darf erhofft werden, daß diese Verbesserungen zum Anlaß erneuter Antragstellung auf Erziehungsbeihilfen genommen werden, daß aber andererseits auch die Fürsorge- und Versorgungsbehörden die bestehenden Bestimmungen wohlwollend im Interesse der Kriegerwaisen auslegen.

Der erste Kriminalrat in Potsdam. Kriminaloberinspektor Dequert, der kürzlich vom Polizeipräsidenten Berlin nach Potsdam versetzt worden ist, und dem die Ausübung der Untersuchungen bei der Dampflichtgesellschaft Stern zu verdanken ist, ist jetzt zum Kriminalrat ernannt worden.

Hotel und Verkehrsverbundung.

Da die Tendenz des jetzt laufenden Kursum „Fremdenverkehr“ an der Berliner Handelshochschule die ist, den zahlungsfähigen Fremden heranzuziehen — denn beim Massenquartier der Wandernögel ist nichts zu verdienen —, so stand auch das von Prof. Glucksmann, Düsseldorf, behandelte Thema: „Betriebswirtschaft des Hotels“ unter dem Zeichen der großen Zahlen und der Zahlungsfähigkeit.

Es gab einige ganz interessante Zahlen: In Deutschland gibt es 255 000 Gaststätten mit 716 000 Personen, darunter 42 570 Gasthöfe mit 18 000 Personen. Wie der Internationale Hotelbühnenverein 1926 definierte, ist Hotel eine „Gaststätte gehobener Art“; der Name muß Schutz haben und der jeweilige Kulturstandard des Landes entsprechen. Nur wer 40 Zimmer resp. in kleineren Ländern 25 Zimmer bereithält, darf sich Besitzer eines Hotels nennen. Die Schweiz, das Hotel-Luxusland, unterscheidet 4 Grade Hotels 1. Grades und 2. Grades Hotels 2. Klasse. Aber auch letztere müssen noch „Prima“ sein. Rechnet man 1 1/2 Proz. Abschreibung auf Immobilien, 8 Proz. auf Mobilen, 4 Proz. des pro Bett investierten Kapitals auf Verzinsung, so sollten, wie eine im Berner Oberland aufgenommene Statistik zeigt, 80 Proz. der Betten dauernd besetzt sein (aber es waren dort nur 61 Proz.), damit der Unternehmerrisiko 5 Proz. beträgt. Daß das Hotelgewerbe — „Hotelindustrie“ lehnte der Vortragende ab — mit einem großen Risiko verbunden ist, ist eine alte Wahrheit, wenn auch nicht alle Schicksalsschläge, die die Weltgeschichte, innere Politik, Handel und Wandel, Alkoholverbot, hervorgerufen, so katastrophaler Art sind, wie der Weltkrieg. Um die Schweizer Hotels zu retten, griff die Regierung ein, legte 224 Hotels still, gab ein Neubaubesetz heraus, so daß eine Stabilisierung sich anbahnen konnte. In Deutschland hat die Inflation für die Hotels „Legensreich“ gewirkt — durch die „Aufwertung“ der Hypotheken wurden ihre Verschuldungen „tragbar“. Die Gegensätze zwischen den einzelnen Hotelarten wurden gezeigt, namentlich das Saison-Hotel charakterisiert. Das Endezeit war: Die Zahl der Reisenden wächst, aber die Dauer ihres Aufenthaltes nimmt ab. Auch der „reiche“ Reisende sieht zu, wo er heute „sparen“ kann.

Nach der Theorie die Praxis: Besuch des Hotel Excelsior. Das ist ein Rammunternehmen, einer Stadt gleich, mit dem technischen Apparat, der in Keller, dem Publikum nicht sichtbar, untergebracht ist. Da wird Wasser zum Waschen „weich“ gemacht und zur Speisung der Akkumulatoren leitfähig hergestellt. Duhende von Maschinenräumen, die nur ein Techniker schädeln könnte. Daß ein großes Hotel auch die kleinen Nebeneinnahmen nicht verschmäht, beweist die Kasse für die Wartburg auf den Fahrstühlen. Anders ist es mit dem Zirkusausstellen von Luxuswaren, Damenmoden und Schmuck usw., dieser Anblick muß auf Frauenherzen dämonisch wirken, zumal die Glasvitrinen den Speiseräumen angegliedert sind. Als Faszinationsmittel wird oft erzählt, daß die „Damen der Welt“ sich in den Küchen des Hotels dürsten sie von diesem Eisener bald kurieren —, trotz „elektrisch kochen“ herrscht eine höchst gemüthliche Hitze. Die Brunnenräume sind „stirnlos“ eingerichtet — die Konferenzsäle, in denen es vielleicht zuweilen stürmisch zugehen kann, sind in den Keller verlegt. Das Ganze, ein Organismus von höchster Präzision, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Weise betreut.

Selbstanschlußbetriebsstelle Lichtenberg.

Zu den in Groß-Berlin bereits bestehenden Fernsprechermittlungsstellen mit Selbstanschlußbetrieb tritt in der Nacht vom 7. zum 8. Juli die Betriebsstelle Lichtenberg. Die Teilnehmer von Lichtenberg werden ebenso wie alle bisherigen Selbstanschlußteilnehmer in der Lage sein, durch Drehen der Nummerscheibe ihres Apparats alle anderen Selbstanschlußteilnehmer unmittelbar zu wählen. Die näheren Bestimmungen hierüber sind in den Vorbemerkungen zum Fernsprechbuch und in der Anweisung enthalten, die den Teilnehmern von Lichtenberg besonders zugeht. Im Verkehr der Handamsteilnehmer (mit Apparat ohne Nummerscheibe) untereinander tritt eine Aenderung in der bisherigen Betriebsweise nicht ein. Alle Teilnehmer sparen Zeit und Bedruck, wenn sie vor jedem Anruf aus dem Fernsprechbuch feststellen, ob der gewünschte Teilnehmer infolge der Inbetriebnahme neuer Vermittlungsstellen etwa eine neue Nummer erhalten hat. Das gilt vom 8. Juli ab besonders für Anrufe, die an Teilnehmer der Betriebsstelle Lichtenberg gerichtet sind.

Zwei neue Bahnhöfe.

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, wird der neue, im Bau befindliche und bisher als „Umsteigebahnhof West“ bezeichnete Bahnhof an der Kreuzung der Stadt- und Ringbahn in Charlottenburg den Namen „Ausstellung“ erhalten. Der zwischen Bapestraße und Südbende ebenfalls gegenwärtig im Bau befindliche Bahnhof auf dem Schöneberger Südbende wird den Namen „Briesterweg“ erhalten.

Jahn-Ehrung. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die Provinzial-Schulräte usw. ersucht, die preussischen Unterrichtsanstalten anzuordnen, die diesjährigen Turn- und Sportfeste der Schulen als Jahn-Ehrung zu gedenken. — Wie der Amtliche Preussische Presse-Dienst mitteilt, hat die bayerische Regierung auf Antrag der Deutschen Turnerschaft nunmehr die Aufstellung der Jahn-Büste in der „Walhalla“ bei Regensburg genehmigt.

Jugendherberge in Lezhnia. Auf Antrag des Gemeindevorstehers von Lezhnia hat der Verband deutscher Jugendherbergen die Errichtung einer Jugendherberge für die Gemeinde Lezhnia zugestimmt. Die Herberge soll noch in diesem Sommer errichtet werden.

Wiedereröffnung einer Badeanstalt. Die Schwimmhalle der Volksbadeanstalt Oberberger Straße 57-59 wird am Montag, dem 9. Juli 1928, nach gründlicher Renovierung wieder ihre Pforten öffnen. Schwimmbäder werden verabsolgt in der Zeit von 7-19 Uhr, Kollenschluß 18 1/2 Uhr. Die Halle ist Mittwochs nur für weibliche, Sonntags nur für männliche Personen und an den übrigen Wochentagen als Familienbad geöffnet.

„Mist, der Geönländjäger“ lautet das Thema des Films, der am Sonnabend, 7., und Mittwoch, 11. Juli, abends 8 Uhr, in der Treptow-Sternwarte im Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte vorgeführt wird. Gäste haben gegen Lösung einer Karte Zutritt.

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten! Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Ueber 5000 Zertifikate erkennen die hervorragende Wirkung des Togonal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis Mk. 1.40. 6,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Durch Praxis zum Ziel.

Möglichkeiten sozialistischer Wirtschaftspolitik.

Bei den starren Anhängern der bürgerlich-kapitalistischen Profitwirtschaft gilt noch immer der Grundsatz von der Unbertrefflichkeit der auf Privateigentum und Ausbeutung beruhenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Allerdings gibt es auch in bürgerlichen Kreisen Menschen, die an diesen starren Formeln zu zweifeln beginnen. Auf der anderen Seite spürt in den Köpfen vieler Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die primitive Auffassung, daß der Kapitalismus mit einem Schlag durch die Diktatur des Proletariats „abgeschafft“ und durch den Sozialismus ersetzt werden könne. Diese in den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung verständliche Auffassung hat durch die kommunistische Agitation und durch die bewußt falsche Auslegung der Entwicklung in Rußland neue Antriebe erhalten. Es ist nach wie vor die wichtigste Aufgabe der sozialdemokratischen Aufklärung, der gesamten Arbeiterklasse eine richtige Auffassung über den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und die daran sich knüpfenden Möglichkeiten

bewußter sozialistischer Einwirkung auf die Wirtschaftsgestaltung zu vermitteln.

Der Verbreitung und Vertiefung dieser Erkenntnis dient in hohem Maße eine kleine Schrift von Fritz Rapphali, „Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik“ (32 Seiten, Preis 50 Pf.), die vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit (siehe im Verlag S. H. W. Dietz, Berlin, herausgebracht worden ist. Ausgehend von den grundlegenden Ideen von Marx — die mehr als je heute Anerkennung finden, wir erinnern an die hier abgedruckte Rede von Prof. Schmalenbach —, untersucht Rapphali die Wandlungen, die sich im letzten halben Jahrhundert in der Frage der Krisen und der Konjunktur in der Arbeiterbewegung vollzogen haben. „Niemand hat mit größerer Klarheit als Marx entwickelt, wie aus den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft notwendig jenes Auf und Ab folgt, das wir die Konjunktur nennen; wie notwendig sich die Zeiten der Depression, des Aufschwunges, des Hochschwunges, der Ueberproduktion und der Krise folgen, und wie sich auf diesem ständigen Wechsel die Unsicherheit der gesamten Lebensverhältnisse und insbesondere die Unsicherheit der Lage des ständig von Arbeitslosigkeit bedrohten Proletariats entwickelt. Von dieser Aufdeckung des Zusammenhanges zwischen Konjunktur und Kapitalismus, wie Marx sie gegeben hat, ist die ganze neue Konjunkturtheorie und Konjunkturforschung entscheidend beeinflusst worden. Die Beobachtungen sind verfeinert, die Theorien ausgebaut worden, aber an der Grundausfassung des Kreislaufs, wie ihn Marx besonders im „Kapital“ geschildert hat, hat sich wenig verändert. Sehr viel aber hat sich verändert in bezug auf die praktisch-politischen Folgerungen, die die sozialistische Wirtschaftspolitik der Gegenwart aus der Konjunkturlehre zieht, gegenüber der Einseitigkeit, die Marx und Engels zum mindesten in der ersten Periode ihres Schaffens diesen Problemen gegenüber hatten. Und gerade in dieser Wandlung sehen wir den Spiegel der Umwälzungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und den Spiegel der Veränderungen der sozialen Machtverhältnisse durch das Wachstum und die Entfaltung der Arbeiterbewegung.“

Die wichtigste Veränderung gegenüber den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sieht Rapphali darin, daß man jetzt nicht — wie es damals psychologisch verständlich war — zu befürchten braucht, eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges könne zu einer Verlandung der Arbeiterbewegung führen. Die praktischen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts haben vielmehr gelehrt, daß diese Bewegung

nicht aus den Elendsrevolten hungernder Arbeiter, sondern aus der zähen, systematischen Aufbauarbeit

proletarischer Organisationen ihre wichtigsten Kräfte zieht. Kesseln wirken vielleicht noch an manchen Stellen revolutionierend auf die Köpfe ein, aber es sind gleichzeitig die Zeiten, in denen die Macht der Organisation der Arbeiterklasse geschwächt wird. Es kann auch nicht mehr davon die Rede sein, Aufschwungszeiten als Ruheperioden der Arbeiterbewegung zu betrachten. „Auch in der Aufschwungszeit geht es der Arbeiterklasse in ihrer großen Masse keineswegs so gut, daß die Gefahr einer Beruhigung, einer Lähmung des Kampfwillens gegeben wäre. Gerade in der Aufschwungsperiode muß jäh darum gekämpft werden, daß die Arbeiterklasse an den Früchten des Aufschwunges Anteil hat.“

Die Umsätze der Konsumvereine.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine meldet für den Monat Mai eine Umsatzsteigerung pro Mitglied der berichtenden Genossenschaften auf 8,11 M. gegen 8,9 M. im Monat April. Das langsame Anwachsen des Umsatzes in den letzten Monaten ist eine alljährlich im Sommer zu beobachtende Erscheinung, die in diesem Jahre allerdings, wo die Konjunktur zurückgeht, gegenüber dem starken Konjunkturjahr 1927 besonders deutlich wird. Gegenüber dem Monat Mai vorigen Jahres ist die Umsatzsteigerung sehr bedeutend. Sie beträgt 1,56 M. pro Mitglied, oder fast 20 Proz.

Standardisierte Butter.

Nach Schleswig-Holstein auch Westfalen, Ostpreußen und Bayern.

Die Bestrebungen zur Erzielung einer gleichmäßig guten und für den Massenverkauf geeigneten Qualität der landwirtschaftlichen Produkte scheinen im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ursachen der gegenwärtigen Agortriebe zu erfreulichen Erfolgen zu führen. Die Butterstandardisierung scheint zu marschieren. Die westfälische Landwirtschaftskammer wird in Zukunft den Volkserzieher, die sich ihrer Butterkontrolle unterstellen, ihre Butterkäufsmärkte und die Aufsicht „Amtliche Butterkontrolle der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen“ verleihen. Der Buttermarkt sind Kontrollnummern beigebr., durch die eine sofortige und wirkungsvolle

Reklamation, damit eine wirksame Kontrolle durch die Verbraucher, möglich ist. Auch Ostpreußen hat die Butterkontrolle in dieser Form eingeführt, und in Süddeutschland wird mit Erfolg darüber verhandelt, eine bayerisch-württembergische Buttermarkte mit der Aufsicht der Standardisierung zu schaffen. Solche Bemühungen sind in der Tat mehr wert, als alle Demonstrationen des Reichslandbundes zusammen genommen, und es ist nur zu hoffen, daß die Bauern sehr bald und ohne Ausnahme den Unterschied zwischen politisch-demagogischer Berhetzung und gleichzeitiger Untätigkeit und einer aktiven Arbeit für die Verbesserung der Absatzverhältnisse begreifen.

Wir sehen in dieser Feststellung einen der wichtigsten Gedanken der Schrift von Rapphali, einen Gedanken, der den nüchternen Realismus bei der Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Umwelt auf das Engeste verbindet mit der idealistischen Zielsetzung und der bewußten Steigerung der Aktivität der sozialistischen Arbeiterbewegung. Rapphali gibt sich keineswegs der von bürgerlicher Seite propagierten Illusion hin, daß die Krisen innerhalb des Kapitalismus beseitigt und eine konjunkturlose Wirtschaft aufgebaut werden könnte. Auf der anderen Seite wendet er sich gegen die Auffassung, daß der Kapitalismus an seinen periodischen Krisen zusammenbrechen müsse, und daß die Arbeiterklasse auf den Ablauf der Krise keinen Einfluß haben könne.

Für die Arbeiterklasse, erklärt er, besteht zwischen der Gegenwart und der Zukunft ihrer Bewegung der große Unterschied, daß sie heute nicht mehr lediglich Objekt des wirtschaftlichen Systems ist, sondern daß sie in vieler Beziehung Machtpositionen bezogen hat, daß sie in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht einen Machtfaktor darstellt, und daß sie sich den Verpfichtungen nicht entziehen kann, die mit der Tatsache dieser Machtentwicklung verbunden sind.

„Macht verpflichtet insofern, als in dem Augenblick, in dem die Arbeiterklasse auch nur über ein gewisses Maß von Macht verfügt, die Arbeiter nicht mehr ertragen können, daß sie abseits von der praktischen Beeinflussung der Geschicke der Gegenwart stehen bleiben, die für ihre Lebensgestaltung entscheidende Bedeutung haben.“

Aus dieser Feststellung ergibt sich die Tatsache, daß die Arbeiterklasse auch auf dem Gebiete der Konjunkturpolitik aus der Zukunft herausgegriffen und in aufbauende Aufgaben hineingezogen worden ist. Rapphali schildert an Hand der Erfahrungen der letzten Jahre die wichtigsten Etappen dieser praktischen Konjunkturpolitik, die teils bewußt, teils unbewußt unter dem Einfluß moderner sozialistischer Wirtschaftspolitik stand. Der wichtigste Schritt in dieser Richtung war das Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1926, das dahin führte, daß im Jahre 1927 mit mindestens 7 Milliarden Mark an direkten oder indirekten Aufträgen der öffentlichen Hand zu rechnen war, von denen 3 bis 4 Milliarden planmäßig unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturbeeinflussung vergeben wurden. Diese Tatsache zeigt, daß einerseits die öffentlichen Körperschaften einen immer stärkeren Einfluß auf die planmäßige Lenkung des Kapitalstromes gewinnen, und daß andererseits die Position der öffentlichen Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft immer stärker wird.

Das alles ist natürlich noch nicht Sozialismus. Dazu gehört, wie Rapphali ausdrücklich erklärt,

„eine viel tiefer greifende Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation und eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse.“

Aber die Ansätze zu planmäßiger Wirtschaftsführung, ebenso wie die Einwirkung des Staates auf die Preisgestaltung, der Kampf gegen die Kartellwirtschaft und Subventionspolitik der Unternehmerschaft sind Reize, die in die kapitalistische Wirtschaft hineingetrieben werden. „Während die Wirtschaft ihre Form wandelt, während der Kapitalismus, um mit Sombart zu sprechen, graue Haare bekommt und die ersten Zähne verliert, ist es die Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse, alle Tendenzen der Umwidmung des Wirtschaftssystems zu stärken, um die Ansätze für den Aufbau einer besseren Zukunftswirtschaft, für die Verwirklichung des Sozialismus zu schaffen.“

Mit Recht weist Rapphali darauf hin, daß der gesamte Kampf der Arbeiterklasse erst dann belebt und geachtet wird, wenn der einzelne erkennt, daß der Kampf für dieses Steuergebot oder für jenen Zoll, der Kampf um Kapitalzufuhr oder Verteilung landwirtschaftlicher Kredite, der Kampf um die Milderung einer Krise und ähnliches mehr, immer eine Teilercheinung ist in dem großen Kampf um die Umgestaltung der Wirtschaft und die sozialen Grundlagen der Gesellschaft. Erst wenn aus diesen Erkenntnissen und den daran sich anschließenden kleinen und großen Aktionen der Arbeiterklasse sich in steigendem Maße die Zusammenballung ihrer Energien, die Hinlenkung ihrer gesammelten Kraft auf die Bewältigung der vor uns stehenden praktischen Aufgaben ergibt, wird jener große Strom der Bewegung einsehen, der allen inneren und äußeren Widerständen zum Trotz das große Ziel des Sozialismus verwirklichen wird.

A. G.

Großfinanzier über Bord.

Zum Todessturz von Alfred Löwenstein.

Am Mittwochabend flog um 6 Uhr vom Londoner Flughafen Croydon ein Privatflugzeug über den Kanal nach Brüssel. Als das Flugzeug sich der belgischen Küste näherte, merkten die Begleiter, daß sie den Besitzer des Flugzeuges verloren hatten. Die Tür des Flugzeuges war angeblich offen, Alfred Löwenstein, der größte Finanzmagnat Belgiens, war verschwunden. Im Augenblick dürfte sicher sein, daß Alfred Löwenstein tot ist.

Auf den internationalen Börsen, in London, Paris, Berlin, Brüssel, Amsterdam, schlug die Nachricht ein wie eine Bombe. Die Kurse der sogenannten Löwenstein-Papiere stürzten. In London gingen die Kurse seiner Kunstseide-Dachgesellschaft und die seiner Elektrizitäts-Holding-Gesellschaft um 30 Proz. herunter, in Berlin die Kurse der Vereinigten Glasstoffwerke und der Bemberg-Gesellschaft um 37 und 28 Punkte. Wechsliche Nachrichten liegen aus Brüssel, Paris und Amsterdam vor; in New York wird es nicht anders sein.

Wer war Alfred Löwenstein? Die deutsche Öffentlichkeit, wie auch die ganze Welt hat ihn am sichtbarsten kennengelernt im Jahre 1926, als Löwenstein die belgische Regierung, während der Frankenturs immer tiefer stürzte, mit dem Angebot übernahm, aus eigener Kraft durch die Beschaffung eines 50-Millionen-Dollar-Darlehens die belgische Währung zu stabilisieren. Vielleicht hat er nicht zueletzt versprochen, denn damals schätzte man sein Vermögen auf 300 Millionen Dollar.

Aber Löwenstein war in der internationalen Finanz schon vorher eine Größe. Heute 53 Jahre alt, hat er schon in der Vorkriegszeit mit seinen Finanztransaktionen begonnen. In den Jahren 1924 und 1925 war er der Schrittmacher eines Welttelektrontrustes. Er konnte das, weil er ähnlich wie der deutsche Finanzier Jakob Michael die belgische Institution mit großem Erfolg auszunutzen verstanden hat. Mit seinem Welttelektrontrust erlitt er allerdings ein Fiasko. Es blieben ihm aber große eigene Elektrointeressen in der Form von südamerikanischen, spanischen und kanadischen Aktienpaketen.

Der zweite große Plan, dem der Welttelektrontrust seine ganze Kraft widmete, war die Schaffung eines Weltkunstseidetrustes. Er beherrschte die belgisch-französische Tubize-Gesellschaft mit ihren französischen, belgischen und amerikanischen Tochtergesellschaften. In Frankreich besorgte eine eigene Kunstseidefinanzgesellschaft seine weitreichenden Interessen. In Holland ist er am Ende und Bredaborgern, in Polen am Kunstseidewerk von Tomahow und in Deutschland mit 11 bzw. 13 Proz. des Aktienkapitals an den Glasstoff- und Bembergseiden beteiligt.

In den letzten Monaten hatte Löwenstein jedoch kein Glück. Die Banque de Bruxelles hatte seinerzeit seine Elektrottrustpläne zerlegt, mit aller Gewalt verurteilt und die Bank unter seinen Einfluß zu bringen. Das ist vor etwa 14 Tagen endgültig mißlungen. Die schon vorher eingetretenen starken Kurserluste an seinen Aktienpaketen verstärkten sich. So war er gezwungen, einen Teil seiner Pakete zu verkaufen.

Am 5. neuen Schichten auszuholen, aber auch um seine Finanztrusts und sein internationales Ansehen zu stärken, versuchte er über die Londoner Schröderbank und die New Yorker Bank von Lehmann-Brothers eine Anleihe von 25 Millionen Dollar zu erreichen. Gleichzeitig mit der Nachricht über seinen Sturz aus dem Flugzeug ist die Meldung gekommen, daß diese ihm versprochene Anleihe nicht zum Abschluß gekommen ist. So ist es möglich, Genoueres darüber wird aber die Welt wohl nie erfahren, daß Alfred Löwenstein, am Ende seines Lateins angefangen, selbst den Todesprung aus dem Flugzeug gemacht hat, mit dem er in den letzten Jahren ununterbrochen zwischen Brüssel, London, Paris und Biarritz, wo überall seine Villen standen, hin- und herfuhr.

Begreiflich, daß das plötzliche Ende dieses Mannes und die sensationellen Umstände auf den Börsen ärger hauste als der Wirbelwind vor einigen Tagen in der deutschen Landschaft. Alfred Löwenstein war der Löwe der großen Weltbörsen. Die riesenhaften Kurssteigerungen der großen Kunstseide- und Elektrowerte in den letzten Jahren waren sein Werk. Er organisierte Baiffenangriffe gegen die großen Börsenwerte, auf die er seine Hand legen wollte, um die Aktienpakete zu seiner Machtvermehrung billig zu erwerben. Er erweiterte mit seinem Vermögen seine Macht, indem er die Börsenhäuser ausnutzte, die er durch seine Aktienkäufe selbst erzeugte. Löwenstein war aber nicht nur der „Löwe der Weltbörsen“, er war der „Stein des Anstosses“ für die sogenannten soliden Finanzkapitalisten, die die Unternehmergruppen der von ihm attackierten Großwerke und die dahinter stehenden Bankgruppen darstellten. Wenn er mit Absicht ins Meer stürzte, hat er seine Partie gegenüber diesen seinen Feinden verloren gegeben.

Für die Arbeiterschaft der Welt ist das Löwenstein-Drama, so sensationell es ist, ohne Bedeutung. Alfred Löwenstein war ein machtwilliger Spekulant, der anderen Großspekulantengründlich einbeizte, aber er war kein Unternehmer im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Werte, die er hinterläßt, sind Aktienpakete, deren Leidtragende an den Börsen sitzen; die betreffenden Unternehmungen selbst werden von dem Löwenstein-Drama kaum berührt. Immerhin hat der Fall Löwenstein wieder einen bedeutenden Zipfel des kapitalistischen Systems gelüftet: einige Kuffen sind plötzlich gefallen, hinter denen der Kampf auf Leben und Tod zwischen den Führern der kapitalistischen Mächte deutlich erkennbar wurde.

Neue Sperre für kommunale Auslandsanleihen? Nach Zeitungs-meldungen wurde den preussischen Aufsichtsbehörden und Gemeinden durch einen Runderlaß mitgeteilt, daß mit der Zulassung weiterer Auslandsanleihen zunächst nicht gerechnet werden kann, nachdem die Beratungskommission für Auslandskredite die Begutachtung der ihr vorliegenden Anträge der Gemeinden und Gemeindeverbände jetzt abgeschlossen und die Zulassung einiger Einzelanleihen und der Sammelanleihe des Groverbandes der Deutschen Sparkassenvereine gutgeheißen habe. Die nach dem 19. Mai d. J. vorgelegten Anleihepläne von Gemeinden und Gemeindeverbänden könnten daher an die Beratungskommission für Auslandskredite zunächst nicht weitergeleitet werden.

Ein französischer Halbzeug- und Trägerverband. Nach einer Mitteilung der „Journées Industrielles“, einem Fachblatt der französischen Industrie, ist zwischen dem französischen Comité des forges (Hüttenverband) und der Soarindustrie ein Einverständnis über die Gründung eines französischen Kontors für Halbzeug- und Träger erzielt worden. Das würde die Gründung eines Halbzeug- und Trägerindikats bedeuten, ähnlich wie in der deutschen Schwerindustrie.

Neuer Manteltarif für die Metallarbeiter.

Die Lohnfrage noch nicht erledigt.

Nachdem die Verhandlungen der Schlichtungskammer über die Lohnforderungen des Metalltarifs gestern morgen nach achtehnstündiger Beratungzeit beendet und gestern nachmittags nach Befriedigung des Schiedspruches über den Manteltarif fortgesetzt wurden, berichtete am gestrigen Abend vor den im Saalbau Friedrichshain verammelten Funktionären des Metalltarifs Genosse Ulrich über die Ergebnisse der Arbeiten der Schlichtungskammer.

Unter großer Aufmerksamkeit nahmen die zahlreich erschienenen Funktionäre den Bericht des Genossen Ulrich entgegen, der seine Ausführungen mit der Feststellung begann, daß die Verhandlungen über den Lohnarif auf heute vormittag 10 Uhr vertagt worden sind. Die Schlichtungskammer hat sich für Beibehaltung der 48stündigen Arbeitszeit ausgesprochen. Der Schiedspruch bringt jedoch

wesentliche Verbesserungen in der Ueberstundenfrage:

innerhalb 13 Wochen dürfen nur noch 15 Ueberstunden nach Befriedigung mit den Betriebsräten angefordert werden. Bisher konnten innerhalb 12 Wochen 36 Stunden angeordnet werden. Hinsichtlich der Pausen, der Arbeitsvermittlung, der Lohnwoche und der Lohnzahlung bleiben die Bestimmungen des alten Tarifvertrages bestehen. Die Bestimmungen über die Urlaubszahl sind wie folgt abgeändert worden: Besteht ein Arbeitnehmer nach, daß er zuletzt bei einem Mitglied des B.M.A. beschäftigt war und dort entlassen worden ist, ohne einen wichtigen Grund zur Entlassung gegeben zu haben, und stand ihm in diesem Betrieb ein tariflicher Urlaub zu, so steht ihm in der neuen Arbeitsstelle gleichfalls Urlaub zu, der um einen Tag geringer ist als der, den er auf seiner letzten Arbeitsstelle hatte.

Die Bestimmungen über Entlassungen haben keine Abänderung erfahren. Dagegen ist die Frage über Verdienstberechnung dahingehend erweitert worden, daß nur die Zeit bezahlt wird, in der wirklich gearbeitet worden ist, abgesehen von den in diesem Tarifvertrag vorgesehenen Ausnahmen. Die Entlohnung von Arbeitern, die infolge Krankheit, hohen Alters oder Invaliddität weniger

leistungsfähig sind, unterliegt der freien Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern unter Hinzuziehung eines Betriebsratsmitgliedes. Bei den

Bestimmungen über die Akkordarbeit

ist wichtig hervorzuheben, daß an Stelle der Angabe des Geldpreises die Angabe der Akkordzeit genügt, sofern der „Koeffizient“ dem Arbeitnehmer in zweifelsfreier Weise bekanntgegeben ist. Ebenso soll der gesamte Akkordpreis nach Maßgabe der Stundenzahl und einem von der Firma vor Beginn der Arbeitszeit bekanntgegebenen Verteilungsschlüssel verteilt werden.

Die Bestimmungen über Lohnarbeit, Arbeiterverletzung und Arbeitsbehinderungen bleiben unverändert. Jedoch wird verläumte Arbeitszeit bei Betriebsunfällen und beim Tode eines Ehegatten bis zu acht Arbeitsstunden und beim Tode eines Kindes unter 17 Jahren bis zu vier Arbeitsstunden bezahlt. Wichtig ist ferner die Bestimmung, daß bei Streitigkeiten, die sich aus dem Vertrag ergeben, auf Antrag der einen Arbeitspartei unverzüglich Verhandlungen stattzufinden haben. Der Rahmenvertrag soll vom 16. Juli 1928 bis 31. Juli 1930 laufen. Empfohlen wird noch, daß beide Parteien eine paritätische Studienkommission bilden sollen, die prüfen soll, wieweit es „notwendig und möglich“ ist, daß bei der Fließarbeit grundlegende Sonderfragen tariflich zu regeln sind.

Genosse Ulrich empfahl den Funktionären die Annahme des Schiedspruches, weil durch ihn ein Tarifvertrag geschaffen worden ist, der die Garantie dafür gibt, daß die ungesicherten Verhältnisse in den Berliner Metallbetrieben beseitigt werden, und er eine Grundlage bietet, von der aus weitere Erfolge erkämpft werden können.

Von den folgenden vier Diskussionsrednern sprach sich nur einer gegen die Annahme des Schiedspruches aus. Nach dem Schlußwort des Genossen Ulrich, der die Annahme des Schiedspruches noch einmal als eine dringende Notwendigkeit empfahl, schritt die Versammlung zur Abstimmung, die die Annahme des Schiedspruches ergab.

Darum trete jeder noch nicht versicherte Beamte mit seiner Familie der „Deutschen Beamtenrentenversicherung, V.G., Sig Koblenz (Rhein)“, bei.

Der zweite Satz obiger Anzeige richtet sich unverkennbar gegen das Beamtenprogramm der Sozialdemokratischen Partei, in dem die Angleichung des Beamtenrechts an das allgemeine Arbeitsrecht gefordert wird. Man ersieht daraus, in welcher Form parteipolitische Gesichtspunkte unter der Flagge der parteipolitischen Neutralität in dem bundesamtlichen Organ des Deutschen Beamtenbundes zum Ausdruck kommen, ganz abgesehen davon, daß der Eintritt in die Beamtenrentenversicherung absolut keinen Einfluß auf die Zahlung des Berufsbeamtentums hat.

Trotzdem man weiß, daß gerade die Sozialdemokratische Partei gegen die Losengänger des Berufsbeamtentums, die in allen bürgerlichen Parteien eine starke Position besitzen (Schmidt-Stettin, Dill, Morath, D. Sp., Ellenberger, Bauernbund, Stegerwald, Jz., Hellpach, Dem.), einen schweren Kampf führt, wird verflucht, es so hinzustellen, als ob in der Sozialdemokratischen Partei, die eine moderne Entwicklung des Berufsbeamtentums mit Recht anstrebt, die Tendenz vorhanden ist, durch Angleichung an das allgemeine Arbeitsrecht die verfassungsmäßig gewährleisteten „wohlverordneten Rechte“ der Beamten zu schmälern.

Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes sollte, sofern sie Anspruch auf wirkliche parteipolitische Neutralität erheben will, auf diese Dinge ein wahsames Auge haben. Oder hat man in der Vera der Roth, Gulick, Lenz, Rausch, Herrlein usw. dieses Feigenblatt endgültig abgelegt?

Verbandsstag der graphischen Hilfsarbeiter.

Fast einstimmige Wiederwahl des Vorstandes.

Der Verband der Graphischen Hilfsarbeiter, der soeben in Köln seinen Verbandstag abhielt, kann auf 30 Jahre seines Bestehens zurückblicken. Die Mitgliederzahl hat sich von 35 000 (im Jahre 1926) auf rund 42 000 erhöht. Die Arbeitslosigkeit ist von 10,1 Proz. auf 3,9 Proz. gesunken. Die Verbandskasse weist einen Bestand von 2 005 000 M. auf. Auf den Kopf des Mitgliedes erhöhte sich das Verbandsvermögen seit den letzten drei Jahren von 9,62 auf 51,42 M. Der Verbandsvorsitzende Bucher behandelte eingehend die Frage des Anschlusses an die Berufsinternationale. Die erweiterte Internationale Sekretariatskommission der Buchdrucker hat die Aufnahme des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter gegen die Stimme des Deutschen Buchdruckerverbandes abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß nach der Satzung der Internationale aus einem Land nur ein Verband Mitglied sein dürfe. Bucher erklärte, diese Satzungsbestimmung habe ursprünglich den Sinn gehabt, zwei konkurrierende Verbände nicht gleichzeitig in die Internationale aufzunehmen. Um solche Verbände handle es sich aber in Deutschland nicht, da jeder Verband nur eine bestimmte Arbeitergruppe organisiert habe und beide Verbände die Arbeitskämpfe gemeinsam führten. Der Verbandstag nahm im Anschluß an die Ausführung Buchers eine Entschließung an, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß das Internationale Buchdruckersekretariat seinen Standpunkt bald ändere.

In der Aussprache über den Bericht des zweiten Vorsitzenden Horst über die Lohis- und Lohnbewegungen wurde in sehr lebhafter Aussprache zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Berufsgruppen des Hilfspersonals als die zmedmäßigste Kampfmethod gefordert. Die Einführung der Invalidenunterstützung wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Die Neueinrichtung einer Sterbekasse hingegen abgelehnt.

Ueber „Die materielle und kulturelle Bedeutung der Frauenarbeit“ sprach Gertrud Hanna vom ADGB, über „Die Bedeu-

zung der Arbeitsgerichtsbarkeit für das kollektive Arbeitsrecht“ Oberregierungsrat Joachim vom Reichsarbeitsministerium und über „Die Aufgaben der Jugendbewegung innerhalb des Verbandes“ Bildungssekretär Friede. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in zwei Entschließungen. Die eine kritisiert die heutige Art des Aufbaues der Jugendbewegung. Die darin liegenden Hemmungen müßten durch stoffige Organisation beseitigt werden. In allen Gauen und Zählstellen müsse für Zentralisation eingetreten werden. In der zweiten Entschließung wird die Mitgliedschaft bei Berufsvereinen als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Verband bezeichnet. Den Mitgliedern wird empfohlen, sich den Sport- und Kulturorganisationen der Arbeiterschaft anzuschließen.

Die Wahlen zum Vorstand ergaben fast einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Der nächste Verbandstag soll 1931 in Stuttgart abgehalten werden. Der Verbandsleitung wurde für die in den letzten drei Jahren geleistete Arbeit in einer besonderen Entschließung das Vertrauen ausgesprochen.

Wahlniederlagen der Moskauer.

Bei den Delegiertenwahlen der Metallarbeiter.

Empfindliche Schläppen haben sich die Moskauer in den letzten Tagen bei verschiedenen Delegiertenwahlen zum Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes geholt. So wurden im Bezirk Hannover, der 12 Delegierte zu wählen hatte, alle 12 Kandidaten der Anständerer Richtung gewählt. In der Wahlabteilung Hannover hatte die Moskauer Richtung in der Generalversammlung nicht einmal 10 Proz. der Stimmen zur Aufstellung einer eigenen Liste erhalten. In der Wahlabteilung Braunschweig erhielt die Liste der Anständerer Richtung 1588 und die Liste der Moskauer Richtung 355 Stimmen. In allen anderen Wahlabteilungen ist das Stimmenverhältnis der kommunistischen Parteilisten die Metallarbeiter auf, alle Namen der Liste durchzustreichen und dafür andere Namen einzusetzen. Von 3112 Abstimmenden haben nur 47 die kommunistische Parale besetzt.

Die Kölner Delegiertenwahlen zum Verbandstag des Metallarbeiterverbandes brachten für die Liste A (Anständerer Richtung) 404 Stimmen, für die Liste B (Moskau) 1588 Stimmen.

Im Bezirk Frankfurt am Main trat bis auf drei keine Landarte das Resultat der Delegiertenwahlen der Metallarbeiter vollständig vor. Auf die Vorstandsliste wurden 3247 Stimmen abgegeben. Die kommunistische Oppositionsliste erhielt 695 Stimmen. Gegenüber früheren Wahlen haben die Kommunisten 50 Stimmen verloren, während die Vorstandsliste um 800 Stimmen zunahm.

Ebenso schlecht wie in Frankfurt schnitten die Kommunisten in Offenbach am Main ab. In dieser kommunistischen Hochburg erhielt die Vorstandsliste 1320 Stimmen, während sich auf die Kommunisten ganze 153 Stimmen zusammenfanden.

In Bernburg entfielen von 711 abgegebenen Stimmen auf Rüter (Bernburg) 667 Stimmen und auf den Kommunisten Berger (Bitterfeld) nur ganze 36 Stimmen. Ungünstig waren 8 Stimmen.

In Bochum erlitten die Kommunisten trotz ihrer außerordentlich starken und mit den bei ihnen üblichen Mitteln geführten Agitation eine starke Niederlage. Die Liste der auf gewerkschaftlicher Seite stehenden Kandidaten erhielt 638 Stimmen, während die Kommunisten nur 438 Stimmen verzeichnen konnten. Noch härter war ihre Niederlage in Pilsenkirchen. Hier erhielten sie 272 Stimmen, während die gewerkschaftliche Richtung 601 Stimmen erhielt.

Für ein wirtschaftliches Locarno.

Der Verbandstag der französischen Bergarbeiter in Clermont-Ferrand hat sich einigend mit der Lage im internationalen Bergbau befaßt. Der Generalsekretär der Gewerkschaften, Jouhaux, gab in einem Referat über die Bergbauausbreitung, daß das Problem der Produktion nur auf internationaler Grundlage gelöst werden könne. Der Irrtum des Kapitalismus bestehe darin, daß er das eigene Nationalinteresse auf Kosten des Interesses der anderen Völker verfolge. Der deutsche Delegierte Berger trat in seiner mit warmem Beifall aufgenommenen Ansprache für ein wirtschaftliches Locarno ein, das dem diplomatischen folgen müsse. Der englische Delegierte erklärte, die gegenwärtige Politik der bürgerlichen Regierungen führe die Bergarbeiter Schritt einer perzessuellen Lage entgegen. Sie müsse überall ihre Stimme erheben, um Abhilfe zu schaffen. Ihr Wahlspruch solle sein: „Die Hütten für alle, nicht für die Hüttenbesitzer, sondern für das ganze Volk!“

Internationaler Malerkongreß in Kopenhagen.

Kopenhagen, 8. Juli.

Anschluß der vor 25 Jahren in Hamburg erfolgten Gründung der Internationale der Maler wurde am Mittwoch im Kopenhagener Tivoli ein Jubiläumskongreß der Maler eröffnet, zu dem Vertreter aus zehn europäischen Ländern erschienen sind. Von den 25 Delegierten sind 6 Dänen. Der Sekretär des Internationalen Verbandes, der Deutsche Otto Streine, hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede zu Ehren des Vorsitzenden des dänischen Malerverbandes, Rudolf Paulsen, der als einziger der Teilnehmer des Gründungskongresses vor 25 Jahren zugegen war. Im Namen der dänischen Arbeiter und der Anständerer Internationale überbrachte der dänische Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der dänischen vereinigten Gewerkschaften, E. F. Madsen, die Jubiläumsgruße.

Der Genosse Max Gragen, Kassierer der Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen, Stein drucker und verwandter Berufe, bittet uns um die Veröffentlichung folgender Danke sagen: Aus Anlaß meines 60. Geburtstages sind mir von allen Seiten so viele Glückwünsche und Aufmerksamkeiten übermittelt worden, daß ich nicht in der Lage bin, jedem einzelnen zu danken. Ich nehme deshalb Veranlassung, auf diesem Wege allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank zu übermitteln. Max Gragen.

Manifeste

Überste man sich dem Nachweis des Deutschen Kulturvereins, Berlin, Kommandantenstr. 64/64. Telefon 2277-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntag 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch

Streikerfolg der Bäcker.

Der Anschlag auf den Achtfundentag abgewehrt.

Die am Mittwoch abend zwischen dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und der Vertretung der Berliner Profabrikanten geführten Verhandlungen haben mit einer üblichen Kapitulation der Unternehmer geendet. Es wurde zwischen den Parteien eine Vereinbarung getroffen, daß ab 16. Juli allen Bäckern und Profabrikanten eine Zulage von 4 M. wöchentlich auf die bestehenden Löhne gezahlt werden muß. Diese Zulage bleibt zwar um 50 Pf. hinter der in dem Schiedspruch festgesetzten Lohnzulage zurück, der feinerzeit von den Unternehmern abgezogen werden wird. Sie muß aber, wie schon gesagt, auf alle bestehenden Löhne gezahlt werden, während die in dem Schiedspruch festgesetzte Zulage von 4,50 M. nur auf die Tariflöhne gezahlt werden sollte. Die Unternehmer verpflichteten sich, alle Arbeiter, die am letzten Tage vor dem Streik in den Betrieben beschäftigt waren, spätestens in acht Tagen wieder einzustellen, und die betriebsfremden Arbeitswilligen zu entlassen.

Bereitschaft wurde ferner — und das ist das Wichtigste, daß es bei der bisherigen achtstündigen Arbeitszeit bleibt. Damit ist der Versuch der Berliner Bäckerinhaber, die wöchentliche Arbeitszeit auf 54 Stunden und die tägliche Arbeitszeit nach eigenem Ermessen bis auf 16 Stunden zu verlängern, restlos abgewehrt worden. Das ist der größte Erfolg der Streikenden und die größte Niederlage der Unternehmer. Wichtig ist ferner die Vereinbarung, daß die Unternehmer fortan den städtischen Arbeitsnachweis benutzen müssen, während es in den früheren Abmachungen hieß, daß dies „möglichst“ geschehen solle.

Schließlich ist der Erfolg auch nicht zu unterschätzen, daß durch die „Ausprägungsoffizien“ der Profabrikanten dem Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband über hundert neue Mitglieder zugeführt wurden. Die Streikenden haben gegen 8 Stimmen zugestimmt, so daß die Arbeit heute wieder aufgenommen wird. Jedenfalls können die Berliner Bäckerarbeiter auf diesen Streikerfolg stolz sein.

Ist das parteipolitisch neutral?

Ein Affront gegen die Sozialdemokratie.

In der Nr. 49 der Zeitschrift „Der Beamtenbund“ findet sich unter den Mitteilungen der Deutschen Beamtenrentenversicherung, Sig Koblenz, vorm. Krankenkasse für die Gemeindebeamten und freien Angestellten des Deutschen Reiches folgender der Form noch redaktioneller aber bezahlter Artikel:

Sturmszeichen!

Die Beamtenzeitschriften weisen in letzter Zeit ständig auf die großen Gefahren hin, die dem Berufsbeamtentum drohen. Von interessierten einflussreichen Kreisen wird die Abschaffung des Berufsbeamtentums und die Einordnung der Beamten in das Arbeitsrecht erstrebt. Die Einbeziehung der Beamten in die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung liegt auf gleicher Linie. Wenn sich die Beamten hiergegen wirksam schützen will, so wird sie gut tun, sich rechtzeitig bei unserer Berufsbeamtenrentenversicherung zu versichern, denn durch eine starke Beamtenrentenversicherung mit Selbstverwaltungsberechtigung der Mitglieder wird sie am besten den Beweis liefern können, daß ein Bedürfnis für die Einbeziehung der Beamten in die Reichsversicherungsordnung nicht besteht.



Meine Frucht-Flammeri schmecken so rein und fein, so ganz anders!

Wissen Sie woher das kommt, liebe Leserin?

Bei mir wird jeder Flammeri, erst recht ein Frucht-Flammeri, mit kalt angerührtem Mandamin (90 g auf 1 Liter Flüssigkeit) zubereitet. Das reine Fruchtaroma kommt voll zur Entfaltung, weil Mandamin sich nicht vordrängt, sondern es stützt. Und wie köstlich ist solch ein Flammeri zu bereiten! Er mißlingt niemals, ist nie zu locker, nie zu hart. Daß er noch dazu so nahrhaft und bekömmlich ist, schafft dem Frucht-Flammeri mit Mandamin immer neue Freunde, und nur als Hausfrau wird das Lob zuteil, das eigentlich dem Mandamin gebührt.

Neben Mandamin gibt es jetzt auch Puddingpulver aus echtem Mandamin zu 10, 15 und 25 Pfg.
Eine von den Millionen, die auf Mandamin schwören

T I E T Z Billige Lebensmittel

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Strasse • Brunnenstrasse • Kottbuser Damm • Andreasstrasse • Chausseestrasse

In unserem Hause
Chausseestrasse
bedeutend erweiterte
Verkaufsräume der
Lebensmittel-Abteilung

Frisches Fleisch

- Pa. Schweinebauch ohne Beilage, Pfd. 90 Pf.
- Pa. Schweineschulterblatt Pfund 95 Pf.
- Pa. Schweineschinken Pfund 1,14
- Pa. Schweinekamm ohne Beilage, Pfd. 1,28
- Pa. Linsen u. Rückenfett Pfund 70 Pf.
- Pa. Eisbein m. Spitzb., mild gepök., Pfund 42 Pf.
- Pa. Kassler mild gepökelt, Pfund 1,28
- Kalbskeule 12 1/2 Pfd. schwer, u. Blatt Pf. 94 Pf.
- Kalbsrücken ohne Beilage Pfund 88 Pf.
- Kalbskamm ohne Beilage Pfund 84 Pf.
- Pa. Hammelvorderfleisch Pfund von 98 Pf. an
- Pa. Schmorfleisch Keule u. Kn. Pfund 1,28
- Pa. Schabefleisch Pfund 1,28
- Pa. Gebacktes Pfund 70 Pf.
- Pa. Gulasch ohne Knochen Pfund 85 Pf.
- Pa. Rindnerentale Pfund 56 Pf.
- Pa. Rinderleber Pfund 1,16
- Pa. Suppenfleisch Pfund von 80 Pf. an

Gefrierfleisch

- Pa. Ochsenfleisch Keule u. Kn., Pfund 1,95
- Pa. Ochsenfleisch ohne Knochen .. Pfund 80 Pf.
- Pa. Ochsenfleisch Pfund von 64 Pf. an
- Pa. Hammelvorderfleisch Pfund von 82 Pf. an
- Pa. Rinderlungen Pfund 24 Pf.
- Pa. Rinderherzen Pfund 58 Pf.
- Pa. Kanweiler Pfund 20 Pf.
- Pa. Rinderbacken Pfund 48 Pf.
- Pa. Rinderschwanz Pfund 78 Pf.
- Pa. Schweinekopf m. Fettbacke, frisch, Pfd. 58 Pf.

Früh- und Salla

- Romolour 2 Stück 35 Pf.
- Harzer Pfund 35 Pf.
- Allg. Stangenkäse 50 Pf.
- Edamer ed. Käse, Pfd. 70 Pf.
- Tilsiter ohne Rinde, Pfund 88 Pf.
- Dän. Schweizer Pfd. 88 Pf.
- Steinbuscher vollfett, Pfund 88 Pf.
- Münster vollfett, Pfund 98 Pf.
- Tilsiter vollfett, Pfund 95 Pf.
- Boyr. Schweizer Pfund 1,50
- Margarine Pfd. 52 und 62 Pf.
- Kokosfett 1-Pfd.-Paket 62 Pf.
- Bratenschmalz Pfund 78 Pf.
- Griebenschmalz Pfd. 80 Pf.
- Rohschmalz Pfund 80 Pf.
- Molkereibutter Pfund 1,68
- Grasbutter Pfund 1,80

Frisch gebrannt. Kaffee 2,40
aus eig. Rösterei, Pfd. von 2 an
Kakao losb. Pfund 85 Pf.
Ananas 1/2 Dose 1,05

Beeren

- Vierfrucht 80 Pf.
- Aprikosen 1,10
- Orange 1,15
- Erdbeer 1,25
- Kirschen 1,35
- Himbeer 1,35

Wurstwaren

- Sülzwurst Pfund 80 Pf.
- Speckwurst Pfund 95 Pf.
- Hausm. Leberw. Pfd. 1,10
- Berl. Mettwurst Pfund 1,10
- Jagdwurst Pfund 1,20
- Knoblauchwurst Pfd. 1,20
- Fleischwurst Pfund 1,20
- Mettwurst Braunschweig, Pfd. 1,30

Speck fett Pfund 1,10
Speck mager .. Pfund 1,20

Deutsche Schlachtung

- Brudreis Pfund 18 Pf.
- Tafelreis Pfund 26 Pf.
- Poina-Reis Pfund 28 Pf.
- Weizengriss Pfund 26 Pf.
- Horgriss Pfund 27 Pf.

Obst und Gemüse

- Kirschen helle Pfund 15 Pf.
- Kirschen dunkle Pfund 30 Pf.
- Bananen Pfund 44 Pf.
- Erdbeeren Pfund 45 Pf.
- Johannisbeeren Pfund 48 Pf.
- Australische Äpfel Pfund 48 Pf.
- Gurken Stück von 16 Pf. an
- Neue Nieren-Kartoffeln gelbfleischig 3 Pfund 35 Pf.

Fische u. Räucherwaren

- *Kabeljau Pfund 16 Pf.
- *Seelachs Pfund 15 Pf.
- *Schellfisch Pfund 14 Pf.
- *Rohbars Pfund 14 Pf.
- *Kabeljaufilet Pfund 30 Pf.
- *Leb. Schlei Pfd. von 1,25 an
- *Frische Zander Pfd. 46 Pf.
- Fellbücklinge Pfd. 36, 44 Pf.
- Seelachs Pfund 38 Pf.
- Seeaal Pfund 46 Pf.
- Fludern (Scharben) Pfd. 45 Pf.
- Räucherheringe Stück 15 Pf.
- Bundale Bund 40 Pf.
- Slückenlachs Pfund 2,30

Schinkenpolnische M. 1,30
Hildesheimer Pfund 1,40
fl. Leberwurst Pfund 1,50
Bierwurst Pfund 1,50
Schinkenwurst Pfund 1,60
Teewurst Pfund 1,70
Cervelat u. Salami Pfd. 1,75
Mausschinken Pfund 1,90

Colonialwaren

- Kartoffelmehl Pfund 30 Pf.
- Maispuder Pfund 28 Pf.
- Eierfondnudeln Pfd. 50 Pf.
- Eiebandnudeln Pfd. 45 Pf.
- Gebr. Gerste Pfund 25 Pf.

Konfitüren

- Vollmilch-, Vollmilch-Nuss- und Sahne-Schokolade 100-g-Tafel 3 Tafeln 65 Pf.
- Vollmilch-Schokolade 100-g-Tafel 3 Tafeln 80 Pf.
- Erfrischungswaffeln, Pfd. 85 Pf.
- Messing-Drops u. Eisbonbons Pfund 70 Pf.
- Fruchtgelee 1/2 Pfund 45 Pf.
- Sandgebäck mit Schokolade 1/2 Pfund 65 Pf.

Geflügel und Wild

- Wolgahühner Pfund von 1,15 an
- Tilsit Masthühner Pfd. v. 1,20 an
- Junge Gänse Pfund von 1,05 an
- Junge Tauben Stück 75 Pf.
- Rehblättler Pfund 1,20
- Rehkochfleisch Pfund 30 Pf.
- Wildschwein Pfund von 70 Pf. an

Bowlen- und Tafelweine

- 1927 er Edelreimer, klein, Tisch- und Bowlenwein 1/2 Flasche 1,10
- Montagna, mittelvoller Rotwein Roter Tarragon, gute Qualität 1927 er Liebfraumlich, gut Qual. 1926 er Oppenheimer Goldberg 1925 er Dienheimer Rotzern 1924 er Kestener Herrenberg 1/2 Flasche 1,60
- 1928 er Erdener Busslay, vorzüglicher Mosel 1/2 Flasche 1,85
- 1922 er Hackenheimer, Kirchbrotk. Auslese 1/2 Flasche 1,75

Sehr billige Restposten feiner Tafelweine und Orig.-Gewächse

- Aussergewöhnlich billig!
- Himbeerfett 1,25
- sehr gute Qualität, mit 12 Raffinade eingekocht 1/2 Champ.-Flasche 12,00
- Obstweine 75
- sehr gute Qualität, Johannisbeer-, Heidelbeer- u. Stachelbeerwein, 1,2 ltr. 10 Liter 7,00

In fast allen Abteilungen: **Grosser Saison** Beginn: Montag, den 2. Juli

AUSVERKAUF

Porzellan

- weiss, mit kleinen Fehlern
- Abendbrotteller 18 Pf.
 - Spelseteller nach 25, tief 35 Pf.
 - Salatieren von 40 Pf. an
 - Bratenplatten von 55 Pf. an
 - Beilageschalen 55 Pf.
 - Saucieren 95 Pf.
 - Kartoffelschüsseln 1,90
 - Terrinen 2,25 bis 2,95
 - Tee- od. Kaffeeseite „Mikado“, blau
 - Milchtöpfe 30, 50 Pf.
 - Tassen 58 Pf.
 - Zuckerdosen 75, 90 Pf.
 - Butterglocken 1,45
 - Teekannen 1,15 bis 2,30
 - Kaffeekannen 1,35 bis 2,30

Extra billig!

- Eierbecher bunt Porzellan 10 Pf.
- Kompottschälchen bunt Porz. 12 Pf.
- Tassen mit Goldrand, Porzellan 25 Pf.

Kaffeegedecke

1 Tasse u. 1 Teller, ver. 1,95 1 Tasse u. 1 Teller, 95 Pf. verschiedene Farben Streubl. od. Goldrd.

Kaffeesevice

5 teilig 1,85 2,45 9 teilig 4,90 15 teilig 9,75 2 teilig 1,20 6 teilig 4,12

Tafelservice

30 teilig, für 6 Personen, Handmst. 22,75 60 teilig, für 12 Personen 58,00 77 teilig, für 12 Personen 85,00

Tafelservice

77 teilig, 12 Pers., m. blauem Rand od. Streublumen mit Gold- 95,00 77 teilig, für 12 Pers., bunt. Blumenmst., Goldrand 75,00

Glas

- Kompotteller gepresst, verschied. Muster 8 Pf.
- Kompottschälchen gepresst 8 Pf.
- Kompottschalen „Golar“ von 25 Pf. an
- Weingläser mit Mattband 38 Pf.
- Rotweingläser geschliffen 48 Pf.
- Weinrömer auf grünem Stiel 28 Pf.
- Weinrömer mit Sonnenschiff 48 Pf.
- Krüge ca. 1/2 Liter Inhalt 3,90
- Henkelkörbchen 3,90 4,90
- Bonbonnieren 3,90 5,50
- Salatieren 3,90 5,50

Bleikristall

Geignet für Hotels, Restaurants, Pensionate und Gartenlokale!

Alpaka-Gl. oder Dessertbestecke 90

Jedes Paar Pf.

Stahlwaren

- Messer und Gabeln zum Ausschneiden Stück 20 Pf.
- Solinger Scheren zum Ausschneiden Stück 35, 45 Pf.
- Bestecke Ebenholz, rostfrei, Paar 2,45 Alpaka poliert
- Mokkalöffel Stück 15 Pf.
- Kaffeelöffel Stück 18 Pf.
- Esslöffel Stück 38 Pf.
- Gemüselöffel Stück 95 Pf.
- Saucenlöffel Stück 1,45
- Vorleger Stück 2,85
- Obstmesser Alpaka, versilbert Stück 65 Pf.
- Kuchenessgabeln Alpaka, versilbert, St. 95 Pf.

Wassereimer 85 Pf. 1,10 1,45

Mülleimer mit Deckel, weiss 1,90 3,25

Basarwannen rund 1,25 1,45

Wannen oval, 45 cm lang 2,25 3,25 55 cm lang

Sehr preiswert! Emaillewaren

- Kehrschaufeln 65, 95 Pf.
- Kaffeekannen weiss 95 Pf.
- Wasserkonsole mit Mess, dekoriert 1,45
- Waschbecken weiss emailliert 1,65

Zum Ausschauen:

Große Posten Emaille-Geschirre

darunter Schmortöpfe, Wassereimer, Milchtöpfe, Kasserollen, Kaffeetannen enorm billig

Waschgarnituren 2,85

Stielgut von 2 an

Wirtschaftsartikel

- Mandelreibmaschinen 95 Pf.
- Reibmaschinen 1,65
- Brotkasten 2,85 4,25
- Vorratsschränke 4,50 7,50
- Waschständer 95 Pf. 1,50 1,90
- Waschtische 4,75 6,75 9,75
- Zinkzuber mit Holzboden 9,50 11,50
- Zinkwannen mit Holzboden 9,50 11,50
- Volksbadewannen 16,50

Grosse Mengen

Aluminium-Geschirre besonders preiswert

- Kleiderbügel 8 Pf. St. 15 Pf.
- Nudelrollen Ahorn 50 Pf.
- Holztablets 1,85
- Quirlgarnituren kom. platt 1,90 2,85

Kochlöffel, zum Ausschauen

Brettchen, Quirle und Keilen Stück 10 Pf.

Waschbürsten 15, 25, 35 Pf.

Schrubber 25, 45, 85 Pf.

Klosettbürsten 45, 95 Pf.

Handfeger mit Stiel 90 Pf. 1,45 1,90

Rosshaarbesen 1,75 2,25 3,50

Fensterleder 95 Pf. 1,90 2,90

Teppichkehrmaschinen 8,75

Bohner 3,50 6,50 9,50

HERMANN TIETZ

Syndikalismus in Mexiko.

Auflösung der politischen Arbeiterpartei.

Mexiko-Stadt, Anfang Juli. (Eigenbericht.)

Die sehr deutlichen Erklärungen maßgebender Arbeiterführer lassen keinen Zweifel mehr darüber, daß die mexikanische Arbeiterpartei als politischer Faktor und politische Waffe der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung zu existieren aufhört. Der Beschluß der Führerschaft gliedert sich in den Worten „heraus aus der Politik und hinein in die Gewerkschaftsarbeit!“ Die Auswirkungen dieses Beschlusses zeigen sich schon heute und ein Staatsgouverneur nach dem anderen, die mit der Arbeiterbewegung identisch sind und aus ihren Reihen stammen, stellt seinen Posten für die nächste Zukunft zur Verfügung und bekräftigt sich in seinem Amt nur noch auf reine Verwaltungsmassnahmen. Ende dieses Jahres, wenn nicht früher, dürfte auch auf das bis jetzt noch im Besitz der Arbeiterbewegung befindliche Wirtschafts- und Handelsministerium unter Luis N. Morones verzichtet werden. Diese Umstellung mußte reichlich radikal und von einem Extrem ins andere torkelnd an. Schon während der kürzlich abgeschlossenen Parlamentsferien, die die letzte vor den am 1. Juli stattfindenden Wahlen war, erklärten die Redner der Arbeiterpartei, es wäre das letzte Mal, daß sie auf der Parlamentstribüne das Wort ergreifen hätten. Natürlich ist die Entsendung einzelner Arbeitervertreter ins Parlament auch weiterhin wahrscheinlich, aber ihre politische Tätigkeit dürfte kaum in positivem Sinne erfolgen.

An sich darf dieser Schritt vom politischen Standpunkte nicht überschätzt werden. Die mexikanische Demokratie ist noch weit von der Vollendung entfernt und lehnt Endes ist die mexikanische öffentliche Meinung durch die letzten 18 Jahre so revolutionär orientiert, daß eine reaktionäre Gefahr und selbst eine Gefahr für die von der organisierten Arbeiterkraft erreichten sozialen Errungenschaften nicht ohne weiteres zu befürchten ist. Das Parlament, das hier immer nur ein Scheinleben geführt hat und sich auf die Rolle eines wenig gehörten Beraters beschränken muß, ist ohne jede Bedeutung. Die wirkliche Macht liegt einzig in den Händen des Präsidenten. Aber trotzdem ist nicht abzusehen, wohn auf die Dauer ein stummer Kampf zwischen den jetzigen Führern der Arbeiterbewegung und der neuen Obregon-Regierung führen kann. Bis heute haben sich beide ausschließlich auf eine genaue Fixierung ihrer zukünftigen Politik beschränkt. Ob jedoch gerade dieses feindselige Gegenüberstehen und dasauern auf den nächsten Schockzug des anderen nicht vom stärksten Einfluß auf die zukünftige Entwicklung des Landes sein kann, ist noch nicht zu übersehen.

Wie immer hängt der Frieden Mexikos an einem dünnen Faden und eine unvorsichtige Bewegung kann genügen, um neuen Bürgerkrieg zwischen revolutionären Elementen selbst herauszubekommen.

Erst die Monate Januar und Februar des kommenden Jahres, das sind die ersten Monate der neuen Verwaltung, werden zeigen, wie weit solche Befürchtungen gerechtfertigt sind.

Ueber die Vorgeschichte dieser Entwicklung unterrichtet der folgende Bericht unseres Korrespondenten in Mexiko, den er uns vor einiger Zeit geschickt hat:

Die Raifeiertagsrede des maßgebendsten Führers der mexikanischen Arbeiterbewegung Luis Morones, des Wirtschaftsministers im Kabinett Calles, über die zukünftige Politik der im mexikanischen Gewerkschaftsbunde (CROM) und der mexikanischen Arbeiterpartei organisierten Arbeiterschaft sowie die Antwort des Präsidentschaftskandidaten Obregon haben eine tiefe Kluft aufgeworfen, die heute — einen Monat vor den Neuwahlen und sechs Monate vor Übernahme des Amtes durch den neuen Präsidenten — zwischen dem kommenden Herrn und der Arbeiterbewegung, oder zum mindesten deren Führern, gähnt. Morones' Worte und Obregons Antwort lassen keinen Zweifel darüber, daß

die Arbeiterschaft in der nächsten Regierung nicht vertreten sein wird.

Zußerdem gedenken die leitenden Persönlichkeiten der Arbeiterschaft sich gänzlich aus der politischen Arena zurückzuziehen und sich der organisatorischen Arbeit in den Gewerkschaften zu widmen. Diese Entwicklung, die nicht wie in Europa den Umarsch in die Opposition bedeutet, sondern einen Kampf um Leben und Macht, ist überraschend. Obregon kann z. B. keineswegs als Reaktionär und Gegner der Arbeiterorganisationen angesehen werden. Er hat seit Jahren die Bedeutung der Gewerkschaften für das nationale Leben Mexikos und die wichtige Rolle, die von der Arbeiterschaft hierzulande zu spielen ist, betont. Er hat aber auch — als geschickter Taktiker zwar nicht offensichtlich — durchblicken lassen, daß einzelne Phasen der Entwicklung der letzten Jahre, für die die politische Leitung der Arbeiterschaft verantwortlich ist, seinen Beifall nicht finden und er es als seine Aufgabe betrachtet, darin Wandel zu schaffen. Das bedeutet dem Sinne nach eine Auseinandersetzung mit der jetzigen Führung der mexikanischen Arbeiterbewegung. Als solche ist sie auch an diesen Stellen aufgefaßt und von Morones beantwortet worden.

Die sich nun ausdrückende Frage, warum Mexikos proletarische Bewegung — kaum 10 Jahre alt, ausgezeichnet organisiert, aber doch innerlich ungesichert und unerprobt — sich mit Tagespolitik identifiziert, leitende Regierungsstellen übernommen, kurz gesagt, sich politisch intensiv und an verantwortlicher Stelle betätigt hat, ist einer prinzipiellen Erörterung wert. Wenn zugestanden wird, daß die Bewegung sich in den letzten Jahren treibhausartig entwickelt und ungeahnte Erfolge erzielt hat, so darf dabei nicht vergessen werden, daß sie das zum großen Teil der Freundschaft und Förderung des Präsidenten Calles zu danken hat. Die Annahme aller Vorteile, die ungeschänkte Identifizierung der Gewerkschaften mit einer Regierung, die trotz ihrer fortschrittlichen und sozialen Ideen eben doch noch andere Dinge als Klassenentwicklung in Rechnung zu stellen hat, haben jetzt zu einer Situation geführt, die noch für viele Jahre heiß umstrittener Diskussionspunkt in den mexikanischen Gewerkschaften sein wird. Dabei wird man nicht darum herum können, daß vom gewerkschaftlichen Standpunkte gesehen, die Führerschaft nur Tagespartei eine angesehen und darüber eine Gewerkschaftspolitik auf lange Sicht zwar nicht vergessen, aber doch vernachlässigt hat. Es ist unzweifelhaft, daß die gesicherten politischen Positionen der Führer und die überragende Stellung der Arbeiterpartei die gesamte Bewegung veranlaßt hat, sich in Verkennung der zeitlich begrenzten Situation auf den errungenen Vorbeeren auszuruhen und darüber wichtige Dinge in der organischen Weiterentwicklung des jungen Gewerkschaftswesens Mexikos hintanzusetzen. Das muß sich natürlich bitter rächen, und so steht die Bewegung

Starke Mehrheit für die Regierung

Der Billigungsantrag mit 261 gegen 134 Stimmen angenommen.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung nahm in der fortgesetzten Aussprache über die Regierungserklärung Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Wort. Wir veröffentlichen seine Rede im Hauptblatt.

Abg. Stöcker (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie sich ganz unter den Einfluß der bürgerlichen Parteien begeben hätten. Minister Dr. Hilferding sei der willige Preisrichter der Bourgeoisie für den Kapitalismus.

Abg. Straffer (Nat.-Soz.) bezeichnet die Regierungserklärung als eine Vorpiegelung falscher Tatsachen. Die wirkliche Regierungserklärung sei durch den Zwischenbericht des Reparationsagenten gegeben worden. Der jetzige Reichskanzler habe in Versailles das Todesurteil unterschrieben, das jetzt auf deutschen Köpfe vollzogen wird. Nicht dem Volke wolle die Regierung helfen, sondern den Verbrechern durch Aufhebung der Todesstrafe. Ein Nationalfeiertag werde von dieser Regierung zur Feier der Barmat-Republik.

Präsident Löbe: Wegen der Bezeichnung „Barmat-Republik“ für unser Vaterland rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Straffer (Nat.-Soz.) begründet dann den nationalsozialistischen Vertrauensantrag: „Indem der Reichstag über alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergeht, spricht er der Reichsregierung das Vertrauen aus.“ Der Redner erklärt schließlich:

Es ist eine Schande, daß ein in Offizialen geborener negroider Jude hier als Reichsfinanzminister auftritt! (Große Erregung bei der Mehrheit.)

Präsident Löbe: Auf diese ungewöhnlich beschimpfende Bemerkung gegen ein Mitglied der Reichsregierung wende ich den § 91 der Geschäftsordnung an.

Ich kann Ihr weiteres Verweilen in der Sitzung nicht mehr dulden und fordere Sie auf, den Saal zu verlassen. (Uebhafter Beifall.)

Abg. Straffer trinkt noch ein Glas Wasser und verläßt dann langsam unter Entrüstungsgestandungen den Saal.

Abg. Wpers (Deutsch-Hannoveraner) vermischt in der Regierungserklärung ein Eintreten für die unterdrückten Deutschen Südtirols. Er verlangt eine Beschränkung des preußischen Einflusses im Reich und erklärt, keine Fremde könnten der neuen Regierung nicht das Vertrauen aussprechen.

Abg. Hillebrand-Schlesien (D. Bauernpartei) bezieht in der Regierungserklärung die Sätze, in denen die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und der Siedelung zweigeteilt wird. Die deutsche Agrarpolitik müsse zu 99 Proz. Bauernpolitik sein. Die Steuerreform müsse vor allem in der Landwirtschaft einlehen, damit der Bauer nicht länger für seine Tüchtigkeit und Sparlichkeit bestraft wird.

Damit schließt die Aussprache.

Abg. v. Lindener-Wildau (Dnat.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, die beschränkte Redezeit mache es den Deutschnationalen unmöglich, auf die letzten Ausführungen des Ministers Hilferding zu antworten. Das Schweigen dürfe nicht als Zustimmung gedeutet werden.

Präsident Löbe: Der Reichsrat hat auf meinen Vorschlag den nationalsozialistischen Antrag zugelassen, weil er sich vorbehalten will, durch eine Änderung der Geschäftsordnung in Zukunft vorzugehen, daß Abgeordnete Anträge einbringen, für die sie selber nicht stimmen. (Abg. Stöcker (Nat.-Soz.): „Dann können wir ja überhaupt keine Anträge mehr stellen!“ — Große Heiterkeit.)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird in namentlicher Abstimmung mit 265 gegen 131 Stimmen bei 24 Enthaltungen beschlossen, daß an erster Stelle nicht über den Vertrauensantrag der Nationalsozialisten, sondern über den Billigungsantrag der in der Regierung vertretenen Parteien abgestimmt

heute vor einer Lage, die durch den sicheren Verlust aller politischen Vorteile für die gewerkschaftliche Struktur selbst kritische Auswirkungen haben mag.

Im beiden Seiten gerecht zu werden, muß gesagt werden, daß die Führerschaft durch politische Betätigung der Bewegung zu dienen glaubte, aber im Leben von Nationen und Klassen entscheiden keine noch so gut gemeinten Absichten. Jedenfalls hat sich die

politische Einstellung als schwerer Irrtum herausgestellt.

und Obregon, der die überragende Macht der Arbeiterpartei seit Jahren mit mißgünstigen Augen betrachtet hat, schied sich jetzt an, der politischen Seite der Bewegung energisch die Flügel zu beschneiden. Unter diesem Gesichtspunkte mag es als ein geschickter Schachzug der Arbeiterführer betrachtet werden, wenn sie schon heute durch Morones ihre Absicht, sich vom politischen Leben zurückzuziehen und gänzlich organisatorischer Arbeit zu widmen, ankündigen, anstatt eine Entwicklung abzuwarten, die, wie Mexikos Geschichte zeigt, leicht mit Schrecken und Gewalt enden kann. Immerhin erscheint es sehr fraglich, ob diese verspätete Einsicht geeignet ist, die einmal begangenen Fehler wieder gutzumachen.

Die politische Tätigkeit der Arbeiterbewegung hat außerdem Auswirkungen gezeigt, deren Bedeutung für die Zukunft noch gar nicht abzusehen ist. Sie hat zu einer

starken Entfremdung zwischen Arbeiter- und Bauernbewegung

in Mexiko geführt, die von Rechts wegen seit altersher zusammengehören und zusammengehen sollten. Die mexikanische Bauernbewegung stellt unzweifelhaft durch ihr organisches Wachstum die stärkste Kraft in Mexiko dar, und wenn sich diese Kraft nicht entsprechend auswirken konnte, so liegt das ausschließlich an der mangelnden Organisation der bäuerlichen Elemente. Die Arbeiterbewegung dagegen, die ihre politischen Vorteile häufig auf Kosten der Bauernschaft erworben hat, hat durch ihre enge Anlehnung an europäische Organisationen und Gewerkschaftsmethoden jedes Eingehen auf mexikanische Lokaltöne und Mentalität vermissen lassen, eine Einstellung, die sich letzten Endes zum Schaden der Organisationen in ihrer jetzigen Form auswirken muß.

Der politische Gedankengang Obregons ist klar. Seine Politik ist nicht so sehr gegen die Arbeiterbewegung an sich, als gegen ihre Führer gerichtet, denen er politische Einstellung und politischen Wackchungen vorwirft. Dem Volke wurde der Boden ausgeföhren, als die Arbeiterführer in unbegreiflicher Verkennung der Sachlage den auch von der Arbeiterschaft als Präsidentschaftskandidat aufgestellten Obregon durch geschickte Vorbehalte zwingen wollten, sich politisch festzulegen und ihnen Versprechungen für die Zukunft zu machen. Das hat Obregon bis zum heutigen Tage rundweg abgelehnt und dadurch die Arbeiterführer

wied. Für den Vorrang des nationalsozialistischen Antrags haben die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten gestimmt.

Die Abstimmung.

Die dann folgende namentliche Abstimmung erachtete die Annahme des Billigungsantrags mit 261 Stimmen

der Sozialdemokraten, Demokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei gegen 134 Stimmen

der Kommunisten, Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christl. Nationalen Bauern und Deutsch-Hannoveraner. Stimmenthaltung übten 28 Abgeordnete der Wirtschaftspartei und der Deutschen Bauernpartei.

Damit sind alle weiteren Vertrauens- und Vertrauensanträge erledigt.

Die mit der Beratung verbundenen kommunistischen Anträge zu sozial-, wirtschafts- und steuerpolitischen Fragen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Als gegen den Widerspruch der Kommunisten und Deutschnationalen der gegen den Bau des neuen Panzerschiffes gerichtete kommunistische Antrag nicht sofort verabschiedet, sondern dem Haushaltsausschuß überwiesen wird, kommen von den Kommunisten lebhaft Proteste.

Angenommen wird ein nationalsozialistischer Antrag, der Verhandlungen über eine deutschösterreichische Zoll- und Wirtschaftsunion veranlaßt.

Die Novelle zur Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Um 4 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag, den 10. Juli, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Vorlage über den Nationalfeiertag, das neue Strafgesetzbuch und kleinere Vorlagen.

Bildung des Haushaltsausschusses.

Er umfaßt jetzt 35 Mitglieder.

Am Donnerstagsvormittag fand die Konstituierung des Haushaltsausschusses des Reichstages statt. Seit langem war von der Sozialdemokratie in Wort und Schrift die Forderung erhoben worden, im Interesse einer strikteren Konzentration und genaueren Kontrolle des gesamten Staatswesens den Rechnungsausschuß aufzuheben, seine Arbeit dem Haushaltsausschuß zuzuwenden und diesen zur besseren Bewältigung der großen Mehrarbeit um 7 Mitglieder zu vermehren, ihn also auf 35 Mitglieder zu bringen. Im Kellerrat wurde diese Forderung von allen Parteien mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion als berechtigt und zweckentsprechend anerkannt. Zum erstenmal wird also der Haushaltsausschuß in der neuen vierten Wahlperiode 35 Mitglieder umfassen. Vorsitzender des Ausschusses ist wieder Genosse Hugo Heilmann. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) und Dr. Käßner (Ztr.), zu Schriftführern die Genossen Sahn-Schuch und Abg. Gottscheiner (Dnt.) bestimmt. Der Ausschuß beschloß zwei ständige Untersuchungsausschüsse einzusetzen, von denen der eine das Rechnungswesen zu bearbeiten haben wird.

Auswärtiger Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags ist für Dienstag vormittag zu einer Sitzung einberufen worden, auf deren Tagesordnung der Kellogg-Pakt sowie Fragen des Sicherheitskomites und der Völkerbundratsitzung stehen.

gezwungen, Schritt für Schritt bis zur angelegten Aufgabe ihrer politischen Stellungen unter seiner Herrschaft zurückzuziehen. Wenn Obregon dabei haltmachen sollte, so wäre für die Gewerkschaftsbewegung selbst nichts verloren, sondern nur vieles gewonnen. Unbehindert von politischen Rücksichten könnte sie sich der Vollendung und dem Ausbau der Organisationen widmen und eine Einheitsfront mit der Bauernschaft Mexikos zu gewinnen suchen. Beabsichtigt der künftige Präsident aber einen Einbruch in die Gewerkschaftsorganisationen, von dem Gedanken geteilt, die Führer auch aus diesen Posten zu verdrängen und dafür sich und seine Leute hineinzuversetzen, so muß das zu Komplikationen führen, deren Ernsthaftigkeit gar nicht überschätzt werden kann. In jedem Falle kann eine solche Entwicklung, wenn sie sich, was heute mehr als fraglich erscheint, bewahrheiten und erfolgreich sein sollte, nicht dazu dienen, der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung die notwendige innerliche Unabhängigkeit zu geben.

Sommerferien des Landtags.

Besprechungen über die große Koalition?

Am nächsten Dienstag wird der Landtag die nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung notwendige endgültige Wahl des Präsidenten und der drei Vizepräsidenten vornehmen. Ferner stehen zur Erledigung die zweite und dritte Beratung des Entwurfes über die Vereinigung Baldecks mit Preußen, die Anträge über die Unfallkassen, die vom Hauptauschuß bereits behandelt worden sind, sowie die kommunistischen Amnestieanträge. Ferner soll die Beratung der Rotterordnung über die Beschäftigung der gemeindlichen Dienstgebäude und der Schulgebäude abgeschlossen und der Gesetzesantrag der Regierungsparteien, der allgemein das Flaggengesetz durch öffentlich-rechtliche Körperschaften vorführt zur zweiten Beratung gestellt werden. Gegen eine im Anschluß an die zweite Beratung sofort vorzunehmende dritte Beratung des Flaggengesetzes wird voraussichtlich von der Opposition Einspruch eingelegt werden, andererseits werden die Regierungsparteien mit Rücksicht auf den Verfassungstag im August die Verabschiedung der Vorlage fordern. Wenn die zweite Beratung der Vorlage am Dienstag erledigt wird, könnte diese Verabschiedung nach den bestehenden Bestimmungen frühestens am Freitag erfolgen.

Am Dienstag werden auch die einzelnen Fraktionen im Landtag zusammentreten. Die Volkspartei will bereits am Montag die politische Lage besprechen. Die Regierungsparteien werden in ihren für Dienstag angelegten Fraktionssitzungen vor allem zu der Anregung der Volkspartei, in eine Erörterung der Frage der Bildung der großen Koalition in Preußen einzutreten, Stellung zu nehmen haben.

Lassalle und Bismarck.

Neuentdeckte Briefe des großen Agitators an den „eisernen Kanzler“.

Vor einigen Monaten brach im Preussischen Staatsministerium ein längst nicht mehr beachteter Schrank vor Altersschwäche zusammen. Vergilbte Aktenbestände kamen dabei ans Tageslicht. Unter ihnen fand sich auch der bisher verschollen geglaubte Briefwechsel Lassalles mit Bismarck.

Der Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, übergab den kostbaren Fund dem rühmlich bekannten Historiker des Sozialismus, Prof. Gustav Mayer, zur Veröffentlichung. So wird in den nächsten Tagen im Verlag J. B. F. Dieß Nachf. ein schlanker Band erscheinen: „Bismarck und Lassalle. Ihr Briefwechsel und ihre Gespräche.“ Er enthält die wiederentdeckten Schriftstücke, von denen wir die interessantesten heute schon unseren Lesern unterbreiten können. Sie gewähren uns tiefe Einblicke in die Psyche des Mannes, der nach dem Sterben der bürgerlichen Revolution 1848/49 der deutschen Arbeiterklasse zuerst wieder eine politische Klassenorganisation gab.

In Lassalle lebt ein Cäsar, ein Diktator, und das war es wohl, was ihn zu dem preussischen Staatsmann hinzog. Er vermutete in Bismarck einen außergewöhnlichen Menschen, einen politischen Gewaltpolitiker, der seelenruhig Verfassungen brach, wenn sie seinen politischen Machtplänen entgegenstanden. Lassalle sah sich in eine Zeit revolutionärer und kriegerischer Konflikte hineingestellt, die mit der demokratischen Nationalbewegung Italiens begannen hatten und die nun nach Deutschland hinüberfluten würden. Er glaubte in dieser mit Katastrophen geladenen Zeit einen Bismarck als Mauerbrecher gegen das liberale, kapitalistische Zwinguri benutzen zu können. Bismarck sollte das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht oktroyieren und damit die schwersten Hemmnisse beseitigen helfen, die sich der politischen Machtentwicklung der deutschen Arbeiterklasse in den Weg warfen. Die ganze politische Berechnung Lassalles war von vornherein falsch; denn Bismarck stand als überzeugter Parteigänger des Obrigkeitstaates mit grundsätzlicher Schärfe dem demokratischen Staatsgedanken gegenüber, von dem Ferdinand Lassalle als kämpfender Revolutionär des Jahres 1848 ganz erfüllt war. Wenn sich Bismarck im Kampfe gegen Oesterreich auf das allgemeine Wahlrecht berief, so tat er es nur, um es gegen die schwarze Monarchie und deren deutsche Verfassungspläne auszuspielen, wenn er mit Lassalle über dieses Recht diskutierte, so dachte er immer an die politischen Analphabeten, an die Bauern und Landarbeiter des Ostens, die er gegen die Fortschrittspartei aufmarschieren lassen wollte.

Mit dem Bismarck, der durch seine Presseordonnanzen der an sich schon recht schwindlichen preussischen Pressefreiheit jede Lebensluft rauben wollte, konnte es für einen demokratischen Politiker eigentlich keine Unterhandlungen mehr geben, und doch lehrte Lassalle auch noch nach diesem Staatsstreich und nach den darauf folgenden Verfassungsbrüchen seine Korrespondenz und seine Unterredungen mit Bismarck fort! Lassalle widersprach zwar den Presseordnungen Bismarcks, aber er gebärdete sich doch als förmlicher Verbündeter dieses preussischen Ministerpräsidenten gegen die Fortschrittspartei, die doch dem gewalttätigen Herrscher der preussischen Verfassung gegenüber im vollen Rechte war! Als ob er mit Bismarck ein Herz und eine Seele wäre, sprach er immer von den Fortschrittspartei als von „unseren Gegnern“. Ja, Lassalle appellierte direkt an die Machtmittel des obrigkeitlichen Staates, als er von Bismarck einen Befehl des Justizministers erbat, um die Staatsanwälte an der Verfolgung des „Bastiat-Schulze“ zu hindern. Bismarck habe ihm ja selbst einmal ein Zirkular an die Staatsanwälte der Monarchie „zu Gebote“ gestellt, daß seine (Lassalles) Schriften unverfolgt blieben. Was galt diesem Lassalle die politisierte Justiz?

Die Annäherung Lassalles an Bismarck erklärt sich aus dem gesteigerten Selbstgefühl des Agitators, der da vermeinte, durch die Macht seiner Persönlichkeit den Kurs des preussischen Staatsschiffes umstellen zu können.

Professor Gustav Mayer hat durch eine in die eigenartige Verlogenheit Lassalles tief eindringende und die Zeitereignisse trefflich charakterisierende Vorrede die „Sünde Lassalle“ scharf hervorgehoben. Sie entsprang einem Temperament, das alles eher ertrug als das Warten auf langsam reisende Erfolge.

Lassalle hat in seinem „Franz von Sickingen“ den Gedanken ausgesprochen, daß es den Hals kann kosten, „in großen Dingen schlau zu sein“. Das eben hat er aber selber, wie seine Briefe an Bismarck zeigen, versucht und damit um den eigenen Hals gespielt.

Bismarck ladet Lassalle zu einer Besprechung.

Berlin, 11. Mai 63.

Ihr Wohlgeboren benachrichtige ich ergebenst, daß es mit Rücksicht auf die über die Verhältnisse der arbeitenden Klassen schwebenden Beratungen in der Absicht liegt, die gutachtlichen Versicherungen unabhängiger Männer, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, zu hören.

Aus diesem Grunde würde es mir erwünscht sein, wenn Ihr Wohlgeboren mir Ihre Ansichten über den Gegenstand mitteilen wollten.

Lassalle an Bismarck.

Berlin, Bellevuestraße 13, 8. Juni 63.

Ew. Excellenz

sende ich hierbei ergebenst als eine, wenn auch nur scherzhafte Anleihe unserer neuesten Unterredung die Verlesung meines Reichs, um die Sie mich vielleicht beneiden dürften! Aber es wird Ihnen aus diesem Miniaturgemälde deutlich die Ueberzeugung hervorgehen, wie wahr es ist, daß sich der Arbeiterstand intuitivmäßig zur Diktatur geneigt fühlt, wenn er erst mit Recht überzeugt sein kann, daß dieselbe in seinem Interesse ausgeübt wird, und wie sehr er daher, wie ich Ihnen schon neulich sagte, geneigt sein würde, trotz aller republikanischen Gesinnungen — oder vielmehr gerade auf Grund derselben — in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur, im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft, zu sehen, wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem — freilich sehr unwahrscheinlichen — Schritt entschließen könnte, eine wahrhaft revolutionäre und nationale Richtung einzuschlagen und sich aus einem Königtum der bevorrechteten Stände in ein soziales und revolutionäres Volkstönigtum umzuwandeln!

Der Zweck des Gegenwärtigen ist anzufragen, ob Ew. Excellenz Zeit gefunden haben, sich der Durchsicht der Ihnen übersandten Rede: „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen“ zu unterziehen.

Die Ansichtsdifferenz, welche mir Ew. Excellenz neulich über die Wirkung der indirekten Steuern auf die Lage der ärmeren Volksklassen ausdrückten, wollte ich der Ausführlichkeit wegen, welche gerade bei diesem Gegenstande zu einer gründlicheren Behandlung erforderlich ist, nicht mündlich zu widerlegen suchen. Ich zog vor, mich hierin auf die überzeugende Wirkung dieser Abhandlung zu verlassen. Haben Sie von derselben Kenntnis genommen, so werden Sie entweder bereits meiner Ansicht sein, oder aber es wird nunmehr leicht möglich sein, auf Grund dieser faktischen Unterlage eine Uebereinstimmung der Ansicht herbeizuführen.

Damit wäre etwas überaus Wesentliches gewonnen! Sie würden dann mit mir überzeugt sein, eine wie erhebliche Verbesserung in der Lage der ärmeren Klassen schon eine Abolition von zunächst 8—10 Millionen indirekter Steuern herbeiführen würde.

Uebrigens brauchten dieselben nicht einmal durch die direkten Steuern — so vorteilhaft dies immerhin noch wäre — ausgeglichen zu werden, sondern könnten schon durch die neulich von mir angeordneten Maßregeln, obwohl diese ja selbst nur exemplifizierte Proben eines größeren und zusammenhängenden Ensembles von Maßregeln waren, überreichlich ersetzt werden.

Die Ueberzeugung Ew. Excellenz in dieser Hinsicht festzustellen, halte ich für so wesentlich und von so furchtbaren Folgen nach allen Seiten hin, daß ich, zumal ich Mitte des Monats auf drei Monate verreise, bereit bin, mich zu einer zweiten Unterredung bei Ew. Excellenz einzufinden, falls Sie mir den Tag bestimmen.

Wenn ich leihthin Ew. Excellenz die Ansicht aussprach, daß eine zweite Unterredung unter den gegenwärtigen Umständen nutzlos bleiben müßte, so bin ich jetzt um so mehr hierzu erbötig, als die letzten Maßregeln, die inzwischen getroffen worden, sehr verhängnisvoller Natur in ihren, wenn auch freilich nicht unmittelbaren Folgen sind. Diese Maßregeln liegen nach meiner Ansicht genau ebensoviele im Interesse der Monarchie, wie im Interesse der Fortschrittspartei, sondern wenn irgendwem, so dienen sie lediglich und allein, wie ich offen konstatieren muß, der speziellen Partei, der ich selbst angehöre, der revolutionären Partei!

Um so selbstloser und aufrichtiger ist es von mir, wenn ich Ew. Excellenz sage: Ist es wirklich Ihre Absicht, wie Ew. Excellenz äußerten, die Krone eines Tages zu jener Umkehr, zur Proklamierung des allgemeinen Wahlrechts und zur Alliance mit dem Volke zu bewegen, so kann ein Fortschreiten auf dieser Bahn nur dazu dienen, Ihnen die Erreichung Ihrer eigenen Absichten unmöglich und jede Alliance zwischen Krone und Volk schlechthin unausführbar zu machen! Es wird eine Mißstimmung erzeugt, die zuletzt selbst beim aufrichtigsten Willen der Krone jede Alliance mit dem Volke ausschließt.

Freilich würde gerade das zu einem endlichen Siege der von mir vertretenen Ideen führen, aber nicht mehr auf jenem friedlichen und für die gesamte Gesellschaft wohlthätigen Weg, den mir Ew. Excellenz neulich in Aussicht stellten.

Ein Feind, aber ein offener und ehrlicher Feind des bestehenden Systems fühle ich mich, da Ew. Excellenz einmal meine Ansichten zu hören gewünscht haben, in meiner Logalität genötigt, dies offen auszusprechen und bin bereit zu mündlicher, näherer Begründung.

Schließlich die Bemerkung, daß über die Tatsache unserer neulichen Unterredung sich irgend etwas irgendwoher ebruillt zu haben scheint. So wenig meine Handlungen die volle Oeffentlichkeit zu scheuen haben, so kann doch gerade durch eine halbe Oeffentlichkeit ein entstehender Schein erregt werden, und ich erlaube mir daher Ew. Excellenz hieron in Kenntnis zu setzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ew. Excellenz

ergebenster

F. Lassalle.

Bismarck an Lassalle.

Berlin, 23. Oktober 1863.

Ew. Wohlgeboren

werden mich sehr verbinden, wenn Sie mich morgen mittig um 12, oder, wenn es um diese Stunde nicht tunlich ist, morgen abend um 8 Uhr mit Ihrem Besuch beehren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ew. Wohlgeboren

ergebenster

Bismarck.

Lassalle an Bismarck.

Berlin, 19. November 1863.

Ew. Excellenz!

Aus sicherer Quelle erfahre ich soeben, daß der Staatsanwalt von Schelling nichts geringeres beabsichtigt, als mir wegen meiner Ihnen bekannten Rede: „Die Feste, die Presse und der freisinnige Abgeordnetentag“ einen Hochverratsprozeß zu machen und meine Behauptung zu beantragen.

Was ich in jener Rede gegen die Verfassung sagte, soll nämlich nach ihm die Absicht eines Umsturzes derselben darstellen und meine gesamte Agitation soll den Tatbestand dazu bilden. Alle Prozesse, die mir Herr von Schelling machen mag, welcher sich raslos dafür an mir zu rächen sucht, daß ich ihn neben seinen Vater gestellt und dadurch gelötet habe, sind mir unaussprechlich gleichgültig.

Dagegen ist es mir keineswegs eintrübe, im Laufe der Unterredung verhaftet zu sein. Einmal verhaftet, weiß ich hinreichend aus Erfahrung, wie lange es dauert, bis man sich den Händen der Justiz wieder entwindet. Und meine Zeit ist zu kostbar und alle Interessen, die ich vertritt, würden einen zu tödlichen Schlag erleiden, um auf viele Monate ins Gefängnis zu gehen, lediglich Herrn

*) Die Presseordonnanz vom 1. Juni, die die Verwaltungsbehörden berechnete, Zeitungen nach zweimonatiger Verwarnung zu unterdrücken, ferner das Verbot an die Stadtverordnetenversammlung vom 6. Juni, politische Beratungen zu pflegen.

*) Was gesperrt gedruckt wurde, hat Lassalle unterstrichen.

von Schelling zu gefallen, der, nachdem ich die beiden, Freiheitsstrafen verhängenden Urteile in den höheren Instanzen zur Aufhebung gebracht habe, nun auf dem bequemeren Wege der Vorhaft seinen persönlichen Jörn an mir befriedigen will.

Ein erster und strenger Befehl des Justizministers würde natürlich diesen Verhaftungsgelüsten des Staatsanwaltes ein Ende machen.

Ich bringe daher die Sache hierdurch zur Kenntnis Ew. Excellenz. Wollen Ew. Excellenz in derselben etwas tun, so bemerke ich, daß keine Stunde Zeit zu verlieren ist.

Ruhe werde ich übrigens in Berlin nicht bekommen, bis Herr von Schelling verhaftet ist!)

Mit vorzüglicher Hochachtung

F. Lassalle.

Lassalle an Bismarck.

Berlin, Potsdamer Str. 13, 9. Januar 1864.

Ew. Excellenz!

Gerüchte von einer unmittelbar bevorstehenden Auflösung des Abgeordnetenhauses und gleichzeitiger Detronisierung des allgemeinen und direkten Wahlrechts zirkulieren.

Sollten diese Gerüchte irgend begründet sein, so würde ich dringend wünschen müssen, Ew. Excellenz jedenfalls vor Publikation des Wahlgesehes und selbst vor Feststellung seines Textes zu sprechen. Sehr wesentliche Gründe bestimmen mich dazu und würde ich dann Ew. Excellenz bitten, im gedachten Falle mich von der Ihnen zur Unterredung bequemsten Stunde benachrichtigen zu wollen.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

Ew. Excellenz

ergebenster

F. Lassalle.

Lassalle an Bismarck.

(ohne Datum)

(Berlin, Ende Januar 1864 oder Anfang Februar.)

Ew. Excellenz!

Die heutige Unterredung, die ich wirklich, weil ich Sie zu beschäftigt sah, nicht fortsetzen wollte, nötigt mich, auf die Gefahr hin phantastisch zu erscheinen, nochmals zu einer aus der Tiefe meiner Seele ertönenden Warnung, auf die Sie den Wert legen werden, die Sie Ihnen zu verdienen scheinen wird. Sie müssen das allgemeine und direkte Wahlrecht vor dem Krieg geben, denn sie können es weder während desselben noch nach demselben geben. Nicht während desselben, denn dann würde es, wie Sie selbst sagen, nur als ein Zeichen der Schwäche erscheinen, und man würde es statt Ihnen zu danken nur in eine Position gegen Sie verhandeln.

Nicht nach dem Kriege, und von den hundert Gründen hierfür will ich nur einen einzigen anführen. Warum können Sie im Frieden alles, was Sie wollen? Warum gestand ich Ihnen schon im vorigen Mai zu, daß, so lange kein auswärtiger Konflikt eintrete, unser Land sich selbst den ärgsten Absolutismus ruhig gefallen lassen werde? Warum sagte ich Ihnen, daß er mit dem ersten Krieg zusammenbrechen werde?

Im Frieden waltet das Interesse des Privatlebens durchaus vor und bringt die Volkstimmung zum Indifferentismus, möchten die Zustände sein wie sie wollen.

Die ganz entgegengesetzte Stimmung tritt mit jedem Krieg von einiger Dauer und einigen Umrisen ein. Eine ganz anders aufgeregte Atmosphäre erzeugt sich, und das Pathos des öffentlichen Lebens wird jetzt ebenso herrschend wie im Frieden das des Privatlebens.

Diese öffentliche Stimmung des Volkes, die dann eintritt, darf durchaus nicht verwechselt werden mit der „öffentlichen Meinung“ der Zeitungen.

Mir erscheint es mehr als gewagt, diese Stimmung einreten lassen zu wollen, solange Sie zum Lande Ihre gegenwärtige negative Stellung einnehmen. Sie werden nach dem Kriege das Wahlrecht nicht mehr geben können, denn schon während des Krieges werden, wenn er zu einem Krieg von einiger Dauer und einigen Umrisen wird — und es ist niemand gegeben dies zu verhindern — Umeuten und Insurrektionen ausbrechen. Angenommen und zugegeben selbst, Sie besiegen diese mit militärischer Gewalt — so ist, sowie von neuem Bürgerblut gestossen ist, die ganze Entwicklung der Dinge geändert und die von Ihnen gewollte zur Unmöglichkeit geworden. Von beiden Seiten. Von beiden Seiten des Königs, der dann entweder in Ihrer Person die Ursache des gestossenen Blutes sähe und Sie fallen ließe, oder aber, wenn dies nicht eintritt, nicht mehr zu bewegen wäre, sich dem allgemeinen Wahlrecht anzuvertrauen. Von beiden Seiten in noch höherem Grade. Denn ist erst von neuem Bürgerblut gestossen, so ist durch das Volksegefühl jede Verbindung mit Ihrer Regierung und mit dem Königtum überhaupt zur Unmöglichkeit geworden und die Geschichte wird ihren vielleicht nicht gar raschen aber verhängnisvollen Verlauf nehmen.

Diese Insurrektionen, ich wiederhole es, werden kommen, dieses Bürgerblut wird fließen, wenn wir einen Krieg von nur einiger Dauer und nur einigen Umrisen bekommen, solange noch die gegenwärtige Antipathie gegen die Regierung im Volk besteht.

Die Dinge werden dann ihren düstern vorher bestimmten Lauf nehmen — und das einzige Phantasma, dessen ich mich vielleicht schuldig fühle, ist, gewünscht und versucht zu haben, diesen traurigen Verlauf abzumenden.

Mein kann ich nicht sagen, aber Ew. Excellenz werden das hier Vorhergesagte zu meiner sehr traurigen Befriedigung eintreten sehen.

Man bestell sein Haus, ehe man in den Krieg zieht. Ew. Excellenz werden das allgemeine und direkte Wahlrecht vor dem Kriege detronisieren oder nie mehr! Auf diese Verheißung glaube ich die ganze Ehre meines geschichtlichen Wides, auf den ich bisher einigermaßen stolz zu sein Grund hatte, legen zu dürfen.

Dixi et salvati animam meam.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ew. Excellenz

ergebenster

F. Lassalle.

*) Schelling wurde bald darauf als Appellationsgerichtspräsident nach Glogow versetzt.

*) Dem Brief lag das Statut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bei.

Lassalle an Bismard.

Berlin, 5. Februar 1864.

Excellenz!

Etwas sehr wichtiges und diesmal sehr leicht zu erledigendes, so doch ich die Zeit Ew. Excellenz, wie überbürdet dieselbe jetzt auch sein mag, auf einen Augenblick in Anspruch nehmen muß!

Winnen 8 bis 10 Tagen erscheint jetzt mein Werk — der „töbliche Hofen“, an dem ich seit vier Monaten Tag und Nacht schärfte — betitelt: „Herr Bismarck-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit.“

Es wäre mir peinlich von Ew. Excellenz in den Verdacht der Autoreiztheit genommen zu werden! Aber ich muß trotzdem Ew. Excellenz sagen, daß dies Werk die gründlichste Vernichtung der Fortschrittspartei und des ganzen liberalen Bürgertums — denn mit diesen beiden, nicht mit der Person des nur als Typus in Betracht kommenden Herrn Schulze habe ich es in dem Werk zu tun — herbeiführen wird.

Es ist, mit einem Wort, genau das, was als Vorläufer des allgemeinen Wahlrechts nötig ist.

Jugleich bin ich in der Lage, abgesehen von dem Aufsehen und der Verbreitung, welche das Buch sich selber schaffen wird, durch ein einfaches Rezipit seine Vorlesung in allen Arbeiterversammlungen Deutschlands anordnen zu können.

Frägt sich also nur, ob nicht die hiesige Staatsanwaltschaft wieder, wie bei meiner rheinischen Rede und bei meiner „Ansprache an die Arbeiter Berlins“, darin Aufregung zu Hof und Berachtung gegen Staatsanwältige etc. etc. setzen und eine Beschlagnahme veranlassen wird.

Aber bei Gott und der preussischen Staatsanwaltschaft ist nichts unmöglich, zumal der Vektor auf dem hiesigen Zentralbureau, Herr Friedländer, ein leidenschaftlicher Fortschrittler ist.

Hier kann nun der Justizminister auf die leichteste und einfachste Weise Schutz gewähren. Was verfolgt wird, hängt lediglich vom Staatsanwalt und dieser vom Justizminister ab.

Ich brauche nur Sicherung gegen den Staatsanwalt von Berlin, wo das Werk erscheint. Denn ich habe es bei Gelegenheit meines Königsberger Prozesses neulich durchgesetzt, daß die Tribunale der Orte, wo das Werk nicht erschienen, nicht kompetent sind.

Bitte also dem Justizminister zu sprechen, der hierbei Gehorsam nicht weigern kann, da es in letzter Instanz lediglich eine politische Frage ist, ob das Buch verfolgt werden soll oder nicht.

Ich freue mich auf den Augenblick, wo ich es in die Hände Ew. Excellenz legen kann!

Herrn Braß*) werde ich beim Erscheinen des Werkes ersuchen, das Nachwort desselben („Eine melancholische Meditation“), sowie andere Auszüge daraus in einem Blatte abzubilden.

Beiläufig muß ich — um vollste Distrektion bittend — Ew. Excellenz vor den Intriguen des Hausministers von Schleinitz*) dringend warnen! Mündlich mehr!

Das Wachstum meiner Richtung im Publikum steigt erstaunlich, in der Rheinprovinz in den tollkühnsten Umtrieben! Aber es ist ebenso erstaunlich, wieviel mir die Leute Ew. Excellenz zu schaffen machen! Hier hat die Polizei den Wirt des Vereins so eingeschüchtert, daß er trotz des Kontraktes das Lokal weigert! In Barmen, Konsdorf etc. schleppt sie meine Bevollmächtigten vor das Strafgericht. Polizei und Staatsanwälte tun alles Mögliche, um den Arbeiterstand, so wenig Lust er dazu hat, gemaltrot gegen die Regierung zu erbittern! — Das Telegraphengesetz harret der Besprechung mit Excellenz, sobald Sie Zeit haben.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Excellenz

ergebenster

F. Lassalle.

P. S. Soeben läuft die Anzeige des Oberstaatsanwaltes bei mir ein, daß ich wegen der „Ansprache an die Arbeiter Berlins“

*) Dies geschah. Der einstige Revolutionär August Braß war der Hauptredakteur der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

*) Bismarck sah in dem ehemaligen Minister des Auswärtigen, seinem früheren Vorgesetzten, ein „Geschöpf“ der ihm selbst feindlich gesinnten Königin Augusta, einem „von ihr abhängigen Hösling ohne eigene politische Ueberzeugung“.

definitiv der Aufregung zum Hochverrat eventuell zu Hof und Berachtung gegen die Fortschrittler (§ 102 St.G.B.) angeklagt bin!

Nun, mit diesem Prozeß werde ich mich selbst abfinden, aber wenn Excellenz nicht das neue Buch gegen Berachtung und Beschlagnahme schützen, so sehe ich entschieden Gewehr bei Fuß und lasse die Dinge gehen, wie sie Lust haben.

D. D.

Lassalle an Bismann.*)

Berlin, 9. Februar 1864.

Geehrter Herr!

Im Ihrem Bunsche entgegen zu kommen, sende ich Ihnen die ersten fünf Aushängebogen — das Vorwort fehlt noch — die ich soeben bekommen. Bogen vierzehn ist schon gesetzt, gedruckt und über erst diese fünf. Dieser Tage werden, während das Werk, (das) siebzehn Bogen beträgt, gleichzeitig zu Ende gesetzt wird, die anderen Bogen alle auf einmal abgezogen. Sie werden somit wahrscheinlich fast alle anderen auf einmal erhalten. Da also dann nur noch drei Tage etwa zwischen der Ueberlieferung der Aushängebogen an Sie und der buchhändlerischen Emittierung verfließen werden, so ist es jedenfalls sehr vorteilhaft, wenn Sie diese fünf Bogen gleich jetzt zuvor lesen. So wenig es auch darauf anläge, da die durch die Presse verübten Vergehen politische sind und ihre Verfolgung oder Nichtverfolgung also vor allem politische Frage ist, widerwillig auch das Anklagenonopol der Regierung gar keinen Sinn hätte, so werden Sie doch schon aus diesen ersten fünf Bogen den rein wissenschaftlichen Charakter des Werkes hinreichend erkennen. Tragweite, Bedeutung und Wirkung desselben wird sich Ihnen freilich erst aus dem Verfolg ergeben können. Denn ich bin schrittweise und terrassenförmig zu Werke gegangen, um der Wirkung um so sicherer zu sein.

Aber trotz des rein wissenschaftlichen Charakters würde nichts das Werk — denn alle oder fast alle Polizisten, Staatsanwälte und Richter sind, oft sich selber unbewußt, leidenschaftliche Fortschrittler und das Werk löst in seinem Verlauf den ganzen Fortschrittsstandpunkt ex fundamento auf und zerbricht von innen heraus die Macht, welche diese Leute noch über viele Volksteile haben — so würde, sage ich, nichts das Werk gegen Beschlagnahme sichern, wenn es nicht ein positiver Befehl des Justizministers an den Staatsanwalt ist, unter keinen Umständen zu einer Verfolgung zu schreiten. Herr von Bismarck stellte mir, als wir im Oktober über die Beschlagnahme der Rheinischen Rede sprachen, sogar ein Zirkular an die Staatsanwälte der Provinz zu Gebot, meine Schriften unersucht zu lassen, falls ich nicht fände, daß mir dies — denn natürlich würden davon Gerüchte ins Publikum dringen — in der Öffentlichkeit Schaden tun könne. Ich lehnte dies ab und bin auch jetzt nur einer mündlichen Einschätzung an den hiesigen Staatsanwalt bedürftig. Und zu dieser kann sich der Justizminister noch viel leichter verstehen, als zu dem mir von Herrn von Bismarck offerierten Zirkular.

Ich wiederhole also, daß ich diesmal auf die begehrte positive Ordre des Justizministers an den hiesigen Staatsanwalt bestehen muß. Ueberdies wird Ihnen der ganze Verlauf des Buches zeigen, daß Herr von Bismarck dabei seinerseits eben so viel gewinnt wie meine Partei ihrerseits.

Mit besonderer Hochachtung.

Robert von Reudell an Lassalle.

Berlin, 20. Februar 1864.
Wilhelmstr. 74.

Der Herr Ministerpräsident beauftragt mich, Ew. Hochwohlgebornen für die Ueberlieferung Ihres neuesten Werkes zu danken, und zugleich mitzuteilen, daß er zu seinem Bedauern außer Stande sei, Sie in den nächsten Tagen persönlich zu empfangen, auch irgend einen Termin nicht bestimmen könne, da unabwendliche Geschäfte mollenhafter als jemals herandrängen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ergebenst

Reudell, Regierungsrat.

Lassalle an Bismard.

Ohne Datum.
(Berlin, nach 20. Februar 1864.)

Excellenz!

Da die Zeit zu mündlicher Unterredung fehlt, so wird es wenigstens nützlich sein, die beiden Hauptpunkte zu bezeichnen, welche den Gegenstand derselben gebildet haben würden.

Es ist natürlich, daß die auswärtige Politik gegenwärtig von ganz überwiegender Wichtigkeit ist. Wenn Ew. Excellenz, wie es scheint, an dem Programm einer Allianz mit Oesterreich gegenwärtig festhalten, so ließe sich auch eine solche höchst gesunde und nationale vollkommen denken. Es kommt mir auf die Basen an, welche dieser Allianz zu Grunde gelegt werden.

*) Bismann war Regierungsrat beim preussischen Ministerpräsidenten.

Es ließe sich sogar eine Allianz mit Oesterreich denken, welche im höchsten Grade welthistorisch und national wäre. Zu dieser aber Oesterreich gegenwärtig zu bewegen, ist noch völlig undenkbar und somit ist es auch, wenn sie auch vielleicht einst das notwendige Programm der Zukunft sein wird, überflüssig von ihr zu sprechen.

Es ließe sich aber auch eine andere Allianz mit Oesterreich denken, welche schon jetzt möglich und, ohne die Größe der vorigen zu haben, immer noch immer eminent national wäre. Eine Allianz, welche, zumal sowie Napoleon eine uns feindliche Politik einschlägt, Deutschland die vollkommenste Ueberlegenheit gegen ihn sichern und die Nation hinreichen würde.

Es läßt sich aber auch drittens eine Allianz mit Oesterreich denken, die uns leicht eine völlig contereolutionäre Stellung und Napoleon gewonnenes Spiel geben würde, eine Allianz, welche die größten Katastrophen für uns im Gefolge haben könnte!

Alles hängt also von den Basen der Allianz ab.

Den letzten Fall zu vermeiden, den zweiten Fall herbeizuführen, die Ansichten Ew. Excellenz über diese beiden verschiedenen Allianzen basen zu hören und die meinige mit Ihnen auszutauschen, war der wichtigste Zweck der gewünschten Unterredung.

Der zweite war, mich zu erkundigen, welche Begründung die kursierenden Gerüchte von der Wiedereinberufung der Fortschrittler haben. Diefelbe würde der Nation nur den Eindruck einer namenslosen Schwäche machen können, und auf jeden Anspruch auf eine imposante Haltung müßte die Regierung dann verzichten.

Ich kann übrigens nicht umhin, mein Bestreben auszudrücken, daß ich von der Hand eines mir völlig fremden Regierungsrates eine Antwort erhalten habe. Meine Ueberzeugung des Werks war eine persönliche, nicht offizielle, und die Benachrichtigung, daß Ew. Excellenz keine Zeit haben, hätte mir durch zwei Worte oder Herrn Regierungsrat Bismann zukommen können, den ich, seit ich Ew. Excellenz zuerst mir schickte, als ausschließendes Organ Ew. Excellenz akzeptiert habe.

Selbstredend daß ich, ehe ich Excellenz wieder incommodiere, die Initiative derselben abwartete.

Das Urteil von Engels und Marx.

In der Einleitung zu dem Briefwechsel zwischen Bismard und Lassalle zitiert Gustav Mayer zwei Urteile von Engels und Marx über Lassalle, die nach den in ihrem Nachlaß auf dem Archiv der Sozialdemokratischen Partei in Berlin ruhenden Originalen wiedergegeben sind. Am 27. Januar 1865 schrieb Engels an Marx:

„Der brave Lassalle entpuppt sich nach und nach doch als ein ganz lammerer Schuft... Subjektiv mag seine Gütekeit ihm die Sache plausibel vorgestellt haben, objektiv war es eine Schuterei, ein Verrat der ganzen Arbeiterbewegung an die Preußen. Dabei scheint der dumme Geck sich von Bismard aber auch gar keine Gegenleistung, gar nichts bestimmtes, geschweige Garantien ausbedungen zu haben, sich bloß darauf verlassen zu haben, er müsse den Bismard besche... gerade wie es ihm nicht fehlen konnte, den Radawitz tozuschießen. Ganz Baron Jbig...“

Nicht minder urteilte Marx in seiner Antwort vom 30. Januar, indem er schrieb, Lassalle habe die Arbeiterpartei an Bismard verhandeln wollen, um sich als „Richieu des Proletariats“ bekannt zu machen.

Die erste jiddische Arbeiterzeitung. Bisher nahm man allgemein an, daß die ersten sozialistischen Zeitungen in jiddischer Sprache um die Mitte der 40er Jahre in London erschienen seien, und zwar der „Pulsicher Jiddl“ (1884) und der „Arbeiterfreund“ (1885). 1888 erschienen in New York die gleichfalls sozialistisch orientierten „Die neue Zeit“ und die „New Yorker jiddische Volkszeitung“. Als erste jiddische Arbeiterzeitungen in Rußland galten die handgeschrieben vertriebenen „Kois Jun Rusland“ und die illegal gedruckte „Arbeiterstimme“; beide erschienen in Wilna 1896/97. Rum mehr entdeckte man in russischen Staatsarchiven eine jiddische Arbeiterzeitung, die früheren Datums ist, als die oben erwähnten. Es handelt sich um die „Arbeiterzeitung“, die illegal bereits 1881 in Petersburg herausgegeben wurde; sie war im Gegensatz zu den Londoner und New Yorker Blättern, die einem religiös gefärbten Sozialismus huldigten, ein Organ des revolutionären Klassenkampfes und gibt interessanten Aufschluß über die Beziehungen der damaligen jiddischen Revolutionäre zu der Gruppe „Narodnaja Wolja“, der Vorläuferin der russischen sozialistischen Bewegung. Die Artikel in dem Blatt stammen zum Teil von dem bekannten russischen Revolutionär Scheljabow, dessen Attentat Alexander II. zum Opfer fiel.

Die Einweihung der neuen Löwener Universitätsbibliothek erfolgte am Mittwoch unter einem starken Aufgebot von Militär und Gendarmen. Die Brüstung mit der anstößigen deutschjiddischen Aufschrift ist verschwunden und durch eine andere, vom Universitätsprofessor Vaduzje bestellte, die keinerlei Aufschrift trägt, ersetzt worden. Die Zeremonien waren recht pompös. Rektor Vaduzje wurde mit laulern und nachhaltigem Beifall begrüßt. Zwischenfälle waren nicht zu verzeichnen.

Größte Eile geboten!!! Wegen vollständiger Aufgabe des seit 40 Jahren bestehenden Detailgeschäftes **Mohrenstr. 37a**

Totaler Ausverkauf!!!

Es kommen nur la Qualitätswaren zum Verkauf! In allen Abteilungen Passendes für stärkste Figuren!

la Pelzmäntel	Seal Electric	Persianer	Gazelle	Peczanik	Nerzmurmeli
	früher bis 250.- 350.- 650.- 900.- 1600.- 2300.- Ausverkaufspreis 175.- 250.- 300.- 475.- 750.- 1050.-			145.- 210.- 850.- 1200.- 625.- 1050.- 95.- 125.- 450.- 850.- 375.- 590.-	

Einzelne Pelzjaden, wunderbare Stücke, spottbillig

Sealplüschmäntel auch für stärkste Figuren bekannte Qualitäten seit 40 Jahren Ausverkaufspreis 40.- 50.- 95.- früher bis 79.- 118.- 195.-	Gummi-, Sport- und Reisemäntel, Uister früher bis 39.- 45.- Ausverkaufspreis 1975	Kostüme für Straße, Reise, Sport, darunter Winterkostüme mit Pelz früher bis 65.- 95.- 125.- 195.- Ausverkaufspreis 18.- 27.- 42.- 53.-
Wintermäntel mit und ohne Pelz Ausverkaufspreis 950 20.- 48.- früher bis 29.- 65.- 135.-	Kunseidene und Seidenmäntel herrliche Schöpfungen auch für allerstärkste Figuren Ausverkaufspreis 14.- 28.- 45.- früher bis 39.- 79.- 125.-	Frühjahrmäntel entzückende Ausführungen aus nur la Stoffen, Kammgarn, Kasha, Herrenstoffen auch in schwarz selbst für allerstärkste Figuren früher bis 49.- 74.- 115.- Ausverkaufspreis 18.- 28.- 39.-
Wollplüsch, Biberplüsch für stärkste Figuren unverwundliche Qual. Ausverkaufspreis 30.- 65.-	Komplett u. Wollkleider früher bis 75.- 119.- 165.- Ausverkaufspreis 25.- 39.- 59.-	

Verkauf 9-7 Uhr

Westmann

Berlin W, Mohrenstraße 37a
an den Kolonnaden
Untergrund-Bahnstation Friedrichstadt / Ausgang Mohrenstraße